

erschint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voh-Abonnement: 2,20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark, pr. Monat. Eingetr. in der Post-Vertheilungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7977.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Lehrsprache: Amt l. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 25. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

An die Parteigenossen!

Das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses befindet sich

Hamburg-Gimsbüttel, Eichenstr. 4, 1 Tr.

Im Interesse einer prompten und raschen Erledigung der Parteigeschäfte ersuchen wir die Genossen, alle Sendungen und Zuschriften in bezug auf die Agitation, die Wahlen, sowie in Presb., Prozeß- und Unterführungs-Angelegenheiten an die Adresse des Genossen

W. Pfannkuch, Hamburg-Gimsbüttel, Eichenstr. 4, 1;

alle Geldsendungen an die Adresse des Genossen

A. Gerisch, Hamburg-Gimsbüttel, Eichenstr. 4, 1

zu senden.

Genossen, die unsere wiederholt bekannt gegebene Adresse hartnäckig ignorieren, haben sich die Verzögerung der Erledigung ihrer Angelegenheit selbst zuzuschreiben.

Hamburg, den 16. Februar 1896.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Der sächsische

Wahlverschlechterungs-Keldzug.

Die Vorgänge in Sachsen nehmen allmählich das Interesse immer weiterer Kreise in Anspruch. Das Karlsruher Ministerium und der sächsische Minister des Innern v. Meisch mit der Wahlverschlechterungs-Vorlage einen Streich gegen die Dynastie der Wettiner führen, wie die schlimmsten Feinde des Landes ihn nicht schlimmer führen könnten, ist eine Tatsache, die namentlich in konservativen Kreisen täglich mehr empfunden wird.

Die antimonarchisch gesinnte Sozialdemokratie findet in dem Führer der sächsischen Konservativen und dem Minister des Innern für Sachsen Bundesgenossen, wie sie eifrigere in ihren eigenen Reihen nicht finden kann.

So gründlich hat bis jetzt noch kein sozialdemokratischer Agitator auf die Diskreditierung des Königtums und die Vernichtung der Selbstständigkeit Sachsens hingearbeitet als die Mehrzahl Meisch. Natürlich gegen ihren Willen. Aber auf die Motive, die zu einer Handlung führten, kommt es nicht an, sondern auf die Wirkung dieser Handlung. In ihrer politischen Blindheit sieht diese Führerschaft der sächsischen Kammermehrheit auch nicht, daß sie mit ihrer Wahlrechts-Vorlage nur dem Nationalliberalismus in die Hände arbeitet, der mit Hilfe des neuen Wahlgesetzes im Lande eine Stellung bekommt, wie er sie bisher aus eigener Kraft niemals inne hatte und vergeblich erstrebte.

In dem Eifer, die Sozialdemokratie aus dem Landtag auszuschließen, werfen die Mehrzahl Meisch alle Landtags-

sitze, welche unsere Partei bisher inne hatte und noch einige mehr den Nationalliberalen in den Schooß, die so zu Herren der zweiten Kammer werden und alsdann die Masse abwerfen dürften, die sie bisher sich vorgelegt hatten.

Befreit von der Furcht vor der Sozialdemokratie, im Besitz eines Wahlgesetzes, das in dem industriell hochentwickelten Sachsen den Kapitalismus zum Herrn der Situation macht und das konservative Agrarierthum und seine Affiliirten in der Beamtenwelt auf die bescheidene Stelle herabdrückt, die ihm seiner Zahl nach gebührt, wird die innerpolitische Situation Sachsens für den Nationalliberalismus mit einem Schlage eine andere. Alle die alten Aspirationen, die die Furcht vor der Sozialdemokratie zurückdrängte, werden jetzt wieder erwachen. Das Bündniß, das bisher Nationalliberale und Konservative bei Land- und Reichstagswahlen aus Furcht vor der Sozialdemokratie miteinander schlossen, und das im Augenblick dazu dienen muß, die brutale Entrechtung der Wählermassen herbeizuführen, löst sich, sobald die Vergewaltigung der Wähler vollbracht ist, es hat seinen Zweck erfüllt. Bei den künftigen Landtagswahlen werden sich nicht mehr Ordnungsparteier und Sozialdemokraten gegenüberstehen, sondern Nationalliberale und Konservative und in diesem Kampfe wird und muß der Konservatismus unterliegen und der Kapitalismus, d. h. der Nationalliberalismus siegen.

Glauben dagegen die sächsischen Konservativen, daß sich auf Grund des Dreiklassenwahlgesetzes in Sachsen wiederholen wird, was in Preußen geschah, so irrt man sich gewaltig, weil man die total verschiedenen Verhältnisse unberücksichtigt läßt. Preußen ist in zwei Dritttheilen seines Gebietes überwiegend Agrarland und außerdem spielt der polnische und der starke katholische Theil der Bevölkerung eine Rolle. Das sind Faktoren, die in Sachsen außer Frage bleiben. Was außerdem im Junkerland Preußen vor fast 50 Jahren annehmbar schien und heute nur mit Ach und Krach sich erhalten läßt, kann man in einem modernen Lande wie Sachsen nicht ungestraft nachäffen. Das wird die Zukunft lehren.

Die auf Grund des neuen Wahlgesetzes in Sachsen durch die Landtagswahlkämpfe entfalteten Gegensätze zwischen Nationalliberalen und Konservativen werden aber auch bei den Reichstagswahlen ihre Wirkung üben.

Diese Kämpfe verhindern alsdann das bisherige Zusammengehen der Nationalliberalen und Konservativen als sogenannte Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokratie, wodurch bisher allein diejenige Zahl von Mandaten der Sozialdemokratie vorerhalten wurde, die diese nach ihrer Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen in Sachsen zu beanspruchen hatte.

Diese Spaltung der bisher gegen die Sozialdemokratie Verbündeten, unterstützt von der Erbitterung der entrechteten Massen, sichert aber der Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstags-Wahlen in Sachsen die größten

Erfolge und macht sie voraussichtlich nicht bloß nach der Zahl der Stimmen, sondern auch nach der Zahl ihrer Mandate zum Herrn des Landes. Das wird aber auf die weitere Entwicklung der innerpolitischen Zustände Sachsens abermals von großen Folgen sein. Beherrscht künftig der Nationalliberalismus auf Grund des Dreiklassen-Wahl-systems die Kammer, was gar nicht bezweifelt werden kann, und erachtet er die sächsische Regierung für unfähig, der Sozialdemokratie Herr zu werden, was ebenfalls nicht zu bezweifeln ist, so werden bei den Nationalliberalen die alten Annexions-gelüste erwachen. Zum Theil dieselben Gründe, die herbeigeführt haben, daß der Partikularismus in Sachsen zurückgedrängt wurde, werden jetzt den Unitarismus ausleben lassen und den Untergang des Hauses Wettin beschleunigen.

Bekommt der sächsische Nationalliberalismus erst wieder seine natürlichen Gelüste, so wird er bei den preussischen Nationalliberalen und weit über diese hinaus bei den preussischen Liberalen aller Schattirungen und auch der Konservativen ein Echo finden. Man weiß wohl in Dresden genau, wie wenig Freunde man in Berlin und in Preußen hat. Die sächsische Sozialdemokratie, die das eigentliche Volk hinter sich hat, hat aber alsdann auch keinen Grund, einem solchen Bestreben der Nationalliberalen entgegenzutreten, denn ob sie sächsisch geschmort oder preussisch gebraten wird, kann ihr völlig gleichgültig sein. Ja, bei näherem Zusehen dürften sogar unsere Parteigenossen in Sachsen wie in Preußen finden, daß eine solche Vereinigung der beiden Länder von Vortheil ist für beide Theile, weil sie die Stärke und Widerstandsfähigkeit der Partei auf demselben Operationsfeld nur stärkt.

Als der sächsische Wahlrechts-Keldzug durch die zweite Kammer in Szene gesetzt wurde und die Entrüstung darüber in unseren Reihen sich äußerte, erklärte das offizielle sächsische Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, höhnisch:

„Wie so manchmal schon weise auch hier wieder die sächsische Regierung dem Reiche die Wege.“

Das freche Wort kann wahr werden, aber in einem ganz anderen Sinne als die Leipzigerin sich träumen läßt. Die Regierungen des Königreichs Sachsen haben es im Laufe der Jahrhunderte durch eine unglückliche auswärtige Politik dahin gebracht, daß die Wettiner von einer der ersten Stellen im Reich in den Hintergrund kamen, indem die Hohenzollern sie verdrängten. Nachdem das Königreich Sachsen durch fortgesetzte Fehler seiner Regierungen dahin gekommen ist, daß es eine auswärtige Politik überhaupt nicht mehr machen kann, scheint die Angst vor der Sozialdemokratie auf dem Wege einer verderbenbringenden inneren Politik das herbeizuführen, was 1866 noch mühsam gute auswärtige Freunde verhinderten.

Auch hier bewahrheitet sich wieder einmal der alte Satz:

„Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“

Seit dem Abgange Kürdorf's war die Abonnentenzahl der Zeitung um mehr als tausend gefallen.

Er schrieb dies der elenden Konkurrenz der Buttelmier'schen Nachrichten zu und that als ob ihn die Einbuße nicht in geringsten störe. Sie diente ihm aber zur Veranlassung, angeblich aus Sparsamkeitsrücksichten seinen Faktor, den alten Eichwald zu entlassen, für den er jetzt Ersatz hatte. — Eines Tages ließ er ihn in die Wohnung herüber kommen, und rief auch seine Frau herbei, damit sie Zeuge werde, wie er des letzten Mitwiffers ehemaliger Bedrängniß ledig wurde, und auch weil er sich vor Eichwald fürchtete.

Georgine kam und fand es in der Ordnung, daß geschah, was längst hätte geschehen sollen; sie witterte in Eichwald den Verräther.

Eichwald brachte die Korrekturbogen und beantragte zugleich einige Anschaffungen im Interesse des Personals. Brambach herrschte ihn an: „Ich will nichts von Ihren Verbesserungsvorschlägen wissen, ich habe Verluste gehabt, ich muß sparen, ich muß sogar die theueren Arbeitskräfte fortjchicken, ich kann billigere haben.“

„Ich verstehe“ —, sagte, empört über solchen Undank, Eichwald, „ich kann ja gehen, und zwar sogleich.“

„Ja, gehen Sie, wir sind nicht mehr, was wir waren, die Zeiten haben sich geändert, ich kann nicht mehr mit Ihnen verkehren.“

Entrüstet über diesen Hochmuth, sagte Eichwald drohend: „Es wird aber eine Zeit kommen . . .“

„Ja, unterbrach ihn Brambach aufspringend, die Zeit wird bald kommen, wo ich überhaupt nicht mehr mit Ihresgleichen spreche und Sie brauchen, ich errichte dort — und er zeigte und sah aus dem Fenster — einen Palast, wo mein neues Wappen — doch was ist das? — Georgine! — Kommt dort nicht Palavi — und Gericht —“

63

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von

H. W. M. von Walthausen.

Am Tage war er knauseriger Geschäftsmann, Nachts konnte es nicht genug kosten.

Er kam gewöhnlich ins Geschäft, wenn seine Leute, die er tyrannisierte und ausnutzte, eben Mittag oder Feierabend machen wollten; dann brachte er immer etwas Nothwendiges und wußte Jeden an die Arbeit zu fesseln.

In der Weinstube erzählte er dann, daß er bis spät habe arbeiten müssen und man lobte und schmeichelte ihm, daß er viel verdiene, was er auch bewies, indem er ein Paar Flaschen Sekt vom „Theueren“ zum Besten gab.

Er trank nur seine 2 Glas Bier, wie er sagte.

In den drei Bierlokalen, wo er Stammgast war, führte er oft das große Wort und renommirte mit seinen vornehmen Bekanntschaften und galanten Abenteuern.

Wer dann etwa Zweifel in seine Aufschneidererei setzte, dem erwiderte er: „Das verstehen Sie nicht, da kommen Sie nicht hin, denn dort kostet es Geld!“

Brambach hielt sich auch einen kleinen Hof, d. h. er fesselte immer einige seine Herren an sich dadurch, daß er sie in allem frei hielt, damit sie mit ihm bis spät in die Nacht im Wirthshaus blieben.

Brambach behauptete nämlich, er leide an Schlaflosigkeit; in Wahrheit konnte er aus Angst und vor Gewissensbissen nicht schlafen.

Einige dieser Beschreiber nutzten Brambach's Gelbbeutel redlich aus. Sie kannten seine Schwächen.

Wenn Brambach abgespannt dasaß, dann wurde davon

gesprochen, daß man die Verdienste Brambach's höheren Ortes nun bald nach Gebühr anerkennen müsse dadurch, daß er in den Adelsstand erhoben werde.

Das war es, was Brambach ersehnte und als nahe bevorstehend sich einbildete. Daß diese Auszeichnung ihm sicher sei und in naher Aussicht stand, war bei ihm zur fixen Idee geworden.

In der Freude darüber, daß man schon in weiteren Kreisen davon sprach und ihn schon „gnädiger Herr Kommerzienrath“ nannte, gab er oft Champagner zum besten.

Zuweilen forderte er dann in der Nacht seinen Anhang auf, mit ihm einen Rundgang zu thun, damit er den Freunden alle die Weinhäuser zeigen könne, in denen er noch so spät Eingang fände.

Die Kellner und Wirths kannten das Klopfen des guten Kunden und öffneten zu jeder Zeit, in der Gewißheit auf eine gute Einnahme.

Brambach zahlte dann Alles, was verzehrt und vergossen wurde; es waren Alle fidel und man stieß an auf das Wohl des Herrn Kommerzienrath von Brambach, der sich auch schon als geabelt betrachtete, es fehlte ja nur noch das Diplom, und dieses konnte nicht lange mehr ausbleiben.

Er ließ bereits sein Haus schloßartig herrichten und abputzen, den Garten parkartig einrichten.

Jean Barbo trug jetzt Livree. Auch mußte das Geschäftspersonal, das beständig wechselte, in guter Kleidung zu und von der Arbeit gehen.

Brambach nahm sich vor, die älteren Arbeiter ganz auszumergen und nur seine junge Leute anzustellen, die Verständniß für die Anforderungen der Neuzeit besäßen. Ein besonderer Umstand drängte ihn dazu.

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. Februar.

Die Diktatur des Proletariats hat bereits ihren Anfang genommen — sie ist im Reichstag thatsächlich vorhanden. Man höre nur, was aus dem bekannten nationalen Reptilsumpf in alle Welt hinaus telegraphirt wird:

Berlin, den 22. Februar. Ob die Abgeordneten beim Wiederauftritt zahlreicher vertreten sein werden, als gegenwärtig, oder ob jeder irgend einem Abgeordneten mißliebige Redner durch den Wunsch nach Auszählung des Hauses, wobei sich bisher stets die Beschlußfähigkeit herausstellte, auch fernerehin am Reden wird verhindert werden können, das muß die Zukunft lehren. Eine allgemeine Niedergeschlagenheit herrscht am Regierungstische wie bei den staatsbehaltenden Parteien, denn man sieht jetzt schon voraus, daß wir einer absolut unfruchtbaren Zukunft entgegengehen. Es kommt auch in dieser Session nichts Wesentliches zu stande. Und daß die Sozialdemokraten dominiren, wird einstandesmäßig peinlich empfunden. Man hat allseitig das bedrückende Gefühl, daß die Dinge sich auf schiefer Ebene bewegen und daß „der Worte“ in bezug auf die Politik und den überhebenden Ton der Sozialdemokraten „genug gewechselt“ sind. Man sehnt sich nach einem Temperament und verkennt das Beschämende des Momentes keinen Augenblick, das darin liegt, daß keiner der Redner die Energie und zugleich das Prestige besitzt, um die immer tiefere Wurzel salagende Legende aus der Welt zu schaffen, als ob wirklich die Sozialdemokraten die einzigen Vertreter der Interessen und berechtigten Forderungen des kleinen Mannes wären, als ob nicht Fürst Bismarck und auf seinen Rath Kaiser Wilhelm I. die für alle zivilisirten Völker vorbildlich gewordenen humanitären Gesetze geschaffen hätte.

Also die Sozialdemokraten dominiren den Reichstag, sie haben dort die fürchterliche „Diktatur des Proletariats“ bereits eingerichtet und hilflos in banger „Niedergeschlagenheit“ stehen die armen Ordnungsparteien da.

Keine Rettung, wenn nicht — Wenn nicht was? Nun — „der Worte sind genug gewechselt“ — das heißt, daß man nun auch „Thaten sehen“ will — Thaten im Sinne des bekannten Schandartikels der „Hamburger Nachrichten“.

Was aber „die Legende“ betrifft, daß die Sozialdemokratie es ist, von der das bishen Sozialreform ausgeht, so hat sie leider niemanden anders zum Urheber als den Urheber jenes Schandartikels in den „Hamburger Nachrichten“.

Im preussischen Abgeordnetenhaus fand am Montag bei der fortgesetzten zweiten Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung wieder einmal eine landwirthschaftliche Debatte statt. Der westfälische Bauernverein hatte nämlich eine Petition betr. Aufhebung der seit Oktober vorigen Jahres eingeführten Viehstafettarife an das Haus gerichtet, da der Westen durch dieselben schwer geschädigt werde. Gegenüber dem Antrage der Budgetkommission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, beantragten die Abg. Herold (P.) und Plettenberg (Konf.), die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Nach längerer Debatte, in der die bekannten Gegensätze zwischen den Interessen der Landwirtschaft des Ostens und des Westens zur Sprache kamen, wurde schließlich der Antrag der Kommission mit großer Mehrheit angenommen. Die Petition ist ein neuer Beweis dafür, welche Mittel die Agrarier anwenden; sie haben noch keine Erfahrungen gesammelt, es liegt, wie sie selbst zugeben, noch kein Zahlenmaterial vor, und trotzdem verlangen sie die Aufhebung einer Einrichtung, durch welche die theuren Fleischpreise im Westen wesentlich gesunken sind. Die Agrarier im Osten wollen dem armen Mann das Brot vertheuern, ihre Freunde im Westen das Fleisch — ein edles Brüderpaar. Natürlich ließ sich auch v. Plöb die Gelegenheit nicht entgehen, seine agrarische Weisheit an den Mann zu bringen; dieselbe bestand diesmal in dem Eingeständnis, daß der Bund der Landwirthe sich zwischen zwei Stühle setzen würde, wenn er bei dem Widerstand der Interessen des Ostens und des Westens eine feste Stellung zur Frage der Stafettarife einnehmen wollte. Herr v. Plöb verfuhr auch, die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe wegen der dort zu tage getretenen Tonart zu rechtfertigen; hierbei stieß ihm das Mißgeschick zu, die Wahrheit zu sagen. Unter großer Heiterkeit des Hauses behauptete er, man müsse die dort geäußerten Ausdrücke vollständig „billigen“; doch kaum war ihm das Wort entfahren, wolt er's im Busen gern bewahren. Seine Bemerkung, daß er sich versprochen habe, konnte die Heiterkeit nur noch erhöhen. — Die Beratung des Etats wurde nach Bewilligung der Einnahmen auf Dienstag vertagt.

Georgine trat an's Fenster, erschrak und faßte dann an ihren Busen: „Sie kommen! Es klingelt — da sind sie schon!“

Brambach rief: „Gichwald! Alter Freund! Bleibe bei mir! Steh' mir bei —“

Man hörte Männertritte.

„Ach, Gichwald!“ jammerte Brambach, „lebend sollen sie mich nicht finden;“ er öffnete sein Stui — und eilte aus dem Zimmer.

In diesem Augenblicke trat Assessor Händrich und Palavi ein, Gerichtsdiener folgten.

Georgine stand bleich wie eine Bildsäule da.

„Bindet die Räuber!“ schrie Palavi, „zuerst diese!“

Ein Gerichtsdiener faßte Georgine am Arm und entriß ihr ein Fläschchen, welches er dann dem Assessor überreichte.

„Zu spät!“ hauchte sie.

Händrich riß das Fläschchen aus seiner goldenen Einpackung und erkannte es als zu der Sherman'schen Apotheke und zu den Akten zugehörig, er reichte es Palavi kopfschüttelnd.

Da krachte ein Schuß, dann ein zweiter. Brambach hatte sich durch die Brust und durch den Kopf geschossen und diesen zertrümmert. Palavi sah ihn noch umsinken als er ins Zimmer drang.

„An dem ist nichts mehr zu retten,“ sagte der gleichfalls eingetretene Assessor Händrich.

Palavi eilte jetzt zu Georgine: „Rache für den gemordeten Freund! Bekenne elende Diebin der Mitgift für Deine Tochter, hier sind die Beweise, sprich“ — er zeigte einige Banknoten — „nimmst Du ihm das Geld,“ gabst Du ihm Gift?“ — „Aus diesem Fläschchen?“ fügte Händrich hinzu.

„Ja, dieses Fläschchen entleerte ich in sein Glas Punsch und ließ es mir dann wieder mit Arsenik füllen,“ sprach Georgine mit verzerrten Zügen, „ich trug es seither stets bei mir — das Gift ist gut — ich fühle es bereits wirken.“

Palavi und Händrich erbleichten. Das Arsenikfläschchen, das Alibi, befand sich ja schon wieder in dem Apothekenkasten des Majors an Gerichtsstelle. Von dem Inhalte dieses Fläschchens wäre er ja gar nicht gestorben, denn da stand ja „Mellifengeist“ darauf — sollte er selbst — ?

(Fortsetzung folgt.)

Der Abgeordnete Alexander Meyer (Halle), dessen Mandat die Wahlpfändungs-Kommission des Reichstags für ungültig erklärt hat, richtet in der „Saale-Zeitung“ ein Schreiben an seine Wähler, in dem er darlegt, warum er sein Mandat nicht sofort niederlegt. Herr Meyer will erst den gedruckten Bericht abwarten, damit die Wähler sehen, daß ihn nicht die geringste Schuld an den Vorgängen treffe, welche zur Kassirung der Wahl geführt haben, und dann sei er für die Kommission, welche den „unlauteren Wettbewerb“ zu bearbeiten habe, als Berichterstatter in Aussicht genommen. Die Kommission käme in Verlegenheit, wenn Meyer vor der Zeit aus ihr ausschiede. Was den letzteren Punkt anbelangt, so wollen wir darüber uns nicht weiter auslassen. Zwingend erscheint uns der Grund aber nicht, denn die Kommission müßte doch auch einen Bericht liefern, wenn Herr Meyer — was ein gültig Geschick verbäten möge — schwer krank würde, oder gar das Zeitliche segnete. Was dagegen die Kassirungsgründe betrifft, so ist es richtig, daß der Landrath v. Wedell, welcher gegen unseren Genossen Kunert in der unglaublichen Weise gewirkt hat, dieß schwerlich Herrn Meyer zu Liebe that; aber Herr Meyer hat sich die Folgen der v. Wedell'schen Thätigkeit ruhig zu nuz gemacht, ohne ein Wort des Widerspruches zu haben, und diese Thatsache läßt die jetzt zur Schau gestellte vornehme Gesinnung des Herrn Meyer doch in einem etwas zweifelhaften Lichte erscheinen.

Uebrigens wird es Sache unserer Hallenser Genossen sein, bei der Nachwahl die gebührende Antwort auf das Treiben des Herrn Landrath v. Wedell vom Jahre 1893 zu geben.

Zum sächsischen Wahlrechtsattentat. Die Organe der Reaktion geben sich große Mühe, um zu beweisen, daß die Regierungsvorlage zur Aenderung des sächsischen Landtags-Wahlrechts keinen „plutokratischen Charakter“ habe und dem Reichthum kein Vorrecht gebe. Das Organ Hammerstein's hatte sogar die Stirn, uns der Fälschung zu bezichtigen, weil wir den plutokratischen Charakter der Vorlage behaupteten.

Wir können jetzt mit den einschlägigen Zahlen aufwarten. Ein günstiger Wind hat einem unserer Genossen eine Abschrift der statistischen Aufnahme zugeweht, welche die Regierung in bezug auf die Klasseneinteilung bei den künftigen Landtagswahlen aufgenommen hat.

Es haben sich folgende Zahlen ergeben:

Ein Drittel der Gesamtsumme der Steuern unter Herabsetzung aller Steuerbeträge auf 2000 M. und Einbeziehung der 300 M. Steuer.

	Personen durchschnittlich	Steuerfuß
65 ländliche Gemeinden	1-67	3,5 pCt. 19-789 M.
14 kleinere Städte	3-36	8 „ 85-308 „
3 Wahlbezirke größerer Städte	289-518	4,5 „ 48-401 „
		8:11,0 pCt. = 4 pCt.

II. Klasse.
Hälfte der restirenden Gesamtsteuerbeträge unter 50 M.

	Personen durchschnittlich	Steuerfuß
65 ländliche Gemeinden	13-856	17,3 pCt. 7-59 M.
14 kleinere Städte	84-131	19,7 „ 11-54 „
3 Wahlbez. gr. Städte	1136-2072	18,4 „ 10-54 „
		8:49,4 pCt. = 16 pCt.

III. Klasse.
Rest der übrigen.

	Personen durchschnittlich	Steuerfuß
65 ländliche Gemeinden	102-1257	78,5 pCt.
14 kleinere Städte	178-1067	81,6 „
3 Wahlbez. gr. Städte	4708-8414	73,3 „
		8:233,4 pCt. = 80 pCt.

Diese amtliche Statistik beweist doch unwiderleglich, daß die Sozialdemokraten vollkommen recht gehabt, wenn sie von einem plutokratischen Charakter des Wahlgesetz-Entwurfs sprachen, und erklärten, daß das Wahlrecht des arbeitenden Volkes dem Selbstsack zum Opfer gebracht werden soll. Herrschaft des Geldsacks, das ist der Zweck, dem der sächsische Wahlgesetz-Entwurf dient; und Herrschaft des Geldsacks heißt mit dem griechischen Namen Plutokratie.

Der Militarismus auf der Anklagebank. Sergeant Jech, der famose bayerische Militär, der zu München in der Neujahrsnacht die beim Pilschortbräu sitzenden Spielsüchtiger nebst Frauen und Kindern regelrecht suchtmühsen wollte, stand am Freitag vor Gericht. Er war sehr stramm. Auf die Frage, warum er vor den Augen des Publikums habe laden lassen, erklärte er schneidend:

„Ich müßte ein schlechter Soldat sein, wenn ich nicht den Befehl des Hauptmanns, bei Widerstand laden zu lassen, befolgt hätte. Eine Schande wäre es gewesen für die ganze bayerische Armee, wenn man mich und die Patrouille hinausgedrängt oder hinausgeschmissen hätte.“

Das Publikum war so unmilitärisch, in „Heiterkeit“ auszubrechen, und der Gerichtspräsident rief dem schneidigen Militär zu: „Machen Sie doch keine solchen Sprüche.“

Der Gerichtshof, es waren Militärgeschworene, hat aber auch seinen „Spruch“ gemacht — er hat, wie wir bereits meldeten — den schneidigen Unteroffizier freigesprochen. Also wenn ein Jech aus einer Wirthschaft, wo er die anwesenden Gäste mit Todtschießen bedroht und die Gewehre dazu laden läßt, hinausgedrängt oder hinausgeschmissen wird, so ist das eine Schande für die ganze Armee. Es gehört das zum Kapitel von der „militärischen Ehre“.

Italien. Die Hubschposten aus Afrika konnten nicht versehen, auf die zerstückten italienischen Finanzen einen verhängnisvollen Einfluß auszuüben. Die Wertpapiere fallen, und das Goldagio steigt. Statt der 10 Millionen Lire, die der ganze Fiskus lösen sollte, hat er bis jetzt schon 50 Millionen gekostet; und wenn die Niederlage „gerächt“ und die „Waffenruhe“ gewahrt werden soll, so wird Crispi das Doppelte und Dreifache in den afrikanischen Schlund nachwerfen müssen. Und kann Italien das aushalten? Jedenfalls hat der „kleine afrikanische Krieg“ sich zu einem großen Krieg ausgewachsen, und zu einem Krieg obendrein, in dem Italien nichts zu gewinnen und die italienische Monarchie alles zu verlieren hat. Wenn die bisherigen Katastrophen, was sehr wahrscheinlich, nur die Vorläufer noch schwererer Katastrophen sind, so sieht nicht bloß das Ministerium Crispi, sondern auch die Erfindung der Monarchie auf dem Spiel. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit wieder an die Prophezeiung Mazzini's: „Crispi wird der letzte Minister der savoischen Könige sein.“

Auf der Halbinsel Korea spizen sich die Ereignisse zu einem Konflikt zwischen Japan und Siam an. Die Russen gehen immer offener gegen die Japaner vor, und wenn diese nicht auf die wichtigsten Früchte ihrer Siege im letzten Kriege verzichten wollen, werden sie zu gewaltsamer Abwehr gezwungen sein. In Japan erwartet man den Ausbruch des Kriegs mit Aufstand noch in diesem Frühjahr. Der asiatische Dreieck, diese schönste Blüthe des deutschen „Zidnakurjes“, bewährt sich. Er scheint es auch „herrlich weit“ zu bringen.

Chronik der Majestäts-Beleidigungs-Prozesse. Die leicht es ist, einen Menschen ins Gefängnis zu bringen,

zeigt die am Sonnabend wiederum vor der Kieler Strafkammer geführte Verhandlung. Im vorigen Jahre gefiel es in Neumünster dem daselbst wohnenden Kaufmann Vorberg nicht mehr, mit seiner Konkubine, der Wittwe Matze, zusammenzuleben, und da es ihm schwer wurde, sich von ihr zu trennen, so erslattete er eine Anzeige wegen Betruges. Sie wurde auch verhaftet, nach der Vernehmung jedoch wieder außer Verfolgung gesetzt und demüthigte sie nunmehr ihren Geliebten, mit dem sie vier Jahre zusammen gelebt, der Majestätsbeleidigung. Vorberg erhielt in Kiel im August vorigen Jahres drei Monat Gefängnis. Nach Verbüßung dieser Strafe benutzte V. seine kurze Freiheit (er wurde bald wieder zur Verbüßung einer fünfmonatlichen Gefängnisstrafe eingestekt und starb im Dezember im Gefängnis), um den Schwiegersohn seiner ehemaligen Konkubine, den Tuchmacher G. d. h. aus Neumünster der Majestätsbeleidigung zu denunziren. War der eigentliche Denunziant auch schon todt, so bekundeten von den 17 geladenen Zeugen mit Bestimmtheit die Tuchmacher Lüth, Krüger, Adermann, Döring und Leptiner, daß der Angeklagte zu wiederholten Malen die Majestät beleidigt haben soll und zwar in der Krach'schen Tuchfabrik zu Neumünster, wo sie zusammen arbeiteten. Göge wurde eann auch für überführt erachtet und dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt und sofort verhaftet.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Inowrazlaw der Kaufmann Kanjewski zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Deutsches Reich.

Berlin, den 23. Februar. Durch eine Anregung des internationalen Friedensbureaus in Bern veranlaßt, am 22. Februar in allen Ländern eine Demonstration zu gunsten des Schiedsgerichts-Prinzips und einer internationalen Gerichtsbarkeit abzugeben, versammelten sich gestern Abend in Berlin in zwei großen öffentlichen Versammlungen die Anhänger der Friedensidee, die nach einleitenden Vorträgen der Herren Dr. Wetzel und Dr. Greling, bezw. Dr. Löwenthal die vom Berner Bureau vorgeschlagene Resolution annahmen. Auch in Ulm, Schwäbisch-Hall, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Naumburg, Hamburg, Breslau, Löwenberg, Pforzheim, Gießen und Königsberg i. Pr. fanden Versammlungen der Friedensfreunde zu gleichem Zwecke statt.

— Das Ausland gegen den deutschen Kohlenring. Aus Amsterdam wird telegraphirt: Die ganze Kohlenpresse bespricht die Lage des Kohlenmarktes und weist auf den Umstand hin, daß die von den deutschen Kohlenringern festgesetzten Preise nicht mehr beibehalten werden können, da dieselben zu hoch seien. Man glaubt, daß die größeren Häuser demnächst ihre Bestellungen in Belgien machen werden.

Leipzig, 23. Februar. (Eig. Bericht.) Die Mandatsniederlegung der sächsischen Landtags-Abgeordneten. Heute Vormittag waren die Sozialdemokraten Leipzig im Felseneller zu Mittag über 2000 Mann stark versammelt, um die Frage der Mandatsniederlegung unserer Abgeordneten im Falle der Annahme der Wahlrechtsvorlage für Leipzig zunächst zu besprechen. Ich habe schon in meinem vorigen Bericht darauf hingewiesen, daß diese Mandatsniederlegung als die einzig richtige Antwort auf das neue Gesetz in der Arbeiterschaft verlangt wird. Auch die Parteipresse in Dresden wie hier haben Mandatsniederlegung als notwendigen Abschluß der augenblicklichen Wahlrechtsbewegung bezeichnet und die heutige Versammlung hat dieser Auffassung trotz der Einreden einiger Abgeordneten zugestimmt. Dr. Schoenlank hatte das einleitende Referat übernommen; in der Diskussion sprachen außer den Abgeordneten Seyer, Goldstein und Pinkau alle Redner im Sinne Schoenlank's, auch der anwesende Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. Die drei Abgeordneten vertraten die Ansicht, daß es sich um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage handle, daß sie aber die Mandate niederlegen werden, wenn eine Landeskonferenz die Niederlegung beschliesse. So ohne weiteres könnten sie den verlangten Schritt nicht thun, dazu wäre die Verantwortung, die sie auf sich nehmen würden, zu groß. Diese Ausführungen fanden bei der Versammlung nur insoweit Anklang, als eine Resolution angenommen wurde, wonach in den nächsten vierzehn Tagen eine Landeskonferenz hier stattfinden soll, um in der schwebenden Frage zu entscheiden. Die Leipziger selber stehen nach dem Ausdruck der heutigen Versammlung ganz auf dem Boden der „Leipziger Volkszeitung“, die die Mandatsniederlegung als einen ganz selbstverständlichen, von Gefühl und Verstand diktierten Gegenschlag der Faktion gegen das Gesetz der reaktionären Mehrheit betrachtet. Es beweist das die einstimmige Annahme der folgenden Resolution:

Die heute im Felseneller um Mittag von über 2000 Personen besuchte Parteiversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, indem die Versammlung den allerentschiedensten Protest gegen die Wahlrechtentwurf im Sinne der zwei Stöcker'schen Resolutionen vom 6. Januar und 9. Februar wiederholt. Wird der Wahlgesetzentwurf Gesetz, so liegt die nächste Aufgabe in diesem Konflikt zwischen Macht und Recht, zwischen dem Flügel des Großbesitzes und dem werththätigen Volke, zwischen Rücksicht und Freiheit bei den erwählten Vertretern des werththätigen Volkes. An ihnen ist es, den Schritt zu thun, der sich als notwendig mit logischem Zwange aus den Verhältnissen ergibt. Auf den Schlag der zum Gesetze erhobenen politischen Richtung der Wählermasse erfolge der Gegenschlag der einmüthigen, sofortigen Mandatsniederlegung. Auch in Plauen haben am Freitag die dortigen Genossen die nämliche Resolution in zahlreicher Versammlung einstimmig angenommen und wir finden keinen Augenblick im Zweifel, daß auch die nächstdem stattfindende Landeskonferenz derselben Meinung sein wird, wie die Genossen in Leipzig und Plauen, wie die Presse hier und in Dresden.

— Eine Reform der Hamburger Verfassung und Verwaltung, welche im Jahre 1892, als die Cholera wüthete, von den herrschenden Klassen verprochen wurde, hat bisher vergeblich auf sich warten lassen, obwohl die maßgebenden Kreise vielfach laut und vernehmlich von der in der Sozialdemokratie organisirten Arbeiterschaft daran gemahnt wurden. Die Wirthschaft, welche zum größten Theil schuld daran war, daß die Cholera sich wie geschoben ausbreiten konnte, blüht ungechwächt weiter. Unter diesem Zustand fühlt sich ein kleiner Kreis von Bevorrechteten wohl, weil sie die beste Gelegenheit haben, ihre Vortheile, wenn auch zum Schaden der großen Masse, wahren zu können. Deshalb suchen sie auch das versprochene Reformwerk so weit wie möglich in die Ferne zu rücken. Vorschläge sind gleich nach dem Erscheinen der Cholera gemacht worden, aber sie ruhen sanft im Schooße des Senats, nachdem die Bürgerschaft sie nach langen Beratungen mit einigen Wünschen begleitet, verabschiedet hatte. Bei der hier gewohnten Verschleppungspolitik kann es nicht Wunder nehmen, wenn man noch Jahren von den Vorschlägen erst wieder etwas zu hören bekommen sollte. Unterdessen führen 22000 Privilegirte, hauptsächlich Grundbesitzer und deren Anhang, welche das Wahlrecht zur Bürgerschaft besitzen, das Regiment und weitere 118000 Steuerzahler haben nichts zu sagen. Daß bei diesem Mischstand an eine Verbesserung unseres elenden Waupolizeigesetzes, an ein längst verprochenes und brennend notwendig gewordenes Wohnungsgesetz, an eine Reform des Armen-Unterstützungswesens u. s. w. nicht zu denken ist, liegt auf der Hand. Würde man die Herren in Ruhe lassen, so würde sicherlich das verprochenes Verfassungs- Reformwerk für alle Zeit begraben sein. Aber die Sozialdemokratie ist stets auf dem Plan und wird nicht müde, die Herrschenden an ihre Pflicht zu erinnern. Sonntag wurde von der sozial-

demokratischen Partei Hamburgs ein Flugblatt in 200 000 Exemplaren mit der gewohnten Prägnanz verbreitet, in welchem das Bestehen scharf kritisiert und die Bewässerung aufgeföhrt wird, am Mittwoch in 18 Versammlungen zu erscheinen, um Protest gegen das bisherige verrottete System, welches Hamburg zur Schande gereicht, zu erheben. —

Weimar, 20. Februar. (Eig. Bericht.) Anfang nächster Woche findet in unserem Landtag die zweite Lesung und somit die endgültige Beratung des neuen Landtags-Wahlgesetzes statt. Der Bericht des Ausschusses ist bereits verteilt, aus demselben ist zu ersehen, daß zu den Wahlbesteuerten gerechnet wird, wer ein Einkommen von 3000 Mark hat. Die Grundbesitzer wählen 6 Abgeordnete direkt in 8 Bezirken, die Industriellen 5 Abgeordnete direkt im gesammten Großherzogtum, und der übrige Teil der Staatsbürger wählt indirekt (auf je 400 Einwohner einen Wahlmann) in 23 Wahlkreisen je einen Abgeordneten. Also anstatt bisher 31 Abgeordnete nun 34.

Eine weitere Vorlage beschäftigt den Landtag mit der Festsetzung der Domänenrente (Zivilliste) des Großherzogs, dieselbe beträgt jetzt einschließlich 80 000 M. als Zuschuß für das großherzogliche Hoftheater zusammen 990 000 M.

Die Signatur unseres Landtages ist: Mehr Steuern! Beschränkung des Wahlrechts und der Freiheit des Volkes! — Kurz, die Reaktion in schönster Blüte! —

Weimar, 22. Februar. (Eig. Ber.) Landtag. Die zweite und endgültige Lesung des Entwurfs eines neuen Landtags-Wahlgesetzes beginnt Dienstag, den 22. Februar.

Heute wurden die Besuche der Gewerkschafts-Kommission in Weimar und des Gewerkschafts-Kartells in Apolda um alljährliche Veröffentlichung des Jahresberichts des Fabrikinspektors, sowie um Bekanntgabe der Sprechstunden und Beigabe von Assistenten (Hilfsarbeitern) an den großherzogl. sächs. Fabrikinspektor beraten. — Unser Genosse, der Abg. Vaudert übte an den bis jetzt erschienenen, bzw. am zuletzt erschienenen Bericht eine scharfe Kritik und stellte den Antrag, daß dem Fabrikinspektor weibliche Assistenten bei den Inspektionen zur Beihilfe gegeben würden. — Die Berichtserstattung des Ausschusses empfahl die alljährliche und weiteren Kreisen zugängliche Bekanntgabe der betreffenden Fabrikinspektions-Berichte sowie die Ansetzung von Sprechstunden zur Anbringung von Klagen, Beschwerden und Wünschen der Arbeiter in allen Orten, an denen der Fabrikinspektor jeweilig anwesend ist; eine Beigabe von Assistenten (Hilfsarbeitern) glaubte der Ausschuß nicht empfehlen zu können. Während der Rede und den darin erbrachten Beweisen für die Notwendigkeit der Beigabe von Assistenten seitens unseres Genossen des Abg. Vaudert, einigte sich der Ausschuß dahin, der großherzoglichen Regierung dieses Gesuch zur wohlwollenden Erwägung und weiteren Vorlage zu empfehlen.

Zittgen, 24. Februar. Der Staatsanzeiger für Württemberg" veröffentlicht einen Erlaß des Königs an den Justizminister, nach welchem Personen unter 18 Jahren bei erstmaligen wegen Gesetzesübertretungen verhängten Strafen von höchstens 3 Monaten von dem Justizministerium ein stets widerrechtlicher Strafausschub gewährt und nach einer angemessenen Probezeit bei guter Führung von dem König nachlass der Strafe oder Strafmilderung gewährt wird.

— Aus dem hessischen Landtag, 21. Februar. (Eigener Bericht.) Während man sich in Sachsen ansieht, das bishigen Wahlrecht aufs gründlichste zu verdrängen, ist man bei uns in Hessen doch noch nicht ganz so reaktionär. Gestern kam der Antrag des ultramontanen Abgeordneten Wasserburg zur Debatte, welcher für die Wahl zum Landtag die direkte Wahl verlangt. In Hessen besteht zwar das allgemeine geheime Wahlrecht, aber es ist indirekt; die Wähler wählen so und so viel Wahlmänner und diese wählen die Abgeordneten. Stichwahlen gibt es nicht, die einfache Mehrheit genügt. Der Antragsteller nannte die heutige Vertretung eine solche der Vormünder des Volkes, nicht des Volkes selbst. Die Majorität des hessischen Volkes wolle sich seine Abgeordneten selbst wählen. Staatsminister Finger hält das gegenwärtige Wahlsystem für gut, Volk und Regierung seien damit zufrieden. (7) Die Abgeordneten v. Köch, Mey (Gießen), Schmitt-Mainz und unser Genosse Ulrich-Offenbach unterhütten in der energischsten Weise den Antrag Wasserburg, der Nationalliberale Dr. Osann sprach selbstredend dagegen. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten das Zentrum, die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Antisemiten und vier Nationalliberale für den Antrag auf Einführung direkter Wahlen, wodurch der Antrag mit 23 gegen 20 Stimmen angenommen wurde. 7 Abgeordnete fehlten. Die Regierungsvorlage, welche den Handel mit Anteilen und Abschnitten zu Lotterien und Ausschielungen verbietet und unter Strafe stellt, wurde einstimmig angenommen.

Oesterreich

Wien, 22. Februar. Der Wahlreform-Ausschuss begann die Generaldebatte über die Wahlreform-Vorlage der Regierung. Abgeordneter Slavik befürwortet das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Abgeordneter Rus bemerkt, wenn die geheime Wahl durch das Gesetz vorgeschrieben würde, so wäre es notwendig, einen Intelligenzentschluß festzusetzen, ohne welchen die schriftliche Form der geheimen Wahl undenkbar sei. Der Redner erklärt, er werde den bezüglichen Paragraphen der Lauff'schen Wahlreform in die Spezialdebatte aufnehmen und eine Anzahl von Bestimmungen für die Reinheit und Freiheit der durch das allgemeine Wahlrecht vorzunehmenden Wahlen in der Spezialdebatte neuerdings beantragen; nur unter dieser Voraussetzung würde er in die Spezialdebatte eingehen. Abgeordneter Klau verlangt eine größere Berücksichtigung der Slowenen und eine Vernehmung der Mandate in Krain. Es sprechen noch die Abgeordneten Valdenbain, Prinz Friedrich Schwarzenberg, Graf Potocki und Dr. Wenger; sie erklärten sich sämtlich für das Eingehen in die Spezialdebatte. Prinz Friedrich Schwarzenberg betont den autonomistischen Standpunkt des konservativen Großgrundbesitzes. Graf Potocki wünscht die Vernehmung der galizischen Mandate, Dr. Wenger wünscht die Aufnahme freier Strafbestimmungen gegen die Wahlmissbräuche, sowie das Wahlrecht für Personen des Hausgefindes. Nächste Sitzung Mittwoch. —

Brünn, 24. Februar. Die tschechische Ortschaft Njeckowitz verweigerte den behördlichen Organen die Zahlung der landesfürstlichen Steuern. —

Schweiz

— Internationale Regelung der Arbeiterschutzzagen. In der verflochtenen Junifession haben die eidgenössischen Räte den Bundesrath ersucht, die Verhandlungen bezüglich einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzzagen wieder aufzunehmen. Die inzwischen eingezogenen Erkundigungen des Bundesrathes ließen indessen die Behandlung dieser Frage zur Zeit nicht als erfolgreich erscheinen. Immerhin hat das Schweiz. Industrie-Departement Herrn Nationalrath Dr. Decurtius mit der Ausarbeitung einer Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der Arbeiterschutzzagen im Auslande beauftragt. So lautet eine Meldung des "Bund".

Der Wiener "Neuen Freien Presse" wird hierzu aus Bern gemeldet:

Die Bundesversammlung hatte den Bundesrath ersucht, die Verhandlungen über die internationale Regelung des Arbeiterschutzes wieder aufzunehmen. Vom Bundesrathe bei den ausländischen Industriestaaten eingezogene Erkundigungen lassen indessen die Behandlung dieser Frage als erfolglos erscheinen, weshalb der Bundesrath die Sache auf sich beruhen läßt. —

Frankreich.

— Bourgeois und Mesureur, das Haupt und ein Mitglied der Regierung, haben gestern (Sonntag) in Chalons politische Tischreden gehalten. Mesureur, so wird der "Bolschiken Zeitung" telegraphirt, schloß mit folgendem Glaubensbekenntnis: Wir sind eine Regierung, die sich vornehmlich mit den Verlassenen, den Armen, den Kleinen beschäftigt, deshalb treiben wir vorichtigen praktischen Sozialismus mit der Vorbereitung aller wirtschaftlichen Fragen vorschreibt. Unser Kabinet hat in viermonatlichem Besitze bewiesen, daß eine radikale Regierung in unserer Republik möglich ist. Wir können in irgend einem parlamentarischen Unfall untergehen, wir werden aber immerhin gezeigt haben, daß die fortschrittlichen und sozialistischen Republikaner das Recht haben, zu regieren." Bourgeois, der nach Mesureur das Wort ergriff, sagte: Meines Vorgesetzten Worte mögen manchem von Ihnen lächeln scheinen, aber Worte bedeuten nichts, hinter den Worten muß man die Gedanken suchen. Unser Gedanke aber ist, daß alle Republikaner zusammenstehen sollen zur Verteidigung dessen, was im Werke der Republik dauernd ist, gegen die Feinde der Demokratie und den Geist des Rückschritts. Wir haben von Gedanken nichts zu fürchten, dagegen alles zu hoffen. Wir klammern uns nicht an Stühle an die Macht, sondern weil wir wünschen, die Demokratie Frankreichs, die Demokratie der ganzen Menschheit einen Schritt vorwärts thun zu lassen. Wir sind an der Regierung, um zu handeln, wir haben den Ehrgeiz, Thaten zu thun, die unsern Tod überdauern. Man behauptet, wir wollten die individuelle Freiheit antasten, das wäre aber eine Sünde gegen die Grundfrage der Umwälzung, deren rechtmäßige Söhne wir sind und in deren Namen wir allein zu reden das Recht haben. Die große Revolution sagte Freiheit, Gleichheit, aber sie fügte hinzu: Brüderlichkeit. Erst dieses Wort vervollständigt die Formel. Wir wollen keinen Kampf der Menschen gegen einander, sondern den Kampf der verbündeten Menschen gegen die Natur, das ist unser Programm. Wir wollen Herdwärme und Herzenswärme nicht für einige, sondern für alle. Die gesellschaftliche Gerechtigkeit soll Wirklichkeit werden, dann wird der Klassenhaß verschwinden.

Sehr schön — aber sehr schwer, denn, soll es nicht Phrase bleiben, so bedeutet dieses Programm den Sturz des Kapitalismus, die soziale Revolution. —

England.

London, 22. Februar. In Montrose wurde der ehemalige Minister John Morley zum Mitglied des Unterhauses gewählt; er siegte mit einer Mehrheit von 1903 Stimmen über den Unionisten Wilson. In Southampton wurde der Liberale Sir F. Coombs in das Unterhaus gewählt mit einer Mehrheit von 35 Stimmen gegen den konservativen Kandidaten Candy. Die Wahl bedeutet einen Gewinn der liberalen Partei. —

Blymouth, 23. Februar. Der Dampfer "Harlech Castle" ist heute Vormittag mit dem größten Theil der Truppe Dr. Jameson's hier angekommen. Mit Ausnahme der Beförden wurde niemandem gestattet, an Bord zu gehen. Es herrscht hier große Erregung. In den Docks verleben Polizei und Militär den Dienst zur Aufrechterhaltung der Ordnung. —

Spanien.

Madrid, 24. Februar. Das demokratische Organ "La Iberia" beschuldigte den Zivilgouverneur von Madrid, die Spielhäuser in Madrid beschützt und dafür 82 000 Pesetas jährlich von diesen erhalten zu haben. Dieses Geld soll der Zivilgouverneur im eigenen Interesse verwendet haben. Vom Zivilgouverneur ist wegen dieser Beschuldigungen die Verleumdungssklage erhoben worden. Die öffentliche Meinung hält jedoch die Anklagen des Blattes für begründet. —

Bulgarien.

— Eine theilweise Ministerkrisis hat damit getendet, daß das Kabinet noch russophiler geworden ist. —

Griechenland.

Athen, 22. Februar. Die Regierung richtete eine Vorstellung nach Konstantinopel bezüglich der Unruhen auf Kreta.

Rußland.

— Die Kommission für Reformirung der lokalen Organe des russischen Landwirtschafts-Ministeriums, welche in diesem Ministerium unter dem Vorsitz des wirklichen Geheimraths Arnold eingesetzt wurde, hat die Einrichtung von Ackerbaukammern für jedes Gouvernement vorgeschlagen, welche, obwohl bürokratisch organisiert, ständige Fühlung mit den Vertretern der Landwirtschaft unterhalten sollen. Aufgabe dieser Kammern soll sein, das Studium der lokalen Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Maßregeln, welche an Orte zwecks Verbesserung der Agrikultur und Befreiung der Schwierigkeiten bei dem Absatz und Transport der landwirtschaftlichen Produkte getroffen werden, um der Regierung Material für die Ausarbeitung ihrer Maßregeln zu liefern. Kongresse der Landwirthe und Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine, welche nach dem Entwurfe der Kommission in jedem Gouvernement als stehende Einrichtung bei den Landwirtschaftskammern bestehen, sollen das Material, welches von den Kammern gesammelt worden ist, prüfen und die auf Grund dieses gepflügten Materials von den Kammern ausgearbeiteten Entwürfe von Regierungsmahregeln für Befriedigung der lokalen Landwirtschaft stellen den Semstwo der Gouvernements und Bezirke zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die Regierung sieht also ein, daß sie ohne Mitwirkung der "Gesellschaft" nicht mehr im Stande ist, für die Landwirtschaft neue Gesetze zu schaffen. Die Kongresse der Landwirthe und die Semstvos, deren Mitwirkung von der Regierung angerufen wird, werden zwar hauptsächlich die Interessen des Großgrundbesitzes vertreten, es ist aber zu erwarten, daß mit der Zeit die Kleinbauern und die landwirtschaftlichen Arbeiter, dem Beispiele der Großgrundbesitzer folgend, auch ihre Forderungen an die Regierung stellen werden.

— "Russische Zustände." Die Leser erinnern sich unserer Warnung vor dem unter dem Namen "Russische Zustände" in Zürich gegründeten Zeitungsunternehmen. Heute erhalten wir von Herrn Konstantin Grodowski die briefliche Mittheilung, daß er aus der Redaktion des genannten Blattes ausgeschieden sei. —

Amerika.

— Dem internationalen Schiedsgerichts-Kongress, welcher am Sonnabend in Philadelphia zusammentrat, ging ein Schreiben des Präsidenten Cleveland zu, in welchem derselbe die Hoffnung ausdrückt, daß die Versammlung dazu beitragen werde, die Stimmung zu Gunsten gerechter und billiger schiedsrichterlicher Entscheidung zwischen den Völkern zu erhöhen. —

Washington, 23. Februar. Im Senat hat wiederum gelegentlich der Beratung über den Beschluß, den kubanischen Insurgenten die Rechte einer kriegsführenden Macht zu gewähren, eine überaus turbulente Szene stattgefunden. Senator Morgan eröffnete die Debatte mit einer Rede, in welcher er sagte, ein Krieg zwischen Amerika und Spanien werde über kurz oder lang unvermeidlich sein und deshalb habe er den Beschluß eingereicht. Das amerikanische Volk verlange die sofortige Anerkennung der kubanischen Republik. Die Gallerien beantworteten die Rede mit einem frenetischen Beifallsjubiläum. Die Senatoren Cameron (Pennsylvania) und Lodge (Massachusetts) sprachen in weniger kriegerischem Sinne,

erklärten jedoch einstimmig, der Trieb republikanischer Selbsterhaltung verlange, daß man den Insurgenten auf Kuba die Rechte einer kriegsführenden Macht zuerkenne. Der spanische Gesandte, der in der Diplomatenloge anwesend war, verließ beim Beifallssturm auf den Gallerien demonstrativ den Sitzungssaal. —

Kuba.

— Wie die Spanier siegen. Aus Kuba kommen jetzt bekanntlich seit der Abberufung des Martinez Campos lauter spanische Siegesnachrichten. Das Wunder ist jetzt erklärt. Wie den englischen Blättern aus Havannah gemeldet wird, war die erste Maßregel des neuen Herrführers, des General Weyler, nach seiner Landung auf Kuba, die Kriegskorrespondenten in der Stadt Havannah zu interniren und ihnen die Absendung von Privattelegrammen zu verbieten. Dafür hat der General die Güte, sie mit Telegrammen unentgeltlich zu versehen. Und in diesen Telegrammen siegen die Spanier. Ein Wunder, daß die Aufständischen nicht schon ganz vernichtet sind — auf dem Papier! —

— Eine Schar Aufständischer griff Hoyo Colorado, ein 5 Meilen von Havannah belegenes Dorf, an, wurde jedoch von einer Abtheilung spanischer Truppen zerstreut. — Der Führer der Aufständischen Inglesito wurde gefangen genommen und wird wahrscheinlich erschossen.

Havannah, 24. Februar. Das Gerücht vom Tode Maceo's, des tüchtigsten Generals der Kubaner, hat sich nicht bestätigt.

Afrika.

Pretoria, 22. Februar. Präsident Krüger erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des "Neuer'schen Bureau's", daß Gerücht von der bevorstehenden Unabhängigkeitserklärung der Südafrikanischen Republik sei eine böswillige Lüge; daß Land sei nie ruhiger gewesen als gegenwärtig. —

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts trat gestern auf Grund des Vergleichs zusammen, den die Vertreter der Konfektionäre der Herren- und Knabenbranche, der beteiligten Zwischenmeister und der Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen haben. Es handelte sich zunächst darum, zwecks endgültiger Feststellung des Lohnsatzes die erforderlichen Erhebungen zu beginnen. Die Vormittags-Sitzung wurde durch eine allgemeine Aussprache eröffnet, die sich vorwiegend auf die Situation bezog, die nach dem Zustandekommen des Vergleichs eingetreten ist. Die Geschäftsinhaber erhoben Klage darüber, daß trotz des Vergleichs noch nicht voll gearbeitet worden sei. Sie vergaßen jedoch anzuführen, daß sie daran wesentlich selbst die Schuld tragen, aus dem einfachen Grunde, weil die Einigungsbedingungen nicht allenhalben durchgeführt sind. In dieser Beziehung kam zur Sprache, daß die vereinbarte Bestimmung, wonach die zu zahlenden Lohnsätze, die für jedes Geschäft durch Anschlag im Geschäft und bei den Zwischenmeistern bekannt zu geben sind, vielfach noch nicht ausgeführt wurde. Die Konfektionäre waren theilweise der Ansicht, daß sie nur verpflichtet wären, den Minimaltarif auszuhängen. Es wurde aber sowohl von Seiten des Einigungsamts, als auch von den Vertretern der Arbeiter und Zwischenmeister betont, daß die klaren Bestimmungen der Einigungsbedingungen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Geschäfte ihre früheren Lohnsätze mit dem 12½-prozentigen Zuschlag tarifmäßig bekannt zu geben haben. Timm gab die Erklärung ab, die Fünfer-Kommission erwarte, wozu sie sich verpflichtet habe; sie verlange aber auch, daß die Herren Konfektionäre und Meister das gleiche thun. Nach Beendigung der Mittagspause veränderte der Vorsitzende, Affessor von Schulz, einen einstimmig gefassten Beschluß, durch den das Einigungsamt den Versuch einiger Firmeninhaber, an den nach seiner Meinung durchaus klaren Bestimmungen des Vergleichs zu rütteln, mißbilligt und verurtheilt. Zugleich beschloß das Einigungsamt, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, eine Erklärung der Vergleichsbedingungen in der Presse zu veröffentlichen. — Die Vertreter der Konfektionäre nahmen zunächst an der Mißbilligung Anstoß, beruhigten sich dann aber wieder, und die Verhandlung konnte ihren Fortgang nehmen. Dieselbe gestaltete sich jetzt zu einer regelrechten, bis in die kleinsten Einzelheiten dringenden Beweisaufnahme über die Lohn- und Einkommensverhältnisse der Zwischenmeister, einschließlich aller Produktionsbedingungen, sowie über die Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen und über die sonstigen Bedingungen, unter denen sie arbeiten u. s. w. Die Vernehmungen von Arbeiterinnen, Zwischenmeistern und auch von Konfektionären werden sich noch über eine Reihe von Tagen erstrecken. Das gesammelte Material soll dann die Grundlage für die Feststellung des Tarifs abgeben.

Der Streik in der Konfektionsbranche und das Verhalten der Fünfer-Kommission war das Thema in sechs Verammlungen, welche gestern Nachmittag von der neu gewählten Fünfer-Kommission, im Austrage Wiesemann einberufen waren, um gegen die Beendigung des Streiks zu protestiren und denselben eventuell fortzusetzen. Die Versammlung in Sanssouci war von reichlich 200 Personen überwiegend Männern besucht. Frau Dmoch eröffnete dieselbe mit dem Vorschlag: diese Versammlung des schwachen Besuchs wegen aufzuheben und zu Keller nach der Koppentstraße zu marschiren. Da die Versammlung aber auf Tagung bestand, sah sich Herr Landauer, der wohl das Konzept für sämtliche Redner geliefert hatte, veranlaßt, seine von den bestrittenen Ausfällen gegen Timm und die Fünfer-Kommission, sowie gegen den "Vorwärts" strotzende Rede zu halten. Die Fünfer-Kommission habe nach seiner Meinung von Anfang an die Absicht gehabt, die Bewegung in der Konfektionsbranche eher zu unterdrücken und es nicht zum Streik kommen zu lassen, aber die Waffen seien der Kommission über den Kopf gewachsen und erst dann hätte man sich zum Streik entschlossen, aber nur, um denselben zu einem so schmachvollen und lässlichen Ende zu bringen". Durch diesen "abscheulichen Verrath an der Arbeiterschaft" haben jene "erdärmlichen und lässlichen Gesellen" jedes Vertrauen der Arbeiter für alle Zukunft verloren, nun sei es Sache der ehrlichen Leute, dieses Vertrauen wieder zu heben und den Arbeitern den rechten Weg zu zeigen. Man könne zwar nichts Bestimmtes behaupten, weil man nichts beweisen könne, meinte Herr Landauer weiter, aber es schwirren verschiedene Gerüchte, wonach man nur sagen könne: wenn Timm und Konforten bestochen gewesen wären, hätten sie nicht gemeiner und abscheulicher handeln können, um die Arbeiterschaft zu verrathen! für eine derartige Handlungsweise fehle ihm überhaupt jeder parlamentarische Ausdruck! Da aber nunmehr eine Veränderung der Sachlage nicht mehr möglich sei, möge man die Fortsetzung des Kampfes bis zum Herbst vertagen, ein zweites Mal aber werde man dafür sorgen, daß es nicht mehr diesen Leuten möglich sei, die Arbeiter irre zu führen. Die Diskussion bewegte sich natürlich in derselben Richtung.

Die Versammlung bei Keller war von etwa 120 Personen, zumeist Männern, besucht, denen der Referent Schmidt die neueste Mär vortrug, daß Timm durch den Streik Hausbesitzer geworden sei! Im übrigen wurde auch hier die Fortsetzung bis zum Herbst empfohlen, nachdem man sich in genau denselben Ausfällen gegen "Timm und Konforten" weidlich ausgesprochen hätte.

In der von etwa 120 Personen besuchten Versammlung in der Brauerei Friedrichsbain gab Herr Wiesemann eine seiner bekannten Schwäpereien zum besten. Frau Kühn, welche es unternahm, die Fünfer-Kommission in

Partei-Nachrichten.

An die Frauen und Mädchen Berlins!
Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
wird in einer Volksversammlung bei Mariens,
Friedrichstr. 236, Frau Klara Jettin aus Stuttgart
nochmals einen Vortrag über das Thema halten: "Die moderne
Prostitution und die bürgerliche Frauenrechtlerin."

Ein kammender Protest gegen die Umtriebe der
Reaktion war die Volksversammlung, die am Montag
Abend in der Vereinshalle in Bremen abgehalten wurde.
Referent war Reichstags-Abgeordneter Bueh aus Mülhausen i. G.,
der unter stürmischem Beifall die arbeiterfeindlichen Bestrebungen
unserer Gegner kritisierte. Einstimmig wurde folgende Resolution
angenommen: "Die Versammlung ist überzeugt, daß der zur
Zeit in Deutschland herrschende Regierungskurs nicht die Inter-
essen des ganzen Volkes wahrnimmt. Der vom Kapitalismus
beherrschte Kurs steuert auf neue kolossale Steuerbelastung der
arbeitenden Klasse hin und wird zur Erreichung seiner voll-
ständigsten Ziele nicht davor zurückschrecken, Hand an die ersten
Rechte des Volkes, vor allem an das zur Zeit geltende Reichs-
wahlrecht zu legen. Die Versammlung sieht in dem
Vorstoß gegen das in Sachsen geltende Wahl-
recht zugleich den Anfang des Angriffs auf das
Reichswahlrecht und, energig protestierend gegen die
reaktionären Mächte, verspricht sie mit aller Kraft ein-
zutreten für die Sozialdemokratie, deren Bestrebungen ihr als
das einzig sichere Bollwerk gegen jede Reaktion und als die
einzige Gewähr zur Befreiung der arbeitenden Klassen von dem
politischen und wirtschaftlichen Druck des Kapitalismus gelten."

Mit donnernden Hochrufen auf die Sozialdemokratie ging die
von mindestens 3/4 tausend Personen besuchte Versammlung
auseinander.
In Witten nahm am Sonntag eine von ca. 1000 Personen
besuchte Parteiversammlung, wo Abgeordneter W. Stolle
referierte, einstimmig eine Resolution gegen den Wahlgesetzentwurf
an. Oberbürgermeister Streit, der Landtags-Abgeordnete,
war brieflich zur Versammlung eingeladen worden, lehnte aber
ab, zu erscheinen.

Von der Agitation. In Neumünster (Schleswig)
sind am 19. d. M. eine von über 1000 Personen besuchte
Protestversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete
Mollenhauer über das Margarinegesetz referierte.
Es waren Leute aus allen Schichten der Bevölkerung anwesend.
In Dresden sprach dieser Tage der Reichstags-
Abgeordnete Max Schippel über: "Die Liebesgaben für
die Zuckerkarone."

Gegen den Margarinegesetz-Entwurf sprach sich eine von
2000 Personen besuchte Volksversammlung in Stettin aus, in
der Genosse Herbert referierte.
Unsere Wiener Parteigenossen, die sich an den dem-
nächst stattfindenden Gemeinderatswahlen beteiligen, haben be-
reits für alle Bezirke Kandidaten aufgestellt. Unter denselben be-
finden sich von bekannten Genossen Dr. Adler, Joseph
Scheu, Neufferlich, Breitweiser, Dr. Ellen-
bogen, Popp, Dr. Jugover, sowie auch der Reichsrats-
Abgeordnete Perner-Rosser.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
Groben Unfug in 20 Fällen sollte die
"Thüringer Tribüne" durch die ständige Einrichtung der
Rubrik "Allelei aus dem Kampfe für Ordnung" verübt haben.
Genosse Wiertelary hatte sich wegen dieser Preßlügen am
Dienstag vor dem Erfurter Schöffengericht zu verantworten. Der
Amtsanwalt beantragte eine Gesamtgeldstrafe von 630 M. ev.
für je 10 M. 1 Tag Gefängnis. Der Gerichtshof konnte jedoch
in den bloßen Worten: "Allelei aus dem Kampfe für
Ordnung" einen groben Unfug nicht erblicken, fand aber
den Inhalt von drei mit dieser Spitzmarke versehenen
Artikeln geeignet, "öffentliches Vergehren" zu erregen. Einen
weiteren groben Unfug fand der Amtsanwalt in einer Notiz der
im Verlage der "Thüringer Tribüne" erscheinenden "Freien Presse",
worin vor dem Besuch nicht näher bezeichneter Lokale Timenau's
gewarnt wurde. Der Gerichtshof folgte auch hier dem Gedanken-
flug des Amtsanwalts, indem er groben Unfug für vorliegend
erachtete, trotzdem die "Freie Presse" in Timenau's gar nicht ver-
breitet ist. Das Urteil lautete auf 40 M. oder für je 3 M.
1 Tag Gefängnis. Gegen das Urteil wird Berufung ein-
gelegt.
Zwei Genossen in Gera, die in Lieblichwih im
Königreich Sachsen das Flugblatt: "An das Volk Sachsens!"
verbreitet hatten, sind vom Schöffengericht zu Werdau zu je
25 M. Strafe verurteilt worden. "Seunrühigt" gefühlt
hatten sich drei Einwohner: Die Frau des Gendarmen, der
Posthalter, der Gemeindevorstand und ein Gutbesitzer.

Das Dresdener Landgericht verurteilte den Redakteur
des "Reißener Volksfreunds", Genossen Theopold, wegen
Beleidigung der Offiziere, Unteroffiziere und der Heeres-Ver-
waltung zu 1 Monat Gefängnis.

Deutschen und letzte Nachrichten.

Meerane. Das Gesamtergebnis der Wahl im 14. städti-
schen Landtags-Wahlkreis teilen wir schon mit, wir tragen
die Stimmengahlen aus den einzelnen Städten nach. Es er-
hielten in
Meerane 1417 St. Friedemann: 899 St.
Limbach 590 " 735 "
Hohenstein 255 " 248 "
Ernstthal 213 " 111 "
Waldburg 46 " 218 "

Bern, 24. Februar. (W. Z. B.) Das Schiedsgericht für
die Entscheidung des englisch-portugiesischen Delagoabei-Konflikts
setzte den Parteien eine Frist bis Ende März, um für den Fall
einer Prüfung durch Sachverständige für das Amt der Sach-
verständigen geeignete Persönlichkeiten zu bezeichnen und fernere
eine Frist bis Ende Mai, um weitere Beweisurkunden beizubringen.

Budapest, 22. Februar. (W. Z. B.) Wie die Budapest
Korrespondenz meldet, wird in den nächsten Tagen der pro-
visorische Sperrdamm eröffnet werden, welcher den bereits völlig
fertiggestellten Schiffkanal am Eisernen Thore von der
großen Donau trennt. Die feierliche Eröffnung des Kanals wird
im Rahmen der Millenniumsfeierlichkeiten programmgemäß am
27. d. M. stattfinden.

Paris, 24. Febr. (W. Z. B.) Die Deputiertenkammer nahm
mit 502 gegen 29 Stimmen die Vorlage, betr. den Kredit für die
Repräsentationskosten Frankreichs bei der Krönung des Kaisers
von Rußland an. — Deloncle brachte eine Interpellation über
das mit England getroffene Abkommen bezüglich Siam ein.

Johannesburg, 24. Februar. (Meldung des Reuterschen
Bureaus). Um dem Mangel an einheimischen Arbeitern abzu-
helfen, bemüht sich die Regierung der Südafrikanischen Republik,
Eingeborene vom Kongo einzuführen.

Johannesburg, 24. Februar. (Meldung des Reuterschen
Bureaus). In dem Lager der Zuckerrüben von Broder entstand
heute früh eine große Feuerbrunst. Der Schaden wird auf
75 000 Pfd. Sterl. geschätzt.

weder anerkennen, die Näherinnen sofort die Arbeit
niederlegen. Nur auf diese Art ist es möglich,
die Zwischenmeister mit in die Bewegung hinein zu
ziehen. Die Konfektionsäre (26 Engrosfirmen) bilden
einen Ring, sie haben Solawechsel, je nach der Größe des Ge-
schäfts, hinterlegt und wollen es auf eine Ausföhrung der
Streikenden antworten lassen. Falls dies gelingt, sollen alle
diesigen, die im Vorbestreben der Bewegung stehen, ein für
allemal ausgesperrt werden. Verhandlungen mit
der Lohnkommission sind die Herren bis jetzt aus dem Wege
gegangen. Die Detailgeschäfte haben bis auf zwei die
Forderungen der Arbeiter bewilligt. Dazu kommen drei
Engrosfirmen, die nicht zum Ring gehören. Es erweist
sich als notwendig, daß auch ein Druck auf die Detailkunden
dieser Ringherren ausgeübt wird.

Das bayerische Versammlungsrecht und die Konfektions-
Arbeiterinnen. Aus Nürnberg wurde uns unterm 21. Fe-
bruar geschrieben: Eine gestern Abend einberufene Schneider-
und Schneiderinnen-Versammlung wollte die Bewegung
der Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands besprechen. Vor Eintritt in die Tages-
ordnung forderte der überwachende Beamte die
Entfernung der Frauen und Minderjährigen
mit der Begründung, daß wenn auch die Besprechung der Lohn-
bewegung der Konfektionsarbeiter keine politische Angelegen-
heit sei, so sei doch als zweiter Punkt der Tagesordnung
in Sachen der Auflösung der Mitgliedschaft des Schneiders-
und Schneiderinnen-Verbandes auf die Tagesordnung gesetzt
und dieses sei eine politische Angelegenheit. Trotz allem Protestes
des Vorsitzenden und dessen Ersuchen, die Frauen u. dann
doch wenigstens der Verhandlung über den
ersten Punkt beizuhören zu lassen, bestand der
Beamte auf der Entfernung derselben. Die Versammlung
beschloß einstimmig, Beschwerde gegen das Vorgehen
des Vertreters des "freisinnigen" Magistrats zu er-
heben. Ferner wurde eine Lohnkommission eingesetzt. Dieselbe
hat in den nächsten Tagen eine große Volksversammlung ein-
zuberufen, in welcher die Bewegung in der Konfektionsbranche
besprochen werden soll. Lebhaften Beifall rief die Mitteilung
hervor, daß durch die Auflösung der Mitgliedschaft die Zahl der
organisierten Schneider und Schneiderinnen jetzt um 60 höher ist,
als während des Bestehens der Mitgliedschaft.

Der Würzburger Magistrat sprach am 21. Februar seine
Sympathien für die Bewegung der Berliner Konfektionsarbeiter
aus und bekräftigte das Gesuch der Gewerkschaften bei der
Reizregierung, eine öffentliche Geldsammlung veranstalten zu
dürfen.

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeit-
erinnen hielt in unserer Expedition ein:

- Metalldiebstahl 28. Gitter 840. Pianofabrik Semmler 4.50.
Arbeiter der Schubert'schen Fabrik, Neuenburgerstr. 17, 28.—
Organisirte Delateure Berlins 51.— Nachschneiderei-Kabinet 164
1.30. N. R., Lühwstr. 8, 6.10. Mittgl. d. Union-Druckerei 14.05.
Touristenverein Freie Geister 5.— W. Dampel 1.50. B. Hasfeld 5.—
Schraubendreher bei Schwarzloppf 12.15. Arbeiter der Schuhfabrik
Gebr. Kallmann 15.— Pianofabrik J. S. Eisenbahnstr. 2. Rate
9.50. Maurer Frank. Allee 16 5.10. Rauchklub Bedding 8.25.
Kittmacher aus der Goldgrube, Ritterstraße Nr. 75, 6.—
Stodarbeiter, Grünstraße, 2. Rate 5.28. 11 Buhler, 1 Umbau-
macher bei J. L. D. 6.20. Ergröbe, einige Zigarrenarbeiter
3.— Pianofabrik W. Voegel durch Pabst 3.75. Von einem
Demminer Schmied 2.50. Gefangenerin Bielewutz, Zeng-
hofstraße, 5.— Vom Personal der Firma Jean Häufig,
Oranienstr. 151, 9.— Sieberei Adalbertstr. 8, 2. Rate, 3.50.
Rauchklub "Weiße Nelke" 4.— Amerikanische Auktion b. Maslen-
hall des Gefangenen "Siederlust" durch W. Sch. 5.— Bier-
prozent der Buchdruckerei Rich. Münch, Charlottenburg, außer
Maschinenfabrik A u. Seherfabrik II 11.55. Geburtstagsfeier bei
Grabl 3.— Von den Metallarbeitern der Firma Schäfer u.
Hauptner (darunter 150 v. Wirth d. Hotel Büchlich) d. Ziegler 37.25.
Verein Berliner Zettelvertheiler und Transparententräger 5.—
Bei Landert, Spandauerberg 1 1.50. Rauchklub Dufere Wolle
bei Münzer 1.05. Spandauer Mülterfabrik d. b. Vertrauensmann
14.90. Buchbinderei von G. J. Walter, Wallstraße 7.— Stod-
fabrik Honewald 5.30. Bade zu Hause, Alexandrinenstr. 95 24.75.
Personal der Firma D. S. Hermann 62.— Arbeiter von N. R.
11. Rate 16.25. Zerpapierfabrik Landsbergerstr. 95 3.75.
Von den Arbeitern der Metallknopfabrik von G. Marold,
Melchiorstr. 6 (ohne Schleier) 10.30. Schleiferei d. Aktien-Ges.
vorm. E. Mehlisch 12.70. Von einigen Buchdr. gef. d. Sch. 5.—
Buchdruckerei Otto v. Holtz 20.85. Gefammelt bei Mulaud
durch W. 5.— Verein der Buchdruckerei-Arbeiter 60.—
Genossen der Norddeutschen Eiswerke, Böhmssee 5.10. 4 Bild-
hauer, Forsterstraße 6.50. Geburtstag bei Mutter Egidler,
Reinickendorf 5.— Geburtstag bei Onkel Gustav 8.40.
Sieberei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Alterstraße,
20.70. Arbeiter der Ragenanz-Fabrik Eggerecht und Schuh-
mann mit 11 Ausnahmen 9.85. Vom Skat bei Hagerland,
Ober-Schönweide 1.50. Bei Sponholz und Brede, Erz-
zierstraße, gefammelt 24.80. Von Alexandrinenstr.
(Meh.-Palast), Innenpohr 7.50. Von den Sattlern der Militä-
effekten-Fabrik Aug. Loh 27.90. Von den Formern
der Eisengießerei "Vulcan", Chausseestraße 7.50. Gefammelt
Brandenburgstraße 47 2.50. Nota bene 1.70. Litho-
graphen Steinbruder und Berufsgehilfen Berlins 104.40.
Frischbier, Wittenberge 4.95. Arbeiter der Groveschen Fabrik
11.75. Arbeiter-Gesangverein Märschleben 9.45. Gefammelt
durch Zeise M. 10.55. Arbeiter-Bildungsverein Chur 24.04.
Pastor B. 10.— Frau Pastor B. 10.— Von der Wirtin J.—
Rauchklub Deutsche Pfeife 5.— Polster von J. A. Treu,
Wienerstr. 44, 2.— Buchbinder Dönhofsplatz 1.85. Von
25 Arbeitern und Arbeiterinnen der Piano-Mechanikfabrik
von J. Krüger 11.50. Amerikanische Auktion in der
Christlichen Gesellschaft durch Fräulein Wilsauky 10.30.
Andrucker und Lithographen v. W. Hageberg 23.70. S. 12.
2. Rate 4.45. V. Reimans Mechanische Werkstätte Schmidtstr.
ohne Todschläger und andere 8.65. Gefammelt v. d. Mechanikern
und Optikern der Firma G. P. Götz Schneberg 22.60. Klempner
aus der M. Straße — 50. Buchdruckerei Günther u. Sohn durch
Brandt 10.50. Wäschenäherin Jossenerstraße — 50. Von
zielbewußten Kollegen der Firma Fleischmann u. Cie. 17.65.
Die Arbeiter der Füllschuhfabrik von Ködler 4.45. Gefammelt
bei Engel u. Hegerwaldt, 2. Rate 13.20. Von den Arbeitern der
Eisenbahn-Schnebenfabrik von Schlad 7.55. Tischler der Firma
Schulz u. Cie., Schönweide, außer einem 17.80. Vom Näsonnir-
lich der Summarbeiter Kottbuserstr. 6a und einige Kollegen 6.75.
Ueberlauf von Ball der Freien Vereinigung der Schlaf-
büchsen 30.— "Das Mädchen aus der Fremde", 2. Rate 5.95.
Wischnerstr. 81, 2. Hof 2 Tr., 2. Rate 3.80. M. Dalldorf,
Dir. D. D. 10.— Vergnügungsverein "Helgoland II." 6.35.
Dahlen — 50.
Von der Gewerkschaftskommission durch Wilsberg
1457.60 M. Darunter Bergolder Berlins 25.— Aus bürger-
lichen Kreisen 1000.— Frau Jettin, Stuttgart, 2.288 200.—
"Reichsbote", Berlin 18.60. Lina Schmidt, Kassel 10.— Vom
"Volk" Berlin 200.— Rassenpersonal Schmidtstr. 30 4.—
Summa 2522.64 M. Bereits quittirt sind: 24304.59 M. Ge-
samtsomme der bei unserer Expedition eingelieferten Beiträge
26 827.23 M.

Parlamentarisches.

Die Vorkommission des Reichstages hat mit allen gegen
3 Stimmen die Einführung des Börsenregisters angenommen.

Schuh zu nehmen, wurde trotz ihres unerschütterlichen Muthes unaus-
gesagt unterbrochen und niedergeschrien. Inzwischen war, nachdem sich
eine Anzahl Männer und Frauen im Sinne Wisemann's geäußert,
Derr Spohr mit etwa 50 Personen aus der frühzeitig ge-
schlossenen Versammlung im Prater herbeigeeilt, um hier seine
dort unterbrochene Rede zu vollenden. Die ganzen Verhandlungen
endeten hier mit einstimmiger Annahme einer von
Wisemann gestellten Resolution: den Streik fortzusetzen und
über diejenigen Geschäfte, welche die Forderungen nicht
bewilligen, den partiellen Streik zu verhängen.

Die Versammlung im Köstner Hof sowie die Ver-
sammlung bei Grändel in der Brunnenstraße haben des
schwachen Besuchs wegen nicht gelangt und wurden die An-
wesenden in beiden Lokalen aufgefordert, sich nach der Versamm-
lung im Berliner Prater zu bemühen. Diese Versamm-
lung nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Ungefähr
450 Personen, im Gegentheil zu den früheren Ver-
sammlungen in der Mehrzahl Männer, besetzten nur
mäßig den Saal. Nachdem der Referent Anarchist Spohr
weidlich auf die Fünfer-Kommission und den "Vorwärts" ge-
schimpft und sie als Verräther an der Arbeiterfrage bezeichnet
hatte, ergriff ein Herr Waldrian das Wort, um die Ausführungen
des Referenten zu bekräftigen. Dieser Redner verlegte sich zu
der Muthmaßung, daß der "Vorwärts" und die Fünfer-
Kommission, die er als "Dichthäuter" titulierte, bestochen seien,
Linn müßte mindestens 5000 M. erhalten haben, um die
weitere Fortsetzung des Streiks zu verhindern. Herrmann,
der sich selbst als Genosse von Landauer und Spohr
zu erkennen gab, war in seinen Ausführungen im
Gegentheil zu den beiden Vorrednern, anerkennenswerther
Weise sehr sachlich. Redner deutete eingangs seiner Aus-
führungen an, daß der geschäftige Ton der beiden Vorredner nicht
am Platze wäre. Er selbst könne das Vorgehen der Fünfer-
Kommission nicht verurtheilen, indem nach Lage der Verhältnisse
nicht anders gehandelt werden konnte, besonders wenn in betrach-
tet gezogen werde, daß es der erste Ansturm von nicht organisierten
Arbeitern war, die hier in Frage kommen. Wenn schon bei
diesem Redner sich eine ziemliche Unruhe bemerkbar machte, so
entstand ein wahrer Tumult, als Genosse Lissauer versuchte,
der Versammlung das Vorgehen der Fünfer-Kommission
klarzulegen. Kaum einige Worte gesprochen, unterbrach
ihn der Vorsitzende Haase und machte die Anwesenden darauf
aufmerksam, daß dieser Redner im Streikbureau beschäftigt war,
auscheinend wohl zu dem Zweck, um ihn als besonderen "Böse-
wicht" zu bezeichnen. Trotzdem Genosse Augustin sich zur
Geschäftsordnung meldete und die Versammelten ersuchte, die
Ruhe aufrecht zu erhalten, entstand ein solcher Standa, daß
der überwachende Beamte die Gelegenheit wahrnahm, die Ver-
sammlung aufzulösen.

Die Versammlungen sind mithin für die Lohnbewegung der
Schneider bedeutungslos, und der eigentliche Zweck der
Quartreibereien, die Führer des Streiks in Mißkredit zu
bringen, hat bei keinem anständigen Menschen Anklang gefunden.

Verhätigung der Anarchisten im Streik. So wenig wir
es für angebracht halten, uns mit dem aufgeblasenen Persönchen
des Herrn Dr. Gustav Landauer zu beschäftigen, wollen wir doch
heute das von ihm verantwortlich gezeichnete und in den Freitag-
Versammlungen voriger Woche massenhaft verbreitete Flugblatt
etwas tiefer hängen; fast möchten wir übrigens glauben, daß er
nur gezeichnet hat, ohne den abgeschmackt abernien, wenn auch
demagogisch geschickt aufgestuhten Inhalt zu kennen; wir würden
es bedauern, selbst einem Landauer eine solche Unkenntnis der
Verhältnisse oder eine solche — Gewissenlosigkeit zuzutrauen.

Jeder, der sich auch nur ein wenig mit gewerkschaftlichen
Dingen befaßt hat — und die Herren Anarchisten erklären
ja die Gewerkschaftsbewegung für ihr Stodpferd —, war sich
bei Beginn des Streiks in der Konfektionsbranche darüber klar,
daß ein jeder Erfolg, der einen einigermaßen anständigen
Friedensschluß zuließ, das denkbar günstigste materielle Ergebnis
sein konnte; viel höher zu veranschlagen ist der ideelle Erfolg,
daß eine aus den verschiedensten Gründen unendlich schwer zu
organisierende Arbeitermasse zum ersten Mal zu einheitlichem,
nicht ganz ergebnislosem Vorgehen schritt, daß ihre Forderungen,
mit Ruhe und Mäßigung vertreten, sich die Anerkennung aller
Kreise der Bevölkerung erzog. Klar war es, daß die Errichtung
der Betriebswerkstätten nicht im Handumdrehen erfochten werden
konnte, ebenso klar ist es, daß nach diesem Ausgang des Streiks
die Forderung von Betriebswerkstätten nicht mehr aus der
öffentlichen Diskussion verschwinden wird. Und gegenüber dieser
flaren Sachlage unternimmt es Herr Landauer — oder sagen
wir in seinem Interesse lieber der Flugblattverfasser, die durch
die Nothlage in der größten Erregung befindlichen Arbeiter, die
insolge unserer Vereinsgefesung noch fast gar nicht aufge-
klärten Arbeiterinnen zur Fortsetzung des Streiks, zum muth-
willigen Aufgeben des ersten Erfolges zu hehen! Und mit
welchen Mitteln! "Eure stolze Bewegung wäre auf Jahre
hinans verpöfcht", pöfaut er, und doch sollte er wissen,
wie schwach insolge der traurigen Verhältnisse die Bewegung
in der Konfektionsbranche noch ist. "Jetzt im Anfang
des Streiks, wo noch kein Fennig Unterstützung gezahlt ist", er-
klingt es vom Schreibtisch — und im ganzen nur blutwenig ge-
zahlt werden kann, könnte jeder nur einigermaßen im Rechnen
bewanderte hinzusetzen. Freilich die Expedition des "Sozialist"
hat ganze 28,30 M. aufgebracht; da konnten den Herren aller-
dings die mehr als 20 000 M. des "Vorwärts" zu Kopfe steigen.
Aber nehmen wir an, daß die "von Tag zu Tag lawinenmäßig
anwachsende" Masse des Flugblattes auch nur 20 000 Köpfe
zählte, und daß von diesen nur die Hälfte nach
fast 14 Tagen die längliche Unterstützung von 5 Mark
forderte und erhielt, so ist es klar, daß schon bei dieser
ersten Unterstützung von 50 000 M. die Fünferkommission zur
Aufnahme von Darlehen gezwungen war. Und hätten die Herren
gesehen, wie ihre Anhänger und Beifolksklatscher in den Zahl-
stellen über die geringe Höhe der Unterstützung jammerten —
und nicht ohne Grund, sie hätten sofort erkannt, daß ihr Appell
zur Fortsetzung des Streiks nichts als leeres und in diesem Fall
gemissenloses Schwadronieren war. Wir glauben sicher, daß ein
großer Theil der Herrn ins Garn gegangenen
Arbeiter und Arbeiterinnen bei einigermaßen ruhiger Ueberlegung
zur Erkenntnis ihres Irrthums gelangt ist; die anderen werden
durch die Thatfachen belehrt folgen. Sie werden erkennen, daß
es der Aufbietung aller Kräfte, des innigen Zusammenschlusses
und einigen Vorgehens bedarf, um nur das bisher erreichte
wirklich voll zur Durchführung zu bringen.

Herr Wilhelm Tilgner, der Unterzeichner der Einladung
zu dem heute bei Keller, Koppenstraße, stattfindenden
Konzert für die Streikenden der Konfektions-Industrie, erklärt
zu unserer Notiz in der Sonntagsnummer: "Da mein Name
unter der Annonce steht, sehe ich mich, um Mißverständnissen
vorzubeugen, veranlaßt, zu erklären: Daß ich von mehreren Ge-
noßen gebeten wurde, die nöthigen Formalitäten zu diesem
Konzert zu besorgen, was ich lediglich des guten Zweckes
willen that. Anarchistische Tendenzen, denen ich
vollständig fern stehe, kommen hier gar nicht in Betracht."

Die Veranstalter von Feilen zu solchen Zwecken haben sich
öffentlich zu nennen, damit jeder weiß, mit wem er es zu thun hat.
Herr Tilgner ist in der Berliner Arbeiterschaft vollständig un-
bekannt. Er verschweigt auch heute die Namen der "Genossen",
die das Konzert veranstalteten. Insolge dessen haben wir keinen
Anlaß, das in unserer Notiz gesagte zurückzunehmen.

In Stettin sind bis jetzt ca. 80 vSt. der guten und
der Mittelarbeiter am Streik betheiligt. Die
Massenarbeiter (3 wischenmeister) mit ihren Näherinnen
arbeiten noch. Von der Lohnkommission ist ein Tarif direkt für
die Näherinnen aufgestellt worden, der am Donnerstag den
Zwischenmeistern vorgelegt werden wird. Falls sie ihn nicht

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 47.

Dienstag, den 25. Februar 1896.

13. Jahrg.

Tokales.

Die Parteigenossen und Genossinnen werden auf die Volkerversammlung, welche heute, abends 8 Uhr, im Werkervereiner, Kasanien-Allee 7, stattfindet, ganz besonders hingewiesen. In der Versammlung wird Genosse Reichstags-Abgeordneter Vogt über das Arbeits- und Erziehungswert der Frauen sprechen.

Das Blümlein Nährmüchtn. Die Zustände, in welche die Rechtsprechung in politischen Prozessen glücklich hineingerathen ist, sind bekanntlich so bedenklicher Art, daß, obwohl es zum weitest überwiegenden Theil nur Sozialdemokraten waren, die bisher unter ihnen zu leiden hatten, dennoch auch ein beträchtlicher Theil der bürgerlichen Presse die Pflicht fühlte, ihre ernstlichen Bedenken über die herrschende, gerade vom staats-erhaltenden Standpunkt so verwerflich erscheinende Mißrede in eindringlichen Worten zu äußern. Nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, ja nicht einmal aus Liebe zur Gerechtigkeit. Die in betracht kommenden bürgerlichen Organe fühlten einfach, daß die Gefahr, die zur Zeit fast nur die Sozialdemokratie in Mitleidenschaft zieht, nicht und näher heranrückt und schließlich gerade der jähmsten Opposition zum Verderben gereichen muß, weil diese nicht entfernt die Kraft hat, wie die unverwundliche und aus den schwersten Kämpfen neugegärtet hervorgehende Sozialdemokratie. So kam es, daß die das Vereins- und Versammlungswesen berührenden Gerichtsurtheile, die neumodische Anwendung des dolus eventualis und ähnliche bekannte Auslegungen in vielen bürgerlichen Blättern eine fast ebenso scharfe Beurtheilung fanden, wie in der sozialdemokratischen Presse. Um so mehr muß es befremden, daß sich die bürgerlichen Zeitungen über einen Gerichtspruch, der gleichfalls den schärfsten Widerspruch herausfordert, bislang völlig aus- geschwiegen haben. Wir meinen das Unzuchtvergehen des „Vorwärts“, die vorige Woche erfolgte Verurtheilung unseres Blattes, weil es an einem besonders in die Augen springenden Beispiel der für Ordnung, Religion und Sittlichkeit kämpfenden Gesellschaft einen Spiegel ihrer Schamlosigkeit vorgehalten hatte. Von der Bestrafung des Mustermenschen von Gerichtsaessor, der öffentlich eine Prostituirte für sich suchte, vernahm man nichts; angeklagt und in aller Form rechtens bestraft wurde aber neben dem obfluren Anzeigen- blättchen, auf das der Staatsanwalt bei dieser Gelegenheit erst aufmerksam geworden war, der „Vorwärts“, so ziemlich das einzige Blatt in Berlin, dem der Kampf für Ordnung und Sittlichkeit keine Heuchelphrasen ist. Da lag aber eben der Haase im Pfeffer. Die bürgerliche Presse weiß, daß sie in diesem Falle die eigentliche Schuldige ist, daß sie nur im redaktionellen Theile sich gegen Unzucht und Unflätigkeit empören darf, daß aber der ordnungswürdige Verleger einen schönen Lärm machen würde, wenn das Blatt sich beikommen lassen wollte, die bekannten einträglichen Kuppel- Angelegenheiten zurückzuweisen. Darum ist der famose Fall des Unzuchtvergehens, für das unser Blatt „von Rechts wegen“ bestraft worden ist, ein Blümlein Nährmüchtn, über den die bürgerliche Presse sich in ein bereites, nur zu begreifliches Schweigen hält.

Im städtischen Arbeitshause in Rummelsburg haben sich im Verwaltungsjahre 1894/95 die Folgen der richtungslosen Strenge, mit der die Verwaltung des städtischen Obdachlo- ses Herbst 1894 gegen die Obdachlosen Berlins vorgehen begann, recht bemerkbar gemacht. Ueber die erschreckend große Zunahme der Frequenz des Arbeitshauses — Korrigenden im täglichen Durchschnitt 1893/94: 1547 Männer, 153 Weiber, 1894/95: 1834 Männer, 165 Weiber — sowie über Beschäftigung, Verdienst und Verpflegung der Häftlinge haben wir schon vor längerer Zeit (1895, Nr. 215) eine ausführlichere Mittheilung gebracht. Dem jetzt erschienenen Verwaltungsbericht für 1894/95 entnehmen wir noch die folgenden Angaben über die persönlichen Verhältnisse der Häftlinge. Im ganzen wurden 1894/95 1985 Männer und 244 Weiber zur Korrigendenshaft eingeliefert, doch wurden davon nur 1808 Männer und 219 Weiber neu überwiesen, während die übrigen zur Weiterverhütung ihrer Haft dem Arbeitshause aus Krankenhäusern u. s. w. wieder zugeführt wurden. Für die in 1894/95 (in Klammern: 1893/94) neu Überwiesenen betrug die Haft: 6 Monate bei 660 (632) Männern, 118 (141) Weibern; 9 Monate bei 340 (380) Männern, 63 (50) Weibern; 12 Monate bei 254 (233) Männern, 22 (32) Weibern; 18 Monate bei 165 (211) Männern, 9 (10) Weibern; 24 Monate bei 354 (458) Männern, 7 (10) Weibern. Bei den Männern fällt auf, daß die „leichten Fälle“, Strafen von 6 Monaten, außerordentlich zugenommen, dagegen die „schweren Fälle“, Strafen von 18 und 24 Monaten, erheblich abgenommen haben. Man wird das vorwiegend darauf zu erklären haben, daß es sich diesmal um ein etwas anderes, vom polizeilichen Standpunkte aus besseres „Menschenmaterial“ handelt. Es waren nämlich vorher noch nicht mit Arbeitshaus bestraft: 666 (1893/94: 594) Männer, 120 (147) Weiber, schon einmal: 336 (332) Männer, 63 (50) Weiber, schon öfter: 801 (618) Männer zusammen 3351 (4074) mal, 37 (46) Weiber zusammen 107 (138) mal. Außerdem be- straft waren, mit Gefängniß: 1158 (1201) Männer zusammen 3574 (3827) mal, 125 (119) Weiber zusammen 258 (272) mal; mit Zuchthaus: 157 (172) Männer zusammen 312 (310) mal, 5 (5) Weiber zusammen 7 (8) mal. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Polizei diesmal etwas weiter auch in diejenigen Kreise der Arbeits- und Obdachlosen hineingelangt haben muß, die selbst in den Augen der bürgerlichen Klasse noch nicht völlig zum „Auswurf der Gesellschaft“ gehören. Der Grund der Verurtheilung war Betteln: bei 1061 (1893/94: 1244) Männern, 6 (9) Weibern; Obdachlosigkeit: bei 722 (650) Männern, 19 (26) Weibern; Ueber- tretung sittenpolizeilicher Vorschriften: bei 194 (208) Weibern. Die starke Zunahme der Verurtheilungen wegen Obdachlosigkeit entspricht dem oben erwähnten strengeren Vorgehen gegen die Obdachlosen. Ob man die Korrigenden ohne weiteres alle oder auch nur in der Mehrzahl zu den „Arbeitscheuen“ zählen darf, erscheint nach den Angaben über ihr Alter mehr als fraglich. Es waren alt bis 20 Jahre: 124 (1893/94: 101) Männer, 55 (84) Weiber; 21—25 Jahre: 164 (151) M., 74 (66) W.; 26 bis 30 Jahre: 180 (191) M., 24 (26) W.; 31—40 Jahre: 533 (504) M., 35 (42) W.; 41—50 Jahre: 510 (552) M., 25 (18) W.; 51—60 Jahre: 245 (240) M., 6 (5) W.; über 60 Jahre: 47 (55) M., 0 (2) W. Bei den Männern überwiegen regelmäßig die mittleren Altersklassen, in denen man als Arbeiter bekanntlich schon anfängt, „überflüssig“ zu werden. Bei den Weibern erklärt sich das Ueberwiegen der jüngeren Klassen aus dem hohen Antheil der Prostituirten. Ueber den früheren Beruf werden nur bei den Männern Angaben gemacht. Es kamen auf die Rubrik Landwirthe, Gärtner 28 (1893/94: 51), Bauwesen, Industrie-Arbeiter 132 (147), Handwerker einschließlich Gehilfen 814 (786), Arbeiter, Tagelöhner 654 (601), Dien- stboten 91 (98), Handel und Verkehr 38 (79), Schreiber und verwandte Berufe 42 (29), ohne Angabe 4 (9). Wie mancher dieser „Arbeitscheuen“ hätte gewiß gerne gearbeitet, wenn er Arbeit gefunden hätte!

Geburten in Berlin und Vororten 1895. In Berlin ist die Zahl der Geborenen 1895 wieder geringer gewesen als im Vorjahre. Nach den vorläufigen Monatsberichten des „Kaiser-

lichen Gesundheitsamts“ wurden hier 1895 48 116 Kinder ge- boren (Todgeborene mitgezählt), während für 1894 zunächst 49 276, mit Nachmeldungen 49 474 mitgetheilt wurden. Die An- gaben des „Gesundheitsamts“ sind allerdings weniger zuverlässig als die des Berliner „Statistischen Amts“ (dessen Monatsberichte erst bis September 1895 vorliegen); aber selbst wenn sich die für 1895 mitgetheilte vorläufige Zahl durch Nachmeldungen noch um mehrere Hundert erhöht, so dürfte sie doch noch hinter der des Vorjahres nicht bloß relativ, sondern wieder (wie schon 1894, 93, 92) auch absolut zurückbleiben. Dagegen ist in den näheren Vororten die Zahl der Geborenen weiter gestiegen, wenigstens absolut. Nach den Monatsberichten des „Gesundheitsamts“ wurden geboren (Todgeborene mitgezählt) in Charlottenburg 4234, Schöneberg 2085, Nirkdorf 2881, Lichten- berg 1336, Weißensee 1275, in den übrigen näheren Vororten 9825, zusammen im Jahre 1895 15 596 Kinder, während für 1894 zunächst 14 553, mit Nachmeldungen 14 586 angegeben wurden. Daß das absolute Plus von rund 1000 Kindern (= 6 1/4 pCt.) nicht auch relativ eine Zunahme bedeutet, ist ziemlich zweifellos, da die Bevölkerung der betreffenden Vororte von 1894 zu 1895 entschieden stärker zugenommen hat. Uebrigens reicht dieses absolute Plus wiederum nicht aus, um das Minus der Berliner Geburten zu decken, falls nicht die Nachmeldungen sehr zahlreich sind. In Berlin mit Vor- orten wurden nämlich 1895 zusammen 68 652 Kinder geboren, während für 1894 zunächst 63 829, mit Nachmeldungen 64 060 angegeben wurden. Dennoch möchte man fast annehmen, daß 1895 auch für Berlin sammt seinen Vororten wieder eine absolute Abnahme der Geburten stattgefunden hat, was bekannt- lich ebenfalls schon 1894, 1893 und 1892 der Fall war.

Maskenfreiheit und Freiheitsmaske. Hielte da in den letzten Tagen ein Rauchklub — „Columbia“ wollen wir ihn nennen — im Norden der Stadt seinen Maskenball ab. Der Rauchklub zählt, wie das ja vorkommt, Anhänger verschiedener politischer Parteien zu den Seinen, staats-treue und sozialdemo- kratische Männer. Auch deren Frauen waren zum Theil politisch wachgerüttelt, diese bekannten sich aber, soweit sie überhaupt zum Nachdenken über die Fragen der Zeit gekommen waren, allesammt zur Sozialdemokratie. Die in der Minderheit befind- lichen Königs-treuen, zu denen auch der Vorsitzende, sonst ein ganz braver Herr, zählte, hatten an dem Maskenfeste außer den Vereinsabzeichen, auch ihre Orden und Kriegsdenkmünzen angelegt, während die Sozialdemokraten, soweit sie aus den Feldzügen überhaupt solche Andenken besaßen, diese harmlosen Sachen, wie immer, hübsch in der Kommode zu Hause gelassen hatten. Daß Feil nahm in der ersten Stunde einen ganz gemächlichen Verlauf, dann aber gerieth der Vorsitzende, der bisher stöcklich populär hatte, plötzlich in Bewegung. Eine Maske hatte es ihm angethan, eine soeben angelommene Maske im geschmackvoll rothen Kostüm, in das die Devise: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ hineingeschrit war. Und fünf Minuten später kam eine zweite rothe Maske, nur daß diese die drei erwähnten Worte voll erhabener Be- deutung auf einem Banner geschrit trug. Es schien zu Anfang, als ob der ordensgeschmückte Vorsitzende an ein verpörrisches Liebeswerben gehen wollte; bald aber war es klar, daß die rothe Farbe es ihm angethan hatte. Tapfer wie Anno 70 entriß er der einen Maske die Fahne und barg den Mund zornfunkelnden Auges hinter dem Buffet. Diese Ruhmesdhat machte aber nicht allein die Sozialdemokraten, sondern auch die meisten anderen Gäste neidisch; es ging an ein Parlamentiren, das beinahe über die gegeneinander Grenzen hinausgeschritten wäre, wenn es nicht durch eine energische That sein Ende gefunden hätte. Ein Mit- glied ging nämlich hinter das Buffet, zog die vom Vorsitzenden eroberte Trophäe wieder hervor und übergab sie unter Hurrah der rechtmäßigen Besitzerin. Zwei andere Nothe nahmen sich in demselben Augenblick des Vorsitzenden an, dem ob der revolu- tionären That ganz schwach geworden war. Sie führten ihn in das Vorgimmer, hielten ihn dort mit sähem Fingern, und eine halbe Stunde nach der erwähnten Katastrophe sah man den er- wähnten alten Herrn auf dem Sopha sonst in Morpheus' Armen liegen. Das Maskenfest des Rauchklubs „Columbia“ aber dauerte, obgleich ihm die monarchische Spitze abgebrochen war, fröhlich bis zum frühen Morgen.

Splittler und Balken. Man schreibt dem frommen „Reichsboten“: Es war am Sonntag Quinquagesimä. Ich stand noch ganz unter dem Eindruck der Gedanken dieses Sonntags: Hinan nach Jerusalem, zum Leiden und Sterben. So der Priester, so auch sein Jünger! — Am Nachmittag griff ich zum „Reichsboten“. Da las ich die Einladung zum 15. Deutschen Arbeitstage. Am 4. März soll er abgehalten werden, in der Woche nach Reminiscere, mitten in der Passionszeit. „Vielseitig ge- änderten Wünschen zufolge wird nach der Tafel Lang stattfinden.“ Dies findet auch der „Reichsbote“ nicht in der Ordnung. Wir wundern uns sehr, daß das Pastorenblatt in dieser Harm- losigkeit etwas Aufwichtiges sieht, wo er doch die großen Sabbath- schändungen bei Bantam, die zum Theil sogar an hohen Festtagen im königlichen Schloß und in verschiedenen protestantischen Kirchen Berlins begangen worden sind, trotz unserer eindringlichen Auf- forderung völlig ungerührt gelassen hat.

Ueber Friedmann's Verhaftung bringt Wolff's telegra- phisches Bureau die folgende vom Sonntag datirte Meldung aus B o r d e a u x: Die Festnahme Dr. Friedmann's erfolgte Freitag Abend, wurde aber am folgenden Vormittag noch geheim gehalten. Die Polizeibeamten sagten, er würde nur überwacht, bis zur Fest- stellung seiner Identität. Dr. Friedmann war im „Hotel de France“ mit der Schauspielerin Anna Mertens unter dem Namen Dr. Feldaus aus Krakau abgetrieben. In dem langen Verhöre, welches mit ihm angestellt wurde, leugnete der Verhaftete Fried- mann zu sein, jedoch führte die Durchsuchung seines Zimmers, die in Gegenwart der Anna Mertens vorgenommen wurde, zu der Auffindung von Papieren, die seine Identität klarstellten. Dr. Friedmann machte sodann ein vollständiges Geständniß und fügte hinzu, während seines Aufenthaltes in Paris habe er eine Broschüre unter dem Titel „Der Sozialismus in Deutschland“ erscheinen lassen. Friedmann wurde gemessen und sodann nach dem Fort du Sa gebracht, wo er bis zur Beendigung der Aus- lieferungsformalitäten bleiben soll. Anna Mertens wurde frei- gelassen.

Aus dem Schulleben. Aus wird geschrieben: Sämmtlichen Kandidaten der Theologie, die bisher als Vertreter an hiesigen Gemeindefchulen in erheblicher Anzahl beschäftigt wurden, ist seitens des Provinzial-Schulkollegiums gekündigt worden, und zwar unter dem Hinweis auf den Ministerial-Erlass vom Jahre 1892, nach welchem nur der als Vertreter im Gemeindefchuldienst angestellt werden darf, der seine Befähigung zu diesem Amte durch ein pädagogisches Examen, in diesem Falle das Rektoratsexamen, erwiesen hat. Da nun aber zu einer derartigen Prüfung nur solche Herren zugelassen werden, die den Nachweis erbringen können, daß sie mindestens 1/2 Jahr im öffentlichen Schuldienst thätig waren, so ist der sonst so beliebte Weg zum Rektorat für die Theologen fast gänzlich abgeschnitten. Man glaubt in diesem ministeriellen Vorgehen eine Antwort auf die Gründung der Rektorenpresse, des Wöttinger Rektorenseminars zu sehen, in welchen Predigamt- kandidaten auf möglichst schnelle Weise den Rektor erlangen können.

Königliche Bibliothek. Amtlich wird bekannt gegeben. In der Woche vom 2. bis 7. März findet nach § 48 der Ver- nutzungs-Ordnung die Zurücklieferung sämmtlicher aus der Königl. Bibliothek entliehenen Bücher statt. Alle, welche solche Bücher in Händen haben, werden hiermit aufgefordert, sie in den Geschäftsstunden (9 bis 3 Uhr) zurückzuliefern. Die Zurücknahme der Bücher erfolgt nach alphabetischer Ordnung der Namen der Entleiher: von A bis H am Montag und Dienstag, von I bis R am Mittwoch und Donnerstag, von S bis Z am Freitag und Sonnabend. Während der Rücklieferungstage werden keine Bücher neu ausgeliehen.

Die Asyl für Obdachlose wurden in den letzten Nächten sehr stark frequentirt. Im Vereinslokal in der Bischofsstraße mußten leider viele Unterkunfts-suchende abgewiesen werden, da das Asyl bekanntlich nur für 300 Personen Raum besitzt. Der Vorstand des Asyl-Vereins hofft, daß die Spenden so reichlich fließen werden, daß bereits im nächsten Winter der Neu- resp. Erweiterungsbau des Asyls seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Wenn die schoske Denunziationsucht der Antisemiten selbst einem Blatte wie der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schon zu stark wird, so will das etwas bedeuten. Gelegentlich der Verhaftung unseres Kollegen Braun wußte die „Staats- bürger-Zeitung“ nichts besseres anzufangen, als die Nord- deutsche Verlagsanstalt, in der die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ gedruckt wird, darauf aufmerksam zu machen, daß in ihrer Offizin viele sozialdemokratische Seher beschäftigt seien, die allesamt entlassen werden müßten. Das angerempelte Blatt antwortete darauf: „Die „Staatsbürger-Zeitung“ glaubt sich mit intern- geschäftlichen Angelegenheiten des Verlages der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ befassen zu sollen. Ein Blatt, aus dessen Spalten noch immer der Abwardi-Geruch duftet, sollte sich lieber um seine eigenen Angelegenheiten, als um die anderer Leute be- kümmern. Da wir jedoch recht gut wissen, von wo und zu welchem Zwecke solche Notizen langirt werden, wollen wir ab- warten, ob sich jemand findet, der auf solche Denunziationen etwas giebt.“ Darauf ertönte einig's Hundegeheul in der „Staatsbürger-Zeitung“, ein Beweis, daß der Jutritt geoffen hatte. Vielleicht glückt dem antisemitischen Organ mit der Räteregierung ein anderes Mal das schoske Handwerk besser. Daß es zuweilen goldenen Boden findet, zeigt ein Fall aus unserer Erinnerung, der vor einigen Monaten dem jezt im Gefängniß sitzenden Redakteur Pfund passirte. Unser Kollege hatte eines Tages eine polizeiliche Vorladung er- halten; auf dem Alexanderplatz eröffnete ihm der Kommissar, daß es sich in einer von ihm verantwortlich redigirten Nothiz des „Vorwärts“ um ein Religionsvergehen handle. Als Pfund er- klärte, daß er in dem inkriminirten Schriftsatz vergebens nach einem Defekt gegen den die Gewissensfreiheit fortritten § 108 des Strafgesetzbuchs suche, entgegnete der Polizeibeamte, indem er auf die ausgebreitet auf dem Tische liegenden Akten wies, daß die Offenlichkeit bereits Anstoß an dem Religionsvergehen genommen habe. Diese Offenlichkeit bestand aber zum wesent- lichen Theil aus dem antisemitischen Kabaublatte, aus dem man eine Nothiz, in welcher der Staatsanwalt auf den „Vorwärts“- Artikel aufmerksam gemacht worden war, dem Aktenhefte be- gefügt hatte. — So schlägt sich die „Staatsbürger Zeitung“ redlich durchs Leben.

Mühte es sein? Das Gemeindeblatt vom Sonntag meldet folgende gerichtliche Verurtheilungen: Ein hiesiger Einwohner ist wegen öffentlicher Beleidigung eines Armenkommissions-Vorsiehers rechtskräftig zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. — Wegen Beleidigung eines Waisenraths-Mitgliedes ist ein hiesiger Ein- wohner mit 2 Wochen Gefängniß bestraft worden. — Eine hiesige Einwohnerin ist wegen Beleidigung eines Steuererhebbers rechts- kräftig zu 30 M. Geldstrafe event. 6 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. — Schon häufig ist in der Presse die Ansicht aus- gesprochen worden, daß es städtischen Beamten nicht gut steht, wenn sie wegen Keufereien, die meist im Affekt ausgesprochen sind, schnellstens zum Kadi laufen.

Die schlimme Ausbeutung der Geschäftskutsher, auf welche schon öfter von uns hingewiesen worden ist, tritt be- sonders in den Praxillen zu tage, welche die Petroleum- und Eisenfirma Hugo Zoske in der Kaiserin Augusta-Allee 6 an ihren Angestellten übt. Die Firma beschäftigt etwa hundert Kutsher. Ein jeder muß 100 M. Kaution stellen; ist er, wie gewöhnlich, nicht in der Lage, das Geld bei der Anstellung baar auf den Tisch zu legen, so wird ihm so lange jedesmal eine Mark vom Wochenverdienst abgezogen, bis der geforderte Betrag voll hinterlegt ist. Der Wochenlohn beträgt 18—20 M., in ganz seltenen Fällen 22 M. Mit dem Abzug der Kaution und der Versicherungsgelder von diesem Betrage hat es aber vielfach noch nicht sein Bewenden, denn ein langes Strafregister, das der Inspektor des Geschäfts aufgesetzt hat, macht es dem Angestellten fast unmöglich, ohne Buße davon zu kommen. Der Dienst beginnt morgens 6 Uhr, wer eine Minute zu spät kommt, zahlt 25 Pf., wer sich um eine Viertelstunde verspätet, 50 Pf. Strafe. Dann sind Kontrolluren unterwegs, welche darauf achten, daß die Kutsher, die mit ihrem Gefährt den ganzen Tag allem Unwetter preisgegeben sind, auch ja nicht zu lange früh- schlafen. Bis vor einiger Zeit konnten die Kutsher, die in der Nähe des Geschäfts wohnten, wenigstens zu Hause ihr Frühstück verzehren und so manchen Groschen sparen; seit einigen Monaten ist ihnen dies bei 50 Pf. Strafe verboten. Halten mehr als drei Woggen in einer StraÙe, so kostet es ebenfalls 25 Pf., fahren sie nach beendigter Tour nicht direkt nach Hause, 50 Pf. Jeder Kutsher muß seinem Kunden in jedem Falle Seife anpreisen, verabsäumt er dies, so ist eine Mark Strafe zu zahlen. — Ob sich diese Firma und andere, die ebenso handeln, schon einmal ein Bild davon gemacht haben, wie ein Arbeiter, der den ganzen Tag anstrengend auf der Straße beschäftigt ist, es machen soll, um mit 15—16 M. sich und seine Familie zu ernähren?

Auf das folgende merkwürdige „Eisenbahnkuriosum“ macht uns ein Reisender aufmerksam: In Treptow a. d. Tollense, das 4500 Einwohner zählt, hält der Schnellzug Berlin-Stralsund (Nordbahn) nicht. Wohl aber hält der Schnellzug in Galtz. Sie kennen Galtz nicht? In Galtz wohnt ein Mann und der heißt Freiherr v. Waigahn. Wir leben wirklich im Zeitalter des Verkehrs.

In Wriezzen a. O. ist am Sonnabend der bejahrte Barbier Kirchner verhaftet worden, weil er an einem elfjährigen Waisen- mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte. Kirchner ist eine Säule des patriotischen Vereins in Wriezzen und hervor- ragender Sozialistenbitter.

Die Schmerzigen der Charlottenburger Ordnungsmänner. Der Magistrat von Charlottenburg hat jezt den Plinther er- sucht, der Stadt einen Sitz im Herrenhause zu bewilligen. Es sei dies „Ehrensack“ für Charlottenburg. Die Mehrzahl der Charlottenburger Einwohner dürfte dem Sehnen ihres Ma- gistrats ziemlich lähl gegenüber stehen.

Gestern Morgen 6 1/2 Uhr wurde der Tischler Paul Breith Sogetenbergert, 3 wohnhaft, angeblich wegen politischer Ver- gehen verhaftet.

Ein schwerer Baumfall hat sich gestern nachmittags 12 1/4 Uhr auf dem Grundstück Chausseestraße 116 zugetragen.

Selbstmord auf der Stadtbahn. Großes Aufsehen verursachte gestern Morgen um 1/8 Uhr auf dem Stadtbahnhofe die Selbstmord einer etwa 30-jährigen anscheinend von außer halb zugereisten Frau, welche sich um diese Zeit auf dem Perron befand.

Von einem Baumglück, das Mauerstr. 88/87 passiert sein sollte, berichteten wir am Sonnabend nach den Angaben eines bekannten Berichterstatters, der alles macht, wie uns jetzt von den Arbeitern an diesem Bau erklärt wird, ist ein derartiges Unglück weder am Freitag noch an den vorhergegangenen Tagen passiert.

Den Knabenmord in Nixdorf schlachtet das hiesige Organ der Rabau-Antisemiten jetzt auf seine Weise aus. Es deutet in einer angeblichen Fußschrift an, daß hier ein jüdisches Ritualverbrechen vorliege.

In einem jämmerlichen Zustand wurde am 19. d. M. die nahezu 18 Jahre alte Tochter des Kaufmanns D. aus dem Westen der Stadt in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert. Das Kind, dessen Zustand nach dem Gutachten eines hervorragenden Arztes wahrscheinlich zum Tode führen wird, machte den Eindruck großer Verwahrlosung.

Arbeiterisiko. In der Fabrik von Hermann Wegener in Britz, Ecke der Jahnsstraße und Chausseestraße ist am Mittwoch voriger Woche der Drechsler Fritz Jänchen schwer verunglückt. Er schnitt sich an der Kreisäge, die keine Schutzvorrichtung trug, den rechten Unterarm fast der ganzen Länge nach auf.

Unglücksfälle. Der 18-jährige Arbeitsbursche Fritz Hirsch, der in der Knopfabrik von Marold in der Melchiorstraße beschäftigt ist, wollte aus dem vierten Stock die Treppe hinabstürzen und sprangen. Dabei verlor er aber sofort das Gleichgewicht und stürzte über das Geländer hinweg auf den Flur des dritten Stockwerks hinab und zog sich schwere Verletzungen zu.

Au Sublimatvergiftung verstarb am Sonntag die Bergstraße 7 in Nixdorf wohnhafte Hebamme Witwe Dester. Das Mittel war ihr ärztlich verordnet worden, doch hat Frau D. so starke Dosen eingenommen, daß der Tod eintrat.

Durch Sturz aus dem Fenster ihrer im 3. Stock des Hauses Kiststr. 6 in Nixdorf belegenen Wohnung löbte sich am Montag Mittag die 60-jährige Frau Wilhelmine Schuler. Lange Krankheit soll das Motiv der bedauerlichen That gewesen sein.

Erschossen hat sich am Montag Morgen 1 Uhr in der Wirthschaft von Braun, Drehdenerstr. 34, der 42-jährige Kaufmann Kirheim, der Louisenauer 84 wohnte. Man nimmt an, daß Nahrungssorgen oder eine verunglückte Speculation den Mann in den Tod getrieben haben.

Eine jugendliche Einbrecherbande, deren Anführer die 16-jährigen Burschen Reimann und Grunewald sind, wurde am Montag durch die Nixdorfer Kriminalpolizei verhaftet. Die jungen Burschen haben nicht nur den Einbruch bei den Nixdorfer Messingwerken, über welchen wir berichteten, verübt, sondern auch mehrere andere verwegene Einbruchdiebstähle.

Von der Staatsanwaltschaft ist die Leiche des Kaufmanns Friedrich Bollert, der in der Yorkstraße 62 bei dem Maurer Berner in Altermiethe wohnte, beschlagnahmt. Als die Geheule Berner gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr von einem Ausgange heimkehrten, fanden sie ihren Miether als Leiche auf dem Abort auf. Die Todesursache ist unbekannt.

Zugen gesucht. Die Herren, welche am 31. Oktober 1895, vormittags 9 1/2 Uhr, im Amtsgericht Jüdenstr. 59, 2 Treppen, im Zimmer 173 gehört haben, wie ein Herr einer Frau Verleumdungen entgegenstufenderte, werden gebeten, ihre Adresse bei Walter, Neue Friedrichstr. 7, part., abzugeben.

Witterungsübersicht vom 24. Februar 1896.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke (Scala 1-12), Wetter, Temperatur nach Celsius. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Saparanda, Petersburg, Cort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. Februar 1896. Theils heiteres, theils wolfiges Frohwitter mit ziemlich frischen nordöstlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Der Kaufmann Karl Paasch, als Antisemit und durch seine Angriffe gegen den früheren deutschen Gesandten in China, v. Brandt, bekannt, wird wegen einer aus einem Erkenntnis des Landgerichts I Berlin vom 17. Mai 1893 wegen öffentlicher Verleumdung und wegen Verhöhnens vollstreckbaren Gefängnisstrafe von einem Jahr einem Monat von der Staatsanwaltschaft Berlin lebenslang verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

Leffing-Theater. Ein Kindelei ist es, den Wildenbruch diesmal im Leffingtheater mit seinen neuen Komödien am Sonnabend vorsetzte. Zur höheren Ehre Friedrichs II. sind beide Schauspiele verfaßt; das eine ist ein großbrütiges Volksstück, 'Der Junge von Hennerdorf', das andere für das Theater der Gewerbe-Ausstellung bestimmt war, wirft sich nebenher mit Wildenbruchschem Draufgängerthum auf Soldatenverherrlichung und Berlinischen Lokalpatriotismus; es verwechselt nur volkstümliche Naivität mit kindlichem Gethue.

Dem kaiserlichen Stück gegenüber erwies sich Frau Niemann-Neabe als wahre Ketterin. Eine weniger gesunde und weniger reife Künstlerinatur und die weinerliche Jungfer konnte sammt ihrer Thränenfeligkeit leicht einen Stich ins Lächerliche erhalten.

Zu Hurrath-Stücken, wie der 'Junge von Hennerdorf' ist, findet unferneis gar kein Verhältnis mehr. Die altberlinische Rabau-Komödie war auch vom Publikum abgelehnt worden. Der 'Junge von Hennerdorf' ist eigentlich ein Berliner Junge, mit Spreewasser getauft. Er lebt nur in Hennerdorf, weil er ein uneheliches Kind der Jungfer Auguste Dambing ist und weil das spießbürgerliche Vorurtheil ihn nicht im Elternhause duldet.

In Nationaltheater wurde am Sonnabend ein Volksstück 'Der Verdächtige' aufgeführt, das nach dem im 'Vorwärts' veröffentlichten gleichnamigen Roman des Schriftstellers Franz Held bearbeitet worden ist. Leider nicht mit vielem Glück.

Ein Orgelvortrag bei freiem Eintritt findet am Mittwoch, mittags von 12 bis 1 Uhr, in der Marienkirche statt. Ein merkwürdiger musikalischer Genuß wird dem Berliner Publikum zur Zeit im Konzertsaal des Hotel de Rome geboten. Die amerikanischen Jubiläumssänger nennt sich eine Gesellschaft farbiger aus den Vereinigten Staaten, die aus drei Damen und fünf Herren besteht.

Edison über Nütigen. Aus New-York berichten 'Central News of Germany': In einem Interview mit dem hiesigen Spezialkorrespondenten des 'Science' erklärte Edison wörtlich: 'Die Entdeckung Nütigen's ist bedeutsamer als irgend eine meiner eigenen Erfindungen und wird zu wichtigeren Resultaten für das Wohl der Menschheit führen als irgend eine andere Entdeckung im Bereiche der modernen Wissenschaft.'

Die Entdeckung des großen Elektrikers ist deshalb um so gewichtiger, als er sich bisher gegen Entdeckungen anderer auf einschlägigen Gebieten sehr ablehnend verhalten hatte. Edison ist Tag und Nacht in seinem Laboratorium mit Versuchen betreffs Anwendung der X-Strahlen beschäftigt.

Die Erklärung des Herrn Direktor Krendt vom Sonnabend, in welcher er vier Restauratoren als zum Theil von der Bicheldorfer Brauerei abhängig bezeichnete, ist dahin zu berücksichtigen, daß zwei derselben, welche, nebenbei bemerkt, von keiner Brauerei abhängig sind, bis zum Ausbruch der Differenzen Abnehmer des Münchener Brauhauses waren. Die Geschäftsverbindung wurde erst aus Grund der Vorurtheile aufgehoben.

Der Streik der Zimmerer dauert unverändert fort. Bis jetzt haben laut Verzeamig 263 Arbeitgeber bewilligt, darunter auch die Firma Pumpkin, die am Sonnabend Abend endlich die Forderungen anerkannte. Die Situation für die Durchführung der Forderungen ist trotz der jetzigen Kälte günstig; sie kann allerdings durch Andauern der kalten Witterung beeinträchtigt werden.

Auch im Zimmerer-Streik ist übrigens das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Verhandlungen sind bereits Mittwoch, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr, statt. Als Verhandlungssaal ist, wie beim Schneider-Streik, mit Rücksicht auf die große Zahl der Beteiligten der Bürgeraal des berlinischen Rathhauses gewählt.

Aus Bukarest in Rumänien wird uns geschrieben: Der hiesige Klub der Sozialdemokraten deutscher Junge hielt am 20. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Einnahmen betrugen im letzten Jahre 441 Lei 80 Pani (1 Lei = 100 Pani = 80 Pf.). Die Ausgaben 417 Lei 55 Pani. Eine Sammlung für die verurtheilten Genossen in Godmez-Bafárbely (Ungarn) ergab 116 Lei. Die Bibliothek, welche im Jahre 1893 gegründet wurde, besteht aus 150 Bänden und Broschüren. Die Thätigkeit des Klubs erstreckte sich auf Verbreitung von Zeitungen und Broschüren, Ausleihen von Büchern, Vorlesungen und Diskussionen, sowie Arrangements von einigen kleinen Festen.

Genosse Hauch ist am vergangenen Donnerstag aus der Redaktion des 'Volkswillens' zu Hannover ausgeschieden, um das Vergehen der Majestätsbeleidigung, dessen er sich nach Ansicht der Richter schuldig gemacht hat, hinter den Mannern des Gefängnisses 4 Monate lang zu büßen.

Zu der Behandlung unseres Genossen G. Wehr im Gefängnis zu Eiberfeld theilt die dortige 'Freie Presse' weiter mit: G. Wehr befindet sich, wie wir erfahren, in Gemeinschaft mit einem Roum (Scheib genannt), der etwa 30-35 Gefangene beherbergt, mithin muß er die Nacht auch in einem gemeinsamen Schlafsaal zubringen. Außerdem muß er sich an jedem Abend um 10 Uhr auf dem Hof im Gänsemarsch spazieren geben und auf Kommando höflich sein, das heißt, vor einem Oberbeamten die Kopfbedeckung abnehmen. Wir betonen, daß die Gemeinschaft mit allem was drum und dran hängt, auch für den Genossen G. Wehr eine Straferschärfung bedeutet. Der frühere Vorsteher der Anstalt hielt es für selbstverständlich, daß Redakteure in Einzelhaft kamen; eine Zeitung lasen, allein 'spazieren' gingen etc. Der jetzige Leiter, Herr Direktor Wörwein, beruft sich auf das Reglement und findet es angemessen, keine Ausnahme zu machen zwischen einem Redakteur, der wegen Vergehens bestraft ist, und einem K. beliebige wegen eines gemeinen Vergehens bestraft. Zum Schluß erwähnt die 'Freie Presse' noch folgenden Fall. Als Redakteur Lingwiler den Rest seiner Strafe, 6 Wochen Haft (einfache Freiheitsentziehung) antrat, kam er aus der gemeinsamen Haft in Isolirhaft. Er beantragte bei der Leitung, bis 9 Uhr abends Licht brennen zu dürfen, im Falle der Ablehnung dieses Antrages wenigstens von dem Aussehen der Kleider vor die Zellenthür entbunden zu werden. Beide Anträge wurden mit dem Bemerkten, daß keine Ausnahmen statifanden, abgelehnt. (Die Gefangenen gehen an Verlagen um 7 1/4 Uhr, an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen um 6 1/4 Uhr und an Sonn- und Feiertagen um 5 1/4 Uhr zu Bett.) Einzelweiser mußte also wie jeder suchverdächtige Gannet, der zu einer Reihe von Jahren Gefängnis verurtheilt ist, seine Kleider vor die Zellenthür jehen. Die in der Anstalt beschäftigten Amtsschreiber brennen regelmäßig jeden Abend Licht und sind von der Aushebung der Kleider befreit, trotzdem darunter Leute sind, die lange Freiheitsstrafen zu verbüßen haben.

Diese Mittheilungen unseres Eiberfelder Bruderorgans kennzeichnen das System, unter dem wir jetzt in Deutschland leben. Man wünscht so etwas wie Grabeschwärze im öffentlichen Leben, deshalb behandelt man die wegen politischer Vergehen Angeklagten wie gemeine Verbrecher. Der beabsichtigte Erfolg wird aber nicht erreicht werden, denn gerade die rigorose Art und Weise, wie man uns behandelt, schafft uns Anhänger in immer weiteren Kreisen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Tischler Berlins. Gestern kam es zu erneuten Arbeitniederlegungen in einigen größeren Werkstätten, darunter der Werkstatt von Brunsow, Neue Königsstr. 15, mit 62 Tischlern. Grund hierzu waren Mißverständnisse über prozentuale Lohnerböhdungen bei der Auszahlung am Sonnabend. Wie ein Mann hatten sämtliche Tischler in dieser Werkstatt die Arbeit eingestellt. Der Erfolg dieser Gemüthlichkeit war, daß innerhalb weniger Stunden das Mißverständnis aufgelöst war und die Tischler bereits Mittag nach erfolgter Bewilligung zur Arbeit zurückkehren konnten. Im allgemeinen ist die Bewegung im stetigen Vorwärtsschreiten begriffen. Die Tischler einer Reihe von Werkstätten haben sich nachträglich der Bewegung noch angeschlossen und die bekannten Forderungen ebenfalls gestellt. Die Gesamtzahl der Werkstätten, wo bewilligt ist, betrug bis gestern Abend 813 mit 8300 Tischlern. In 60 Werkstätten ist noch nicht bewilligt; in diesen arbeiten 440 Tischler. Die siegreiche Durchführung des Streiks kann jetzt nicht mehr gehemmt werden. In Nixdorf hat die Bewegung bis jetzt ebenfalls gut abgeschlossen. Nur noch einige Werkstätten mit insgesamt 22 Mann befinden sich in Ausstände.

Die Erklärung des Herrn Direktor Krendt vom Sonnabend, in welcher er vier Restauratoren als zum Theil von der Bicheldorfer Brauerei abhängig bezeichnete, ist dahin zu berücksichtigen, daß zwei derselben, welche, nebenbei bemerkt, von keiner Brauerei abhängig sind, bis zum Ausbruch der Differenzen Abnehmer des Münchener Brauhauses waren. Die Geschäftsverbindung wurde erst aus Grund der Vorurtheile aufgehoben. Die anderen sind Mitglieder der Agitationskommission der Brauereiarbeiter und haben als solche die Interessen der letzteren gelegentlich des Ausstandes in der Brauerei Bicheldorf vertreten. Die von Herrn Direktor Krendt aufgestellten Behauptungen sind daher als unwarh zu bezeichnen.

Joseph Wiedemann. Fritz Preuß. Fritz Eiermann. Robert Neumann.

Der Streik der Zimmerer dauert unverändert fort. Bis jetzt haben laut Verzeamig 263 Arbeitgeber bewilligt, darunter auch die Firma Pumpkin, die am Sonnabend Abend endlich die Forderungen anerkannte. Die Situation für die Durchführung der Forderungen ist trotz der jetzigen Kälte günstig; sie kann allerdings durch Andauern der kalten Witterung beeinträchtigt werden. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt circa 1000. Einige Kaufmann versuchen leider, trotzdem sie bewilligt haben, den Lohn wieder zu reduzieren; auch sind Mahregelungen von Plahdeputirten vorgekommen. Deshalb Berufsgegnossen, seid auf Eurer Hut! Haltet fest an den errungenen Forderungen. Vergeße auch kein arbeitender Zimmerer, die eine Mark zur Unterstützung der Streikenden wöchentlich abzuliefern. Wenn jeder seine Schuldigkeit thut, dann muß der Sieg unser werden. Die nächste Versammlung, wo über den Stand des Streiks berichtet wird, ist heute, Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in sämtlichen Sälen bei Cohn's, Benthstr. 20/22. Das Erscheinen jedes Zimmerers ist notwendig.

Die Lohnkommission. Auch im Zimmerer-Streik ist übrigens das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Verhandlungen sind bereits Mittwoch, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr, statt. Als Verhandlungssaal ist, wie beim Schneider-Streik, mit Rücksicht auf die große Zahl der Beteiligten der Bürgeraal des berlinischen Rathhauses gewählt.

Achtung, Arbeiter! In dem Geschäft Braunert, Chausseestraße, sind Differenzen ausgebrochen. Näheres morgen.
Die Lohnkommission der Arbeiter Berlin.
J. A.: G. Sint.

Au die Korbmacher Berlins und Umgegend. Wie Euch allen bekannt ist, hat die Agitationskommission einen Tarif für die Gestellbranche ausgearbeitet, der schon zu Anfang Januar an sämtliche Unternehmer gefandt worden ist, um dem beliebigen Einwand zu begegnen, man habe beim Abschluß der Aufträge nicht gewußt, daß die Arbeiter Forderungen stellen würden. Wie bekannt, beginnt die eigentliche Saison in unserem Gewerbe erst im März. Wir glauben daher, daß die Unternehmer vorläufig Zeit hätten, sich auf die Sache einzurichten. Kollegen, nunmehr ist es an Euch, rückhaltlos für den Tarif, den ihr in der Dezember-Versammlung selbst angenommen habt, einzutreten, und überall dort, wo die Forderungen noch nicht gestellt sind, dies ungefümt zu thun, denn es ist nun hohe Zeit, ernstlich vorzugehen. Bis jetzt sind erst aus einigen Werkstätten Berichte über Unterhandlungen eingegangen. Kollegen! Seht auf die anderen Verufe — überall sind dort die Arbeiter bemüht, ihre Lage aufzubessern. Dies schon muß Euch veranlassen, energischer und schneller zu handeln als bisher, denn keinem Unternehmer wird es einfallen, Euch das im Tarif Beforderte aus eigenem Antriebe zu geben, sondern es wird und muß von Euch verlangt und erkämpft werden. Daß die Löhne in unserem Gewerbe geradezu jämmerlich und die Arbeitszeit übermäßig lang ist, weiß jeder, so daß ein näheres Eingehen darauf überflüssig wäre. Da die Korbmacher schon seit Jahren auf einen günstigen Augenblick warten, wo es ihnen möglich ist, ihre Lage zu verbessern, so sind wir der Überzeugung, daß es nur noch dieses Punnetes bedarf, um Euch anzuspornen, das bis jetzt Veräumte nachzuholen. Darum auf, Kollegen, legt Euren Arbeitgeber die Forderungen vor und übermittle das Resultat an die Euch bekannte Stelle. Noch auf ein wollen wir nicht unterlassen hinzuweisen. Gerade von den Gestellarbeitern stehen viele der Organisation noch fern. Mühen sie endlich den Gleichmuth abstreifen und mit eintreten in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen, um mit ihnen Schulter an Schulter die zahllosen Mißstände in unserem Gewerbe beseitigen zu helfen. Die Agitations-Kommission der Korbmacher. J. A.: G. Voigt, Raunungstraße 3.

Charlottenburg. Zur Holzarbeiter-Bewegung. Bis gestern Abend 6 Uhr hatten von 20 Arbeitgeber zwölf mit zusehender 80 Gesellen die gestellten Forderungen bewilligt. Unter den letzteren befinden sich die Bauischleierei von Seiler, Jahns, Kurz und Schulenburg.

In Brandenburg sind die Futurbeiter der Wollhut-Fabrik von Meinets infolge von Lohnänderungen in den Ausstand getreten. Der Fabrikant sucht, wie uns berichtet wird, namentlich in Luckenwalde Ersatz anzuwerben. Die Ausständigen bitten ihre Verusgenossen um solidarische Verhalten.

In Kottbus wurde am Sonnabend ein Zirkular des Fabrikantenvereins unter dessen Mitgliedern vertheilt. Es hat folgenden Wortlaut:
„Kommission's-Beschluß vom Freitag, den 21. Febr. 1896.
Sämtliche Mitglieder des Vereins haben am Sonnabend, den 22. Februar d. J., ihren sämtlichen Arbeitern zum Sonnabend, den 7. März, zu kündigen, und haben an letzterem Tage den gesamten Betrieb ihrer Etablissements bis auf weiteres einzustellen.
Die Wiederinbetriebsetzung darf nur auf Anordnung der Kommission erfolgen. Zuwiderhandelnde verfallen dem § 10 unserer Statuten.“

Die Kommission des Vereins zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Tuchfabrikanten zu Kottbus.
Die Arbeiter warteten aber die Kündigung nicht erst ab, sondern legten im Laufe des Sonnabends sämtlich die Arbeit nieder. Gestern, Montag, fanden fast sämtliche Fabriken still, mit Ausnahme der einiger weniger kleinen Wäcker, die sich mit ihren Arbeitern einigten. Im Streit stehen über 6000 Personen; 20000 sind in Mittellosigkeit gezogen.

In den Kohlenbergwerken des Erzherzogs Albrecht und des Grafen Laisch zu Mährisch-Odrau ist ein großer Theil der Vergleite nach ordnungsmäßiger Kündigung in den Ausstand eingetreten. Ursache des Streiks ist, wie wir früher schon mittheilten, die Entlassung einiger Arbeiter, die von ihren Kollegen dazu berufen waren, ihre Interessen gegenüber der Verwaltung wahrzunehmen.

Eine stark besuchte Brauerei-Arbeiter-Versammlung in Mainz formulirte am Sonntag folgende an die hiesigen Brauereien zu richtende Forderungen: Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für Sommer und Winter. Abschaffung der Schlafstelle im Betriebe der Brauereien und Festschließung eines Minimallohnes von 24 M. pro Woche; Bezahlung der Ueberstunden und nothwendig werdender Sonntagsarbeit mit 50 bzw. 60 Pfg. pro Stunde, Gewährung des freien Koalitionsrechtes und wöchentliche Lohnauszahlung. Die Versammlung beschloß, diese Forderung gestern schriftlich vorzulegen der Direktion der Rheinischen Bierbrauerei vorzulegen und Antwort bis spätestens Donnerstag Abend zu erbitten.

Heber die schweizerische Eisenbahner-Bewegung liegt folgende Depesche vor:
Zürich, 23. Februar. Nach einem amtlichen Bulletin wurde die weitere Ausbesserung der Gehälter der Angestellten bis 350 000 Fr. und die Verabschiedung derjenigen Angestellten beschloßen, die es ablehnten, in einem Zeitraum von acht Tagen ihre Zustimmung zu dieser neuen Lohnskala zu geben. Die Direktion wurde ersucht, in der Lohnfrage nur mit den Angestellten und nicht mit dem Zentralkomitee zu verhandeln.

Gerichts-Zeitung.
Der Privattheater-Verein „Crische“ brachte am Abend des 25. August v. J. in seinem Vereinslokale zwei Poffen, „Nimrod“ und „Die letzte Fahrt“ von Stettendrin zur Aufführung. Die Zuschauer befanden nicht nur aus Vereinsmitgliedern, sondern die letzteren hatten die Aufgabe gehabt, Einladungskarten an Verwandte und Bekannte abzugeben für den Preis von 80 Pf. Dadurch wurde die Aufführung zu einer

Öffentlichen gestempelt, und der Vorstand hätte von den Ankoren die Erlaubnis zur Aufführung der betreffenden Stücke einholen müssen. Da dies nicht geschehen war, wurde der Kassenverwalter, welcher beim Verein den Posten des Regisseurs bekleidete, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Die dritte Strafkammer des Landgerichts I verurtheilte gestern Voebel zu einer Geldstrafe von 20 M.

Der frühere Direktor der verflochtenen Töpferer Vereinsbank, Kaufmann Jden, der jetzt in Hirschberg i. Schl. wohnt, ist am Montag von der zweiten Strafkammer am Landgericht II von der Anklage, 174 625 M. unterschlagen zu haben, freigesprochen wurde.

Versammlungen.

Eine öffentliche Maurer-Versammlung, einberufen vom Vertrauensmann Westphal, tagte am 23. Februar in Gröndel's Saal, Brunnenstr. 188. Zunächst referirte Genosse Gustav Kessler unter allgemeinem Beifall über das Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung eine Vorbedingung für die politische Freiheit.“ Darauf folgte eine lebhaft besprochene der Zustände bei der Firma Lütgen u. Vöginann, die auf dem Gelände der zukünftigen Gewerbe-Ausstellung verschiedene Maurerarbeiten, so Wäscheinwendungen, auszuführen hat. Kater und Küsspchen führten an, daß dort statt höchstens 10 Stunden 14 und 15 Stunden gearbeitet werde und die Sonntagsarbeit stark im Schwunge sei. Die Berliner Maurerschaft könne das, meinten beide, nicht ruhig hinnehmen zu einer Zeit, wo sie die Verkürzung der Arbeitszeit anstrebe, und zwar umso weniger, als die gerügte Ueberarbeit unter Leitung einiger Politiker erfolge, die sich zu den Kollegen der beschäftigten Maurer rechneten und zum Theil in der Maurerbewegung eine Rolle gespielt hätten. Besonders das Verhalten des Maurer Fiedler gab Anlaß zu einer längeren Debatte, in der sich der Angegriffene selbst vertheidigte und schließlich erklärte, dem Beschlusse der Versammlung Folge zu leisten. Hierauf stimmte man folgender Resolution zu: „Die Versammlung verurtheilt die Arbeitsweise auf der Ausfertigung bei der Firma Lütgen und Vöginann auf das allerentschiedenste und verlangt, daß die Ueberstundenarbeit dort endgiltig eingestellt wird. Wenn die Arbeit preßiert, hat die Firma zwei Schichten von je 8 Stunden einzuführen. Die dort angestellten Arbeiter und Kolonnenführer verpflichten sich durch Unterschrift, für diese Forderungen einzutreten und für den Fall, daß die Firma sie nicht bewilligt, mit allen Mauern zusammen für die Forderungen einzutreten.“ — Vorstehender Beschlusse wird dem Vertreter der genannten Firma unterbreitet werden. — Zum Schluß erläuterte Dr. Friedberg die Fragebogen für die Lebenshaltungs-Enquete im Berliner Baugewerbe.

Bezugsnehmend auf vorstehendes theilt uns der Vertrauensmann der Maurer, Genosse Kater mit, daß bereits die Angelegenheit zu einem gütlichen Austrag gelangt ist. Die Firma hat auf Vorstellungen hin verfügt, daß nunmehr zwei Schichten von je 7 stündiger Arbeitszeit eingeführt werden.

Auf die Verichtigung des Herrn Mosse, Wäscheabrikant, erhalten wir folgende Entgegnung: Herr Mosse bezahlte 3 Pf. für gewöhnliche Umlegebogen 5 1/2 Pf., 4fache Stehtragen 5 Pf., Rauchschichten, ob rund oder edig 7 Pf., Servietten mit Briefe 5 Pf. pro Duzend. Andere Firmen hingegen bezahlten für Nr. 1 wie oben 6 bis 8, Nr. 2 6 bis 8, Nr. 3 8 bis 10, Nr. 4 7 1/2 bis 12 Pf. pro Duzend.

Es ergibt sich hieraus, daß Herr Mosse, wenn man den niedrigsten Preis anderer Geschäfte in betracht zieht, im Durchschnitt weniger bezahlt.

Die Secher-Kommission.
J. A.: J. Grasshoff.

Arbeiter-Erziehungs-Schule. Dienstag kein Unterricht. Die Schulkasse sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials abends von 8 Uhr an geöffnet.

Charlottenburg. Jeden Dienstag im Restaurant Sauer, Gorchstr. 45: Besprechung für Frauen.

Der „Fortschritt“, Verein für Eisenbahnreform, wird in seiner am Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Singspaziergarten, Singspazierstraße 122, stattfindenden General-Versammlung die Erörterung der Frage: Die Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 und die Eisenbahn-Verwaltung“ fortsetzen. Außerdem findet die Wahl des Vorstandes statt.

Arbeiter-Fachverbände Berlin und Umgegend. Dienstag: Gutgeleitete Freunde, Georgenkirchstr. 45 bei Spät. — Magier-Kassabund, Wallstraße 10 bei Spät. — Rauchklub Gloria, 8 1/2 Uhr bei Spät. — Rauchklub Grün, Grünstr. 19 bei Spät. — Rauchklub Deutsche Flotte, Oranienstr. 22 bei Spät. — Rauchklub im Hain, Oranienstr. 22 bei Spät.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund Mt. Steinfeld, Sängerbund bei Karl Witt. — Sängerbund bei Weidhaff, Admiralsstr. 21 bei Spät. — Sängerbund in Paul I. Mariannenstr. 41 bei Spät. — Sängerbund Georgina, Gorchstr. 63 bei Vogel. — Sängerbund Wilmersdorfer, Wilmersdorfer Str. 29 bei Stein.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gerechtigkeits-Veren, Wilmersdorfer Str. 29 bei Wernau. — Gd. H. Pionierklub 19 bei Neumann. — Schildbohn, Wilmersdorfer Str. 29. — Friedrichstr. 11, Wilmersdorfer Str. 29. — Jülicher Humor, Blumenstraße 22 bei Reich. — Männer-Sängerbund, Wilmersdorfer Str. 179, Oranienstr. Nr. 190 bei Spät. — Ungerstr. 11, Wilmersdorfer Klubhaus, Wilmersdorfer Str. 29. — Sängerbund der Köpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Köpfer. — Freies Lied, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer. — Wilmersdorfer Arbeiter-Verein, Wilmersdorfer Str. 29 bei Köpfer.

Sängerbund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Vorstehender: Wd. Neumann, Valentinstr. 2. Alle Vorträge in der Vereinslokalität sind zu richten an Friedr. Kormann, Waisenstr. 49, v. 2. Etage. Dienstag, abends 8-11 Uhr: Lebenskunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Sängerbund Steinhilber (Kottbus), Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Senefelder, Rosenballestr. 67 bei Wernau. — Gere

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 24. Februar 1896. 11 Uhr.

Im Ministerische: Thielens mit zahlreichen Kommissarien. Die Beratung des Eisenbahn-Etats wird bei dem Einnahmetitel „Aus dem Güterverkehr 680 300 000 M.“ fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Loß (Z.) schildert den Nothstand der rheinischen Landwirtschaft, der nicht geringer ist, als der im Osten. Der Markt in Köln werde nicht bloß mit Getreide aus dem Osten, sondern auch mit Vieh aus Dänemark überschwemmt.

Minister Thielens: In Uebereinstimmung mit dem Landwirtschafts-Minister halte ich den Viehstafeltarif für ein geeignetes Mittel gegen den Nothstand der Landwirtschaft. (Sehr richtig! In's.) Ein Beweis, daß diese Tarife ungünstig für die Landwirtschaft wirken, ist nicht erbracht. Wir haben die Grenze gesperrt aus veterinärpolizeilichen Gründen; wohn soll es aber kommen, wenn wir nun auch noch Sperren im Inlande errichten sollen? (Sehr richtig.)

Abg. Graw (Z.): Die Begründung der Petition des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Westfalen ist beinahe gemeingefährlich, namentlich wenn die allgemeine Grenzsperrung gefordert wird. Man sollte doch nicht fortwährend Benützung in der Bevölkerung verbreiten. Es ist dringend Tagesordnung bezüglich der Petition zu empfehlen.

Abg. Herrmann (Z.) spricht im Sinne seines Vorredners und schildert die Schwierigkeiten der Landwirtschaft im Osten.

Abg. Herold (Z.): Wir wollen keine Sperren im Innern; aber wir wollen die natürlichen Produktionsgebiete nicht durch künstliche Tarife verändern lassen.

Abg. v. Meudel-Steinfels (L.): Wir sehen heute wieder, der mächtigste Mann im Staate ist der Eisenbahnminister mit seiner Tarifpolitik. Die Staffeltarife sind zum Theil durch die Beiträge festgelegt. Diese man uns unter genügendem Schutze gegen das Ausland produzieren, so könnten Streitigkeiten zwischen Osten und Westen nicht vorkommen. Die Staffeltarife bringen uns mehr Nutzen als Schaden, sie erleichtern uns den Austausch von Mager- und Viehwiech im Innern des Staates. Wir müssen alles thun, um unsere bedrohte Landwirtschaft zu schützen und dazu muß uns vor allem auch der Herr Eisenbahnminister durch eine richtige Tarifpolitik helfen. (Beifall rechts.)

Abg. Sirt (L.): Auch in Schlesien bedarf der kleine Landwirth dringend erleichterter Verkehrsverhältnisse.

Frhr. v. Platenberg (L.) bestreitet zunächst, daß, wie Abg. v. Gjarinski behauptete, die Auswanderung der Arbeiter aus dem Osten der westlichen Landwirtschaft helfe. Diefelbe komme vielmehr nur der Industrie im Westen zu gute.

Abg. Vieg (natl.): Die bisherigen Verhandlungen und der ganze Gang der Dinge haben mich davon überzeugt, daß die Forderungen unseres Ostens durchaus gerechtfertigt sind.

Abg. v. Blöb: Der Bund der Landwirthe hat sich gesagt: Hier treten wir außer Aktion, denn wir wissen, daß unsere Mitglieder im Osten und Westen darüber verschieden denken. Die Frage der Viehstafeltarife ist auch wohl tatsächlich noch nicht genug geklärt. Weiter bemerkt Redner, die auf der letzten General-Versammlung des Bundes gefallene Aeußerung: „was einer der Minister denkt, ist uns schnuppe“, sei von dem Bunde durchaus gebilligt worden (große Heiterkeit), gemißbilligt, aber er habe dem betr. Redner nicht das Wort entgegen wollen, da derselbe nicht angriffsweise, sondern in der Vertheidigung gesprochen habe.

Geb. Rath Wölkhausen: Die Einführung direkter Tarife würde ja nur dem deutsch-russischen Handelsvertrage entsprechen. (Hört, hört! rechts.) Die russischen Eisenbahnen haben durch den Vertrag ein Recht direkte Tarife zu fordern.

Abg. Mosse (Z.) spricht vom Standpunkte der Landwirtschaft des Ostens gegen den Antrag Herold, ebenso der Abg. v. Gjarinski.

Abg. Bueck (natl.) stimmt dem Abg. v. Mendel darin bei, daß unser Viehbestand gegen Verfeuchung vom Auslande her zu schützen sei, aber die einschlägigen Maßnahmen dürften keinesfalls dazu verwerthet werden, die Viehpreise zu verteuern. Auch die Arbeiter der Industrie verdienen doch Berücksichtigung. Der Antrag Herold wolle wieder weiter nichts als eine Interessenverschiebung zum Nachtheil des Ostens. Deshalb werde er gegen den Antrag Herold stimmen.

Abg. Gerlich (rl.) warnt ebenfalls davor, daß der Westen seine Macht, die parlamentarisch betrachtet größer sei als die des Ostens, gegen diesen ausspiele. Herold nenne die Staffeltarife eine künstliche Verschiebung der Verkehrsverhältnisse. Gerade umgekehrt liege die Sache. Niedrigere Tarife auf weitere Entfernungen seien vielmehr das Naturgewisse. Unsere gesammte Tarifbildung müßte daher nach dem Staffelsystem erfolgen.

Abg. Mies (Z.) wünscht, daß bei Anlegung von Stationen nicht so viel Opfer von den Interessenten verlangt würden.

Minister Thielens stellt in Rede, daß bei Anlegung von Haltestellen übertriebene Ansprüche an die Interessenten gemacht würden.

Abg. Nicker: Ich kann Herrn Gerlich nur darin recht geben, daß Osten und Westen sich nicht so in wechselseitigen Klagen über ihre Nothlage überbieten sollten. Mit diesen übertriebenen Klagen schädigen Sie nur den Kredit der Landwirthe. Ihre ewigen Agitationen sind es allein, die die Erbitterung wachrufen. Eine bindende Verpflichtung, die Getreide-Staffeltarife nie wieder einzuführen, ist die Regierung niemals eingegangen. Noch ein Wort zu Herrn v. Blöb. Derselbe meinte, der Bund habe gewisse Ausdrücke auf der Generalversammlung des Bundes gemißbilligt. Welche Ausdrücke meinte er dabei: nur das „schnuppe“? oder hat er auch die anderen, noch viel kräftigeren Ausdrücke gemißbilligt? Auch die Anspielung auf Vögel von Becklingen? (Heiterkeit) und den noch kräftigeren Ausdruck, welcher fiel, als der Name Caprioli's genannt wurde? (Heiterkeit.) Im übrigen nehmen wir diese Ausdrücke nicht so tragisch, für viel schlimmer halten wir es, daß Sie so utopische Hoffnungen erwecken, die weder von dem Parlament noch von den verbündeten Regierungen zu irgend einer Zeit realisiert werden können.

Abg. Schroeder (Pole) tritt für die Staffeltarife ein, ebenso

Abg. Jürgensen im Interesse Schleswig-Holsteins.

Abg. Herold tritt den gegen seinen Antrag erhobenen Einwänden entgegen.

Minister Thielens: Alle von der Regierung früher abgegebenen Erklärungen bezogen sich nur auf die Getreide-Staffeltarife, aber nicht auf die Staffeltarife im allgemeinen.

Auf eine Bemerkung von Loß's bemerkt der Minister noch: Gegen eine allgemeine Herabsetzung der Viehtarife habe sich der Landes-Eisenbahnrat ausgesprochen, auch würde dieselbe denselben Effekt haben, wie der vom Westen abgelehnte Staffeltarif. Eine allgemeine Herabsetzung würde aber in ganz zweifelloser und für die Staatsfinanzen nachtheiliger Weise den Tarif auch für solche Relationen ermäßigen, wo ein Bedarf dafür nicht vorliege.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Einnahmetitel Güterverkehr genehmigt, der Antrag Herold abgelehnt und der Antrag der Budgetkommission (Uebergang zur Tagesordnung über die Petitionen) angenommen.

Nach Annahme der übrigen Einnahme-Titel tritt Vertagung ein.
Morgen Fortsetzung. Schluß nach 8 1/2 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Ueber die Einkommensteuer-Verhältnisse der preussischen Bevölkerung im Jahre 1895/96 sind der „Statistischen Korrespondenz“ folgende charakteristische Angaben zu entnehmen: Die Einkommensteuerpflichtige, also zu mehr als 900 M. eingeschätzte Bevölkerung mit ihren Angehörigen umfaßt insgesammt 29,11 vom Hundert, also noch nicht 1/10 der Gesamtbevölkerung. In den Städten steigt der Prozentsatz auf 37,25, sinkt dagegen auf dem Lande auf 23,52 vom Hundert. Die bei weitem größte Mehrzahl der Einkommensteuerpflichtigen ist zu 900 bis 3000 M. veranlagt; nur 3,57 vom Hundert der Bevölkerung haben ein Einkommen von mehr als 3000 M. In den Städten beträgt dieser Prozentsatz 6,45 vom Hundert, dagegen auf dem Lande nur 1,61 vom Hundert. Von den einzelnen Regierungsbezirken hatten, abgesehen von Berlin, das 7,45 v. Hundert der Bevölkerung mit mehr als 3000 M. Einkommen zählte, Wiesbaden mit 5,37 und Hannover mit 5,25 vom Hundert den höchsten Prozentsatz. Im ganzen Staat sind 1591 Jeniten (mit 4238 Köpfen) vorhanden, die mehr als 100 000 M. Einkommen haben. Und dieser Handvoll Ueberreicher stehen die 7/10 der Gesamtbevölkerung, die große Masse der allen Reichthum erzeugenden werktätigen Produzenten gegenüber, die weniger als 900 M. für sich und ihre Familien erarbeiten!

Gegen die geplanten gezeigerischen Maßnahmen gegen die Konsumvereine faßten am Freitag Abend in Leipzig vier stark besuchte Versammlungen einhellig Resolutionen, die dem sächsischen Landtag und dem deutschen Reichstag zugesandt werden sollen.

Arbeiterinnenschutz-Gesetzgebung in der Schweiz. Die Regierung des Kantons Neuchâtel hat den Entwurf eines Arbeiterinnenschutz-Gesetzes ausgearbeitet, das sich, wie die gleichartigen Gesetze in den Kantonen Zürich, Solothurn und Luzern auf alle Geschäfte erstreckt, die nicht dem Fabrikgesetz unterstehen und in denen Arbeiterinnen oder Lehrlinginnen beschäftigt werden. Ausgenommen sind Arbeiterinnen, die bei ihren Eltern arbeiten.

Schnaps und Sozialpolitik in der Schweiz. Das Bundesgesetz von 1886 betr. das eidgenössische Alkoholmonopol bestimmt, daß die Kantone von dem ihnen zugewiesenen Monopolvereue den zehnten Theil zur Bekämpfung des Alkoholismus zu verwenden haben. Die Summe, welche inklusive 1894 die Kantone erhalten haben, beträgt 34 153 913 Fr., das Alkoholgehalt netto 2 371 798 Fr., speziell im Jahre 1894 4 711 315 Fr. resp. 450 955 Fr. Im genannten Jahre wurden 482 685 Fr. für verschiedene Zwecke verwendet, so für Trinkerheilanstalten, für Speisung armer Schulfinder und Ferienkolonien, Naturalverpflegung armer Durchreisender, Unterstützung entlassener Arbeitshäuser oder Sträflinge, für Hebung der allgemeinen Volks- und Berufsbildung etc. In 15 Kantonen ist noch eine unverbrauchte Summe von 998 416 Fr. aus dem Alkoholgehalt vorhanden. In Deutschland würde der ganze Gewinn aus einem staatlichen Alkoholmonopol dem Militarismus geopfert werden.

Gewerkschaftliches.

An die Buchdrucker Berlins!

Eine allgemeine Versammlung der Buchdrucker Leipzigs, die am Freitag, den 21. Februar in Theaterstraße des dortigen Kristallpalastes tagte, hielt die Thätigkeit der Gehilfenvertretung für eine durch die Maßnahmen der Prinzipale gebotene Förderung der Interessen der Gesamtgehilfenschaft.

Die Versammlung stellte fest, daß die wiederholten Bemühungen der Gehilfenleitung auf Herbeiführung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Prinzipalen und Gehilfen im Buchdruckgewerbe durch die Prinzipale keine Würdigung fanden.

Um nun aber wieder zu einem auch von Prinzipalen gewünschten erfrischenden Verhältnis zu gelangen, richtete die Versammlung an den Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker das Ersuchen, bei der Vertretung der Prinzipals-Organisation den Antrag auf Abänderung des Tarifs zu stellen und als Forderungen der Gehilfenschaft ins Auge zu fassen:

1. Möglichste Verkürzung der Arbeitszeit.
2. Eine dementsprechende Lohnerhöhung.
3. Präzisierung der durch die Praxis als freitlig empfundenen Paragraphen des Tarifs.

Ueber diese Anträge ersuchte die Versammlung den Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker, sich von der Prinzipalsleitung bis zum 1. März d. J. Antwort zu erbitten. Vorstehendes wurde in Form einer Resolution in der Leipziger Versammlung, die außerordentlich stark besucht war, unter begeisterter Zustimmung beschlossen.

Die Berliner Buchdrucker werden sich in einer allgemeinen Versammlung in Keller's Sälen, Koppenstr. 29, am 1. März über in dieser Sache zu stellende Anträge schlüssig werden.
J. A. Albert Ruffini.

An alle Klempner Berlins. Donnerstag, den 27. Februar, wird in Cohn's Festalen, Reutstr. 21, eine öffentliche Klempner-Versammlung mit der Tagesordnung abgehalten: „Bekanntgabe und Beschlusfassung über den von den Werkstat-Vertrauensmännern ausgearbeiteten neuen Lohnarif.“ Kollegen! Erscheint in dieser für alle Klempner so wichtigen Versammlung Mann für Mann! Bringt alle Säumigen und Indifferenten zur Stelle, denn nur durch Einigkeit und Theilnahme aller an unserer Lohnbewegung sind Erfolge zu erreichen. (Siehe Inserat.) Der Vertrauensmann der Berliner Klempner, F. Zimmermann, Vorklerk. 55.

Den Metalldruckern und Klempnern zur Nachricht, daß in den Werkstätten von Heber, Lütz, Kunih, Zhaner und Schulz, Blumenstraße, unsere Kollegen die Forderung auf neunstündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn gestellt haben. Bewilligt wurde die Forderung bei Lütz und Heber. Bei Kunih, Zhaner und Schulz steht die Entscheidung der Fabrikanten noch aus. Wir bitten dringend, das zu beachten. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sämmtliche Seidenhutmacher der Seidenhutfabrik des Hoflieferanten O. Bluth in Berlin haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung, eine kleine Lohnaufbesserung zu gewahren, nicht bewilligt worden ist. Der Verdienst der von dieser Firma beschäftigten 25 Seidenhutmacher war berart gesunken, daß er trotz angestrengtester Thätigkeit der Arbeiter nicht zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes ausreichte.
Die Lohnkommission.

Der Ausstand aller im Schnitt- und Stangenbau beschäftigten Arbeiter Berlins dauert unverändert fort.

Die Tapezierer der Werkstat von Fort, Kretschmar u. Co. in Berlin haben ihren Arbeitgebern eine Forderung betr. Erhöhung der Affordpreise unterbreitet und diese, da alle einig waren, auch bewilligt erhalten. Die Erhöhung stellt sich im Durchschnitt auf 25 pCt. Bei der Firma Jakob u. Straunfisch sind nachträglich noch zwei Mann gemahregelt worden, im ganzen also fünf Kollegen. Näheres darüber in der heutigen öffentlichen Versammlung. Allgemeiner Deutscher Tapezierer-Verein. Filiale Berlin.

Die Klavierarbeiter der Firma S. Hansen in Berlin, Neuenburgerstr. 26, haben wegen Lohnminderungen einmüthig die Arbeit niedergelegt. S. Fischer, Vertrauensmann.

Die Zwicker und Ansnyder der Firmen Albert Haas und Adolf Floring in Barmen (Rheinprovinz) sind in den Streik eingetreten, weil ihnen eine Herabsetzung des Lohnes angekündigt wurde.

Die Schiffzimmerleute der Werft von Stöck u. Kolbe in Kiel sind aushändig. Die Ursache des Ausstandes ist nach der „Schlesw.-Holst. Volks-Zeitung“ folgende: Schiffzimmerer waren am Montag Nachmittag, altem Herkommen gemäß, von der Arbeit ferngeblieben. Als sie am Dienstag Morgen ihre Arbeit wieder antreten wollten, wurde ihnen mitgetheilt, daß nun auf Anordnung der Arbeitgeber am Dienstag gleichfalls nicht gearbeitet werden solle. Dies ließen sich die Schiffzimmerleute gefallen, da aber des Vorfalls wegen drei ihrer Kollegen aus der Arbeit entlassen wurden, stellten sämtliche auf der Werft beschäftigte Schiffzimmerleute die Arbeit ein.

Zur nächsten Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter beantragt die Filiale Berlin II dieser Organisation die Aufnahme weiblicher Mitglieder, da die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte insbesondere in der Porzellanindustrie auch die Mithilfe der Arbeiterinnen an den Bestrebungen der Organisation erfordert.

Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus, das in eigener Regie der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts geführt wird, hat laut Bericht der Verwaltung im abgelaufenen 3. Geschäftsjahre einen Umsatz von rund 100 000 M. erzielt. Das Schuldenkonto, das im Vorjahre 11 000 M. betrug, hat sich um 4000 M. verringert. Die Zahl der zugerechneten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug 4300.

Zu den Lohnbewegungen in der Schweiz wird uns aus Zürich geschrieben: Die große Marauer Versammlung der schweizerischen Eisenbahner hat bereits einen Erfolg zu verzeichnen. Während bisher die Bahnverwaltungen nach bekannten Mustern sich weigerten, mit dem Zentralkomitee des Verbandes zu unterhandeln und jede nur mit ihren Angestellten verkehren wollte, haben sie sich nun jetzt bereit erklärt, mit dem Zentralkomitee eine Konferenz abzuhalten, wobei auch der Bund sich vertreten lassen soll. Die Frage der Dienstpragmatik würde nach Ansicht der Gesellschaften am besten durch die Gesetzgebung ihre Erledigung finden, d. h. auf unabsehbare Zeit verschoben werden, worauf die Eisenbahner sicherlich nicht eintreten werden. Für die älteren Angestellten wollen die Verwaltungen bei Feststellung der Lohnskala Uebergangsbekanntmachungen zugestehen, welche unbedeutende Konzession wenig Eindruck machen dürfte.

In Sachen der Brauer hat das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes den ihm von der Konferenz mit den Brauerbesitzern gegebenen Auftrag, ein Reglement für den Arbeitsnachweis auszuarbeiten, ausgeführt. Das uns vorliegende Reglement umfaßt 17 Paragraphen, die im wesentlichen bestimmen, daß beide Parteien einen siebenmitgliedigen Verwaltungsrath bestellen, der Arbeitsnachweis vom Brauer-Verein geführt wird und für Unternehmer wie Arbeiter obligatorisch ist; die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich, bei Differenzen in Brauereien wegen der Arbeitsordnung stellt der Arbeitsnachweis für die betreffenden Geschäfte die Vermittlungsthatigkeit ein, Hilfsarbeiter werden nicht vermittelt; Gehilfen, welche sich Sachbeschädigungen oder grobe Pflichtverletzungen zu schulden kommen lassen, kann der Arbeitsnachweis verschlossen werden; die Prinzipale erhalten das Recht, die ihnen vom Arbeitsnachweis vermittelten Arbeiter auf ihre Qualifikation zu prüfen u. s. w. — Dieser Entwurf ist gegenwärtig einseitig und man darf daher erwarten, daß ihn die Brauerbesitzer freundlich aufnehmen werden.

Eine Textilarbeitergewerkschaft wurde letzten Sonntag in Zürich gegründet; 43 Textilarbeiter traten ihr sofort als Mitglieder bei. — In Winterthur entstand ein Handlangerbund, dem sich sofort 40 Mitglieder anschlossen.

Der Schuhmacherstreik in Kopenhagen dauert noch immer fort. Der Fabrikant Schäfer, der, wie wir bereits mitgetheilt, nach Deutschland gekommen ist, um Streikbrecher anzuwerben, befindet sich gegenwärtig in Magdeburg. Dort war es ihm auch geblückt, einen Zwicker zur Unterzeichnung eines Reverses zu veranlassen. Als dieser aber erfuhr, daß in Kopenhagen gestreikt wird, machte er den Vertrag rückgängig.

Soziale Rechtspflege.

Reichs-Versicherungsdamt. Durch eine sehr interessante Entscheidung wurde der Rentenanspruch erledigt, den der Pfleger des geisteskranken Bergmanns Strack gegen die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft geltend gemacht hatte. Strack war, als er seine Arbeit verlassen wollte, im Bergwerk von dem Bergarbeiter Zimmermann überfallen und mit einer Hacke über den Kopf geschlagen worden, worauf ihn Zimmermann noch in eine Grube hinabgestürzt hatte. Infolge der Verletzungen verfiel Strack dem Jenseits. In den angeführten Umständen erblickte der Vertreter des unglücklichen Strack die Merkmale des Betriebsunfalles. Gelegentlich des Strafverfahrens gegen Zimmermann wurde festgestellt, daß dieser wohlberathet und aus Nachsicht gegen St. in milderer Absicht gehandelt hatte, weshalb denn auch Zimmermann wegen Vorwurfs zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht wiesen den Rentenanspruch unter der Begründung zurück, daß zwischen den Verletzungen Stracks und dem Bergwerksbetriebe ein ursächlicher Zusammenhang nicht bestehe. Hiergegen führte der Pfleger des Klägers im Revers an: Die Abgelassenheit des Bergwerks habe dem Mörder die meiste Garantie geboten, nicht als Vollbringer der grausen That entdeckt zu werden. An einem anderen Orte hätte er wahrscheinlich nicht den Versuch gemacht, den ihm verhassten Strack zu ermorden. Das Reichs-Versicherungsdamt wies aber die Klage ebenfalls ab. Gründe: Allerdings sei nicht zu verkennen, daß die Einsamkeit der Arbeitsstätte in gewissen Grade bei der schweren Schädigung des Klägers mitgewirkt habe. Demgegenüber falle hier der böse Wille des Thäters als das weitaus vorherrschende Moment in der Kette der ursächlichen Bedingungen ins Gewicht; hinter ihm trete die minimale Mitwirkung des Betriebes weit zurück. Deshalb dürfe hier auch der Betrieb nicht für die Verletzungen des Klägers verantwortlich gemacht werden, er habe

nur die äußere Gelegenheit für den lange vorbereiteten und wohl überlegten Mordversuch dargeboten. Der Begriff des Betriebsunfalls werde aber noch nicht dadurch erfüllt, daß ein örtlicher und zeitlicher Zusammenhang zwischen Betrieb und Verletzung vorhanden sei.

Ein landwirthschaftlicher Betriebsunfall. Der Landwirth Matthe hatte die frische Kuh seiner Nachbarin geschlachtet und dafür einige Pfund des frischen Fleisches erhalten. Nachdem er in seine Wohnung zurückgekehrt war, machte er sich daran, das Fleisch zu zerlegen. Hierbei verletzte er sich den Mittelfinger der einen Hand, ohne jedoch anfangs darauf zu achten. Bald schwellte aber der Finger erheblich an, und schließlich mußte ein Glied desselben amputirt werden. Die landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft, bei welcher M. als selbständiger Landwirth versichert war, wies seinen Anspruch auf Unfallrente ab. Das Herabsetzen des Fleisches, ausgeführt in der Absicht, es zu genießen, habe weder mit dem landwirthschaftlichen Betriebe des Klägers, noch mit demjenigen seiner Nachbarin etwas zu thun. Im selben Sinne erkannte das Schiedsgericht, während das Reichs-Versicherungsamt eine Gemeinerhebung darüber veranfaltete, wie groß der landwirthschaftliche Betrieb des Klägers sei, und welche Betriebsverhältnisse sonst obwalteten. Die Auskunft des Landrathes ging dahin, daß M. über 3 Hektar 25 Kar Land verfüge, wovon 4 Morgen Torfbruch seien, und daß er eine Kuh, ein Pferd und ein Kalb besitze. Dem Refuse M.'s wurde nunmehr unter Aufhebung der Vor-Entscheidungen stattgegeben. Der Betrieb des Klägers sei ein kleinbäuerlicher, und deshalb sei mit Bezug auf ihn nicht zu unterscheiden zwischen landwirthschaftlichen und hauswirthschaftlichen Arbeiten.

Einer der Mängel unserer Unfallversicherung trat in einem Rechtsstreit zu Tage, den der Arbeiter Zieloll gegen die See-Berufsgenossenschaft führte. Z. gehört zu den Arbeitern Danzig, die allerlei Gelegenheitsarbeiten verrichten und u. a. sich auch zum Löschen und Laden von Schiffen verdingen. Zu einer derartigen Arbeit hatte er sich auch dem Führer des Flensburger Schoner's Juna zur Verfügung gestellt und diesem außerdem noch eine Hilfskraft zugeführt. Bei dieser Arbeit, der in Accord übernommenen Beladung des Schiffes mit Holz, wurde Zieloll durch einen herabstürzenden Balken sehr schwer am Arm verletzt. Er wandte sich an die See-Berufsgenossenschaft mit dem Anspruch auf Unfallrente, wurde jedoch von dieser zurückgewiesen. Das Schiedsgericht als Berufungsinstant hob indessen den Bescheid der Genossenschaft auf und verurtheilte dieselbe. Es berief sich auf eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, indem es ausführte: Das Einladen und Verladen der Fracht gehöre zu den Arbeiten, die eigentlich der Schiffer mit seiner Mannschaft zu leisten habe. Könne er das nicht ohne fremde Hilfe in der gewünschten oder notwendigen Zeit, dann müsse er sich solche Hilfe beschaffen. Die beiden Arbeiter seien somit Mitglieder der Schiffsmannschaft im Sinne des § 1 Abs. 1 des See-Unfallversicherungs-Gesetzes und infolge dessen bei der Befragung gegen Unfälle zu versichern gewesen, welche ihnen bei der fraglichen Arbeit zustiehe. Das Reichs-Versicherungsamt gab dem Refuse der Genossenschaft statt und stellte deren ablehnenden Bescheid wieder her. Das Gericht erklärte, daß das Urtheil, auf welches sich das Schiedsgericht berief, hier deshalb nicht angezogen werden könne, weil es Verhältnisse der Binnen-Schiffahrt betraf. Das See-Unfallversicherungs-Gesetz lasse darüber keinen Zweifel, daß die unfallbringende Thätigkeit des Refusebeteiligten nicht bei der See-Berufsgenossenschaft zu versichern war. § 74 desselben lasse deutlich erkennen, daß Arbeiter wie Zieloll nicht durch die fragliche Thätigkeit ein Mitglied der Schiffsmannschaft im Sinne des § 1 dieses Gesetzes würden. Zieloll sei übrigens bei keiner Versicherungspflichtigen Betriebsarbeit verunglückt, denn der Ladebetrieb sei nach dem Gesetz nur dann bei der etwa noch in Betracht kommenden Expedition-, Speicherei und Kellereibetriebsgenossenschaft zu versichern, wenn er gewerbmäßig betrieben werde. Im vorliegenden Falle habe es sich nur um eine Gelegenheitsarbeit gehandelt. In der Urtheilsbegründung erkannte das Gericht das Bedürfnis nach einer Unfallversicherung für Hafenarbeiter, wie Zieloll, als unstrittig vorhanden an und gab der Meinung Ausdruck, daß ihm lediglich durch Ausdehnung der Unfallversicherung im Wege der Gesetzgebung genügt werden könnte. — Das vom Reichs-Versicherungsamt in dem Urtheil anerkannte Bedürfnis wird dadurch wohl am besten illusirt, daß gegen die See-Berufsgenossenschaft noch eine ganze Reihe von Prozessen schweben, denen ein dem obigen ganz ähnlicher Sachverhalt zu Grunde liegt. Natürlich ist jetzt schon sicher, daß die betreffenden Verletzten das Schadens-Z. theilen werden; die berichtete Entscheidung ist grundlegend.

Gerihts-Zeitung.

Der ehemalige Sekondelieutenant Freiherr Heinrich von Tallwig stand am Sonnabend unter der Anklage des Betruges vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte bezieht eine Pension in Höhe von 105,50 M. monatlich. Da er sonst ohne Vermögen ist, hat er fortwährend mit Geldverlegenheiten zu kämpfen. Schon am 12. Dezember 1894 wandte sich der Angeklagte an den ihm bekannten Buchhändler Sigismund mit der Bitte, ihm gegen Hinterlegung seiner Pensionsquittung für Januar den Betrag von 105,50 M. vorzuschützen. Sigismund erfüllte die Bitte. Als er am 2. Januar 1895 die Pension abheben wollte, mußte er erfahren, daß der Angeschuldigte bereits zwei Tage vorher die Pension selbst abgehoben hatte. Da schon früher Unregelmäßigkeiten mit dem Angeklagten vorgekommen waren, so hatte der Mendant der Militär-Pensionskasse dem Angeklagten außerdem angezeigt, daß er nur ihm selbst die Pension ausgeben werde. Der Angeschuldigte sah das Unrechtmäßige seiner Handlungsweise ein und bat nur mit Rücksicht auf seine traurige Vermögenslage um eine milde Bestrafung. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Geldstrafe von 100 M.

Die deutsche Gerechtigkeit und der Hungernde. Der obdachlose Arbeiter Joch hatte eines Abends halb oemächtigt vor Hunger und Kälte auf der Portierstiege eines Hauses unter dem Schutze der Haus Thürnische Schutz gegen die Unbilden des Wetters gesucht. Da das Haus von andern Personen verunreinigt war, der Portier aber glaubte, daß Joch mit diesen Verunreinigungen im Zusammenhang stehe, befahl er dem kranken Manne in barischem Tone, sich sofort zum Teufel zu scheeren. Joch ging aber nicht, sondern gab Widerworte, und es wurde nun ein Schutzmännchen geholt, der ihn mit zur Wache nahm. Joch wurde des Hausfriedensbruches angeklagt, und das Amtsgericht verurtheilte ihn zu vier Monaten Gefängnis, da er ein vielfach vorbestrafter Vagabund sei. Hiergegen legte Joch Berufung ein und gab am Sonnabend vor der 5. Strafkammer am Landgericht I an, daß er viel zu entkräftet gewesen sei, um weiterzugehen zu können. Es wurde festgestellt, daß Joch in der That obdachlos in der strengen Kälte mit hungerndem Magen und primitiver Kleidung umhergeirrt war. Das Gericht nahm an, daß in der That Joch wohl froh gewesen sei, eine Zuflucht zu finden, denn man könne es ihm wohl glauben, daß er entkräftet gewesen. Mit den Verunreinigungen im Hause stehe Joch nicht im Zusammenhange, wenigstens sei dies durchaus nicht erwiesen, und deshalb liege die Sache bei weitem nicht so schlimm, wie der Vorderrichter angenommen habe. Die Strafe müsse aber auch schon deshalb unter allen Umständen herabgesetzt werden, weil der Vorderrichter das Strafmaßimum überschritten und auf eine Strafe erkannt habe, welche das Gesetz überhaupt nicht zulasse. Der Gerichtshof hat die Strafe auf 3 Tage Gefängnis herabgesetzt.

In Sachen des Untergangs der „Gibe“ ist der Prozeß jetzt endlich beendet. Der Kapitän und die Offiziere der „Grafhe“ verzichteten auf die Berufung an den Appellhof in Haag und unterwarfen sich dem vom Rotterdamer Gerichtshof gefällten Urtheil.

Ein deutscher „Brother“. Vom Landgericht Gladitz ist am 18. November 1895 der Fabrikbesitzer August Trautvetter wegen Verleumdung der unverheirateten B., die bei ihm als Fabrikmädchen in Stellung war, zu Strafe verurtheilt worden. Wie die B. vor Gericht angab, hat der Angeklagte ihr mehrfach unzüchtige Anträge gemacht und sie durch unzüchtige Berührungen beleidigt, obwohl sie durch ihr Sträuben zu erkennen gegeben hatte, daß sie seinen Wünschen nicht geneigt sei. Der Angeklagte bestritt zwar alles, was ihm zur Last gelegt wurde (von einem Theil der Anklage ist er auch freigesprochen worden), aber das Gericht erachtete die Aussagen der B. als durchaus glaubwürdig, um so mehr, da auch sonst bekundet wurde, daß der Angeklagte mit einzelnen seiner Dienstmädchen und Fabrikmädchen unzüchtigen Verkehr unterhalten habe. — Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde dieser Tage vom Reichsgerichte verworfen, da sie sich nur gegen die nicht anfechtbaren thatsächlichen Feststellungen richtete.

Prügelpädagogik vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Das Zuchtgericht der Volksschullehrer betreffen zwei Entscheidungen, welche der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts gefällt hat. In dem ersten Falle handelte es sich um die Frage, ob gegen den Lehrer Rod aus Husum, der einen Knaben furchtbar geprügelt hatte, das Strafverfahren wegen Körperverletzung bei Gelegenheit der Ausübung seines Amtes zulässig sei. Nach einem ärztlichen Gutachten wiesen am Tage der Mißhandlung das Gesicht und die Schenkel des neunjährigen Delinquenten insgesamt 34 zum theil blutunterlaufene Striemen auf, die dem Knaben beim Sitzen und Gehen große Schmerzen bereiteten. Der Arzt glaubte jedoch die Möglichkeit, daß die auf etwa 50 angenommenen Schläge gesundheitschädliche Folgen haben könnten, verneinen zu müssen. Das Schöffengericht hielt die Züchtigung für eine strafbare und verurtheilte Rod zu 10 M. Geldstrafe und 20 M. Buße. Gleichzeitig mit der Berufung des Angeklagten erhob nunmehr die königliche Regierung von Schleswig den Konflikt. Das Ober-Verwaltungsgericht hatte jetzt zu entscheiden, ob das Strafverfahren einzuhalten sei oder seinen Fortgang haben müsse. Der Senat erklärte den Konflikt für begründet und erkannte demgemäß auf Einstellung des Strafverfahrens. Da die Gründe dieser Entscheidung nicht publizirt wurden, lassen sich über dieselben nur Vermuthungen anstellen. Wahrscheinlich hat die Kabinetsordre vom Jahre 1825 den entscheidenden Ausschlag gegeben, welche anspricht: „Die Schulzucht darf niemals bis zur Mißhandlung, die der Gesundheit der Kinder auch nur auf entfernte Art schädlich werden könnte, ausgedehnt werden.“ Ferner sagt die Kabinetsordre, daß der Lehrer, wenn er sich in diesen Sätzen der Schulzucht hält, wenigstens strafrechtlich nicht in Anspruch genommen werden kann. Das Gericht hat augenscheinlich diese beiden Bestimmungen unter Berücksichtigung des ärztlichen Gutachtens, welche ja jede Möglichkeit einer Gesundheitschädigung in diesem Falle verneint, angewandt. Zu wünschen wäre, daß der noch offene Weg des Disziplinarverfahrens ganz energisch von der vorgesetzten Behörde des Prügelheides beschritten werde. Den Anlaß zu der Prügel hat der Zustand gegeben, daß der Knabe, ansatt mit Lederschuhen mit Holzspanten zum Turnen gekommen war und auf Vorbaltungen des Lehrers fälschlicherweise dieß mit schlimmen Folgen entzündigt hatte.

Im zweiten Falle hatte die Regierung zu Köslin in einer ähnlichen Strafsache gegen den Kolberger Distrikter Strumlow den Konflikt erhoben, welchen das Landgericht zu einer Geldstrafe von 30 M. event. Haft verurtheilt hatte. Strumlow glaubte sich eines vorrätigen, als er über die auf dem Schulbus prominenten Schüler die Aufsicht zu führen hatte, von einem derselben „verulrt“ und schlug auf diesen, da er sich sehr „höflich“ zeigte, mit einem daumstarken, unbefestigten Spazierstock ein, bis der Stock zerbrach. Einige Minuten später ärgerte ihn der gleiche, etwa 13½ jährige Junge dadurch, daß er mit den Händen in den Hosentaschen an ihm vorbeigehen wollte und seiner Aufforderung, die Hände aus den Taschen zu nehmen, sich widersetzte. Diesmal packte er den Jungen und stieß ihn mehrmals mit dem Kopf an die Wand. Es lag ein ärztliches Gutachten vor, worin gesagt wurde, dauernde Nachtheile für die Gesundheit werde die Behandlung des Knaben nicht zur Folge haben, jedoch sei sie geeignet gewesen, gesundheitschädlich zu wirken. Der Arzt konstatierte, daß der Geschlagenen der linken Arm nur in einem Winkel bis zu 60 Grad erheben konnte. Der Konflikt wurde verworfen und dahin erkannt, daß dem Strafverfahren nichts entgegenstehe. Zur Begründung führte der Präsident Persius — der Angeklagte war zugegen — aus: Ein nicht biegsamer Stock, welcher mit einer Spitze versehen ist, sei kein geeignetes Instrument zur Züchtigung eines Schülers, und wenn die Züchtigung noch derart ausgeführt worden sei, daß der Stock zerbrach, dann könne sie nicht als eine der Kabinetsordre von 1825 entsprechende erachtet werden. — Auch habe es nicht als Handlung innerhalb der amtlichen Befugnisse eines Lehrers angesehen werden können, wenn dieser den Knaben, der sich ja allerdings renitent benommen habe, mit dem Kopf an die Wand stieß.

Aus dem Depeschenbureau Neuter in London. Unter der Anklage der verächtlichen Erpressung stand gestern der Schriftsteller Dr. phil. Emil Witte vor der 9. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte war früher in dem Neuter'schen Bureau in London beschäftigt und kam dann — wie er behauptet, infolge von verlockenden Anerbietungen des Herrn Neuter bzw. seines Vertreters — nach Berlin. Er war hier für die kommerzielle Abtheilung des Bureaus gegen 5000 M. Gehalt und 20 pCt. vom Reingewinn der durch ihn vermittelten Geschäfte engagirt worden und behauptet, daß ihm in Aussicht gestellt worden sei, auch politischer Vertreter des Bureaus in Berlin zu werden. Diese Aussicht erfüllte sich nicht und die dem Angeklagten zugewiesene Beschäftigung behagte ihm nicht. Er behauptet, daß ihm zugemutet worden sei, der kurze Zeit hier in Berlin Anspruch suchenden Schöneberg's-Relameheldin Anna Kuppert als Manager zu dienen, und für eine schlechte spanische Anleihe Propaganda zu machen. Er hat sich dann bemüht, politischer Vertreter des Neuter'schen Bureaus in Berlin zu werden und richtete zwei Briefe an Herrn v. Neuter, die von der Anklage als verächtliche Erpressungen angesehen werden. Er machte darin allerlei Vorschläge bezüglich der ihm wünschenswerthen Verschickungen in den Vertreterposten des Bureaus und beanspruchte den Berliner Posten. Er begann in dem ersten Briefe mit der Bemerkung, daß das Haus Neuter in seiner langen ehrenvollen Geschichte nun auf dem Punkte angelangt zu sein scheint, wo es heißen „der Zweck heiligt die Mittel“ oder „Alle Wege führen nach Rom“. Es folgen dann dankbare Andeutungen, aus denen hervorging, daß der Angeklagte meine, Beweise dafür in Händen zu haben, daß das Neuter'sche Bureau, ansatt den Telegraphendraubt ganz objektiv zum Nachrichtenendienst zu benutzen, einen unheilbaren Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübte. Er deutete an, daß wenn seinem Verlangen nicht entsprochen werden würde, der Krieg zwischen ihnen entbrennen möchte und er in die Lage käme, staatsgefährliche Geheimnisse von großer Bedeutung an die Öffentlichkeit zu geben; auch würde er sich schlimmentfalls an das britische Parlament wenden u. c. — Die Folge dieser Briefe war das Ausscheiden des Angeklagten aus dem Neuter'schen Bureau und die Erhebung der jetzigen Anklage. — Dr. Witte bestritt, sich durch diese Briefe der verächtlichen Erpressung schuldig gemacht zu haben und blieb dabei, daß er in der That in der

Lage sei, über den Betrieb in dem Neuter'schen Bureau übertragende Enthaltungen zu machen und nachzuweisen, daß Neuter Geld für die armenische Bewegung herbeige, daß der Vertreter der bulgarischen Agentur des Bureaus ein bulgarischer Geheim-Agent sei u. dergl. m. Weitere Auseinandersetzungen des Angeklagten nach dieser Richtung hin schneit der Vorsitzende als zur Sache ganz unerheblich ab. Der Angeklagte behauptete, daß er nur rechtliche Ansprüche in seinen an Neuter gerichteten Briefen geltend gemacht habe. Die Vernehmung des früheren Vertreters des Neuter'schen Bureaus, Privatdozent Johannsen, des Journalisten v. Schierband, des Dr. Carl, ferner die kommissarische Vernehmung des Herrn Neuter und des Dr. Engländer unterstützten die Behauptungen des Angeklagten nicht. — Staatsanwalt Strähler hielt die Schuld des Angeklagten für klar erwiesen. Derselbe habe erstrebt, eine finanziell besser ausgerüstete Stelle zu erhalten, auf welche er rechtlich keinen Anspruch hatte und habe sich dabei solcher Mittel bedient, die „bei gebildeten Personen in besserer Lebenslage glücklicherweise doch noch immer selten seien.“ Mit Rücksicht darauf, daß es beim Versuch geblieben, beantrage er sechs Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust. — Der Angeklagte bestritt nochmals, daß die von ihm erstrebte Stelle besser dotirt gewesen als diejenige, die er inne gehabt und sagte dann vom Neuter'schen Unternehmen, daß, wenn die Vorgänge in dem Bureau erst bekannt werden würden, die Welt mit einem Skandal sich befassen müsse, der weit ärger sei, als der Panama-Skandal. — Der Gerichtshof war sich nicht zweifelhaft darüber, daß die fraglichen Briefe Erpressungen enthielten und rechtliche Ansprüche des Angeklagten auf die erstrebte Stelle nicht vorhanden waren. Der Gerichtshof meinte aber, daß der Angeklagte in letzterer Beziehung wahrscheinlich anderer Ansicht sei und deshalb in gutem Glauben gehandelt und einen rechtswidrigen Vermögensvortheil nicht verfolgt habe. Aus diesem Grunde erfolgte die Freisprechung des Angeklagten.

Verfammlungen.

Die öffentliche Tischlerversammlung, welche am 28. d. M. im „Ad-liner Hof“ unter starker Beteiligung abgehalten wurde, hatte zum Verhandlungsgegenstand „das Verhalten der Meister des Nordrings gegen den Beschluß der Meisterversammlung im Böhmischen Braubause“ und waren die Meister des Vereins Nordring zu dieser Versammlung eingeladen. Die demann stellte einleitend einige in der letzten Versammlung des Nordrings gefallene Behauptungen richtig, insbesondere die des Herrn Meißner, welche dahin gingen, daß die größere Zahl der Tischlergehilfen sich noch im Auslande befinde, die wenigsten aber bewilligt erhalten hätten. Redner wies darauf hin, daß bis zum Sonnabend Abend 771 Werkstätten mit 8165 Gesellen die Forderungen bewilligt haben. Redner forderte Herrn Meißner auf, zu erklären, was er damit bezwecke, daß er der Kommission unterschiebe, daß sie falsche Thatsachen über den Stand der Bewegung der Oeffentlichkeit übergebe. In der Meisterversammlung habe sich auch Herr Kutschmar für schwarze Listen in hohem Maße begeistert. Auch diesen Herrn forderte Redner heraus, diese seine Forderung in der Versammlung zu begründen. Des weiteren erging an den Herrn, welcher in der gedachten Meisterversammlung die Leiter der Bewegung mit unflätigen Schmähungen bedacht habe, die Aufforderung, aus seiner Anonymität herauszutreten. Es sprach nachdem zunächst eine Reihe von Gesellen. Es wurde gewünscht, daß die Streikenden sich mehr derjenigen Werkstätten, in denen noch keine Forderung gestellt worden sei, annehmen möchten. Obermeister Marschall erklärte die Forderung der Tischler für gerecht, diejenigen der Friseur-Arbeiter aber — bis auf die neunstündige Arbeitszeit — für unbedeutend und wies die ihm in den Mund gelegten Worte, daß man die Arbeiter zur Arbeit zwingen werde, zurück. Redner kam sodann auf die allgemeine Tischlerversammlung, welche im Böhmischen Braubause stattfand, zu sprechen und war der Meinung, daß die Priorität sich den Beschläffen der Majorität zu unterwerfen habe. (Bravo!) Ganz unverantwortlich sei es, daß sich im Norden ein Meisterring gebildet habe, der die Forderungen der Gesellen nicht bewilligen wolle. Solche Meister suchten seiner Meinung nach nur im Trüben zu fischen. Besser wäre es, solche kleinen Meister algen wieder als Gesellen. (Beifall.) Die Gesellen forderte der Obermeister auf, solche Werkstätten zu sperren und nicht von ihren Forderungen abzulassen. (Bravo!) Die Innung sollten die Gesellen nicht als Feind betrachten, dieselbe sei gewillt, Hand in Hand mit den Gesellen das Handwerk zu heben. (Bravo!) Die schwarze Listen seien ihm in Berlin nicht bekannt. Der achtstündige Arbeitstag werde kommen und müsse kommen und seien die Meister darauf vorbereitet. (Bravo!) An die Meister des Nordrings richtete der Herr Obermeister die dringende Mahnung, sich den Beschläffen der Mehrheit zu fügen und den Gesellen die gerechten Forderungen zu bewilligen, es würde ihnen selber nur zum Segen gereichen. Die Ad-ehändler, welche ihnen Schundpreise bieten, sollten sie einfach zum Tempel hinaussagen. (Anhaltender Beifall.) Das Vorgehen des Nordrings fand seitens einer Reihe nachfolgender Redner eine entsprechende Kritik und wurde an die Gesellen die Aufforderung gerichtet, festzustehen und nicht umzufallen, da der Erfolg ihnen sicher sei. Von den eingeladenen Meistern waren sehr wenige erschienen, zum Worte meldete sich niemand. Tischlermeister Gerick stand vollständig auf dem Standpunkte des Herrn Marschall, verurtheilte den Nordring in offener Weise und legte den Gesellen nahe, gegen die Meister des Nordrings energig Front zu machen, um diejenigen Meister, welche bewilligt haben, vor Schaden zu bewahren. (Bravo!) Die Resolution im Böhmischen Braubause sei einstimmig gefaßt worden. Derselben haben auch Meister zugestimmt, welche jetzt im Nordring ganz entgegengelegte Beschlüsse gefaßt haben. Es gelte jetzt, diese Herren an ihr gegebenes Ehrenwort zu mahnen. Auch hielte er in Aussicht, daß die Innung auch ein Wortchen mit dem Nordring reden werde (Bravo!), da verschiedene Meister auch der Innung angehören. Auf die Einwirkung des Nordrings wurde auch die Zurücknahme der Bewilligungen verschiedener Meister zurückgeführt. Die Ansicht des Herrn Marschall, daß die Friseur-Arbeiter als ungelernete Arbeiter keinen Anspruch auf den geforderten Verdienst von 80 M. hätten, fand in der Versammlung vielfachen Widerspruch. Glocke beschäftigte sich gleich anderen Rednern in eingehender Weise mit Herrn Meißner und dem Nordring und richtete an die Gesellen die ernste Mahnung, fest zur Organisation zu stehen und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Indifferenten heranzuziehen. Eine einseitige Arbeitszeit müsse über Berlin beisehen und dürfe nicht geduldet werden, daß irgendwo länger gearbeitet werde. Nur wenn alle Kollegen auf dem Posten seien, würde es möglich sein, Herrn Meißner und seine Gefinnungsgenossen zur Verantwortung zu ziehen. Herr Robert, Prüfungmeister der Innung, bezeichnete unter den Werkstätten des Nordrings manche als Schundwerkstätten. Wenn die Inhaber derselben zu Grunde gingen, so wäre dies nicht bedauerlich. Auch er stimmte mit anderen Rednern darin überein, daß diejenigen, die als Gesellen die „schärfsten“ gewesen seien, als Meister die schlimmsten seien. In dem Kampfe gegen diese hätten die Gesellen die volle Unterstützung der Innung zu gewärtigen. (Bravo!) Mehrfach wurde hervorgehoben, daß mit der vom Nordring eingesetzten Kommission nicht verhandelt werden dürfe. Röhren nicht umhin, der Innung an's Herz zu legen, so, wie jetzt geschehen, auch fernerhin Hand in Hand mit den Gesellen zu gehen. Wäre dies schon früher geschehen, würde heute manches besser sein. Zu der Mitgliedschaft des Herrn Meißner wünschte er der Innung viel Glück! Schmitz knüpfte sich diesen ehemaligen Kollegen besonders vor und redete der Organisation warm das Wort. Die Debatte wurde noch in längerer Weise fortgeführt und nahmen Meister

wie Gefellen das Wort zu einer klärenden Aussprache. Zur Annahme gelangte schließlich ein Antrag, die Fünfer-Kommission des Nordrings nicht anzuerkennen und somit keine Besiedelungskommission mit derselben in Verhandlung treten darf. Beschlossen wurde ferner, daß diejenigen Werkstätten, welche bisher noch keine Forderungen gestellt haben (und hierher gehören besonders auch die Werkstätten für Orgelbau), dies am Montag zu thun und im Falle der Nichtbewilligung die Arbeit einzustellen haben. Einstimmig angenommen wurde ferner folgende Resolution:

Die Versammlung erklärt in Uebereinstimmung mit den anwesenden Innungsmeistern das Verhalten der Meister vom Nordring als für Arbeitgeber unwürdig, insbesondere das des Herrn Tischlermeister Meißner und anderer, welche in der Versammlung der Meister im Böhmischen Brauhause die Forderungen der Gefellen als berechtigt anerkannt haben. Die Versammlung appelliert an das Ehrgefühl dieser Meister, ihr in der Meisterversammlung im Böhmischen Brauhause gegebenes Wort zu halten. Die Versammelten erklären, mit ganzer Kraft hinter den Streikenden stehen zu wollen und für deren Unterhaltung Sorge zu tragen. Auch verpflichten sich die Versammelten, für den Anschluß an die Organisation zu wirken. Sie haben das Vertrauen zu der Streikleitung, daß diese die Bewegung im Interesse der Arbeiter zu Ende führen wird.

Wiedemann gab ferner bekannt, daß alle Meldungen bezüglich der Streikkommission zu machen sind, sowie, daß der Tischlermeister Arnold, Neue Schönhauserstraße, die Forderungen benützt habe. Derselbe sei irrtümlich unter denjenigen veröffentlicht worden, welche nicht bewilligt haben. Nach völliger Erledigung der Tagesordnung schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Tischlerbewegung.

Ueber die augenblickliche Lage des Streiks der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter berichtete am Sonntag Vormittag in öffentlicher Versammlung in Joel's Saal das Mitglied der Streikkommission Zimpel. Nach dessen Ausführungen ist die Zahl der Streikenden, ebenso die der Firmen, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligten, noch ziemlich dieselbe als in der letzten Versammlung. Die Haltung der Streikenden kann nur als müherhaft bezeichnet werden, trotzdem es an Versuchen, die Ausständigen zu provozieren, nicht gefehlt hat. Andererseits hat man auch versucht, eine friedliche Regelung in der Frage herbeizuführen, indem die Unternehmer das Gewerbeamt als Einigungsamt anriefen, vor dem es zu einer Einigung aber nicht kam, da man nicht gewillt war, von der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit zurückzutreten. Bedauerlicherweise habe auch der „Vorwärts“ den Rath erteilt, auf den Vorschlag der 9stündigen Arbeitszeit einzugehen. Mit Gespanntheit erwarteten die Unternehmer daher den Beschluß der Streikenden in der heutigen Versammlung. Am Schluß seiner Ausführungen bemerkt Redner, daß es der Streikkommission gegenüber an Verleumdungen durch gewissenlose Elemente nicht gefehlt hat; er ersucht daher die Anwesenden, sich nicht irritieren zu lassen.

Die nun folgende Diskussion bewies, daß die Ausständigen gewillt sind, ruhig auszuhalten, bis die Unternehmer bereit sind, den Neunhunderttag in ihren Betrieben einzuführen. Sämtliche Redner warnen, auf den Kuhhandel der Arbeitgeber einzugehen, die die freitägige halbe Stunde bis zum 1. April als Ueberstunde bezahlen wollen, um nach diesem die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Weist führt an, daß leider — wie dies bei allen Bewegungen — in einigen kleinen Betrieben sich Personen finden lassen, unter den gestellten Forderungen die Arbeit aufzunehmen, was allerdings die Allgemeinheit nicht von Belang sei; bei der Firma Reichel aber treffe zu, daß dort die Arbeiter augenblicklich unter ungünstigeren Bedingungen als früher arbeiten. So sei z. B. das bewilligte Brennholz für immer gestrichen worden. Eine längere Debatte entspann sich darüber, daß die Firma Wallgast u. Schumacher, welche bewilligt, unter den augenblicklichen Verhältnissen Nachschichten eingeführt habe. Seitens der Streikkommission und eines dafelbst Angestellten wurde hierzu mitgeteilt, daß dies mit Einwilligung der Kommission geschah und daß weiter Arbeiten solcher Firmen, die mit ihren Arbeitern noch im Kampfe stehen, dafelbst nicht angefertigt werden, wie eine zu diesem Zweck gewählte Kontrollkommission bestätigen könne. Die Drohungen der Unternehmer, die Betriebe auf 14 Tage oder 4 Wochen zu schließen, wenn am Montag die Arbeit nicht aufgenommen, bezeichnen sämtliche Redner als Schreckhülse und Angstprodukte; unumwunden haben sie, die Arbeitgeber, zugestehen müssen, daß alle tüchtigen und brauchbaren Arbeiter streiken und der „Rasch“, wie ein Unternehmer wörtlich sich ausgedrückt, nur arbeite; die Beschäftigten aber häufen sich seit einigen Tagen derart, daß die Kapitation der Herren Arbeitgeber jede Stunde zu erwarten steht. Die Versammlung nimmt eine Resolution einstimmig an, in der sie erklärt, die Arbeit ohne die Bewilligung des Neunhunderttages nicht aufzunehmen und es ablehnt, mit solchen Unternehmern überhaupt zu verhandeln, die die angegebene Arbeitszeit nicht bewilligen wollen. Weiter gelangt ein Antrag zur Annahme, nach dem während der Bewegung weder Ueberstunden noch Nachschichten zu verrichten sind und Arbeitgeber in dieser Frage nur mit der Kommission zu verhandeln haben. Unter Verschiedenem wird bekannt gegeben, daß die Firma Seifert u. Wolf, Fruchtstraße 88, die 9stündige Arbeitszeit einführt. (Bravo!) Seitens der Kommission wird verordnet, im einzelnen mit Unternehmern zu verhandeln, sondern dies der Streikkommission selbst zu überlassen; selbst auf die Aufforderung des Arbeitgebers, wie dies in letzter Zeit häufig geschah, möge man nicht erscheinen. Ueber die Firma Zukari u. Weiffelberg, Cuvyrstr. 48, gingen wieder lebhaftest Klagen ein; auch sind dafelbst Tischler zu Streikbrechern geworden, indem diese die Arbeiten der Nähmaschinen-Arbeiter übernehmen. Die Firma Laborenz, Rixdorf, hat nach Angabe eines Redners die 9stündige Arbeitszeit eingeführt, ziehe aber ihren Arbeitern den Lohn für die 1/2 Stunde pro Tag vom Wochenlohn ab. Ebenfalls wurden lebhaftest Klagen über die Firma Frister u. Rossmann geführt. Die Einstellung eines neuen Frasers bei der Firma Schwarz, Diefenbachstraße, wurde auf persönliche Differenzen zurückgeführt. Streikbrecher sind nach den weiteren Ausführungen zu verzeichnen bei den Firmen Roth und Davids und Komp. Verloren gegangen sind die Sammelstellen 148, 225 und 807; es wird ersucht, diese abzugeben bei der Streikkommission oder im Gewerkschaftsbureau. Nach der Aufforderung, die nächste Versammlung zu besuchen, wurde die sehr gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Drechsler, Luxusmöbel, Galanteriewaaren-Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 23. Februar bei Brochnow, tagte, Sebastianstraße, tagte, beschäftigte sich mit dem Thema: Die Lohnbewegung unter den Drechslern und der Luxusmöbel-Branche. Das einleitende Referat hatte Post übernommen, der in fesselnder Weise die Entwicklung, wie sie auch in der Drechslergewerbe vor sich gegangen ist, schilderte und auf die Vorgänge in den letzten Jahren hinwies. Das patriarchalische Verhältnis, welches noch bis zu den sogenannten Gründerjahren vorherrschend war, mußte auch hier der Großindustrie weichen. Kurz nach dieser Uebergangszeit hatte sich aber auch das Zwischenmeisterthum geltend gemacht und die Löhne, die damals ziemlich hohe waren, wurden immer mehr herabgedrückt, wozu die andauernd große Arbeitslosigkeit und die Theilnahmslosigkeit an der Organisation wesentlich beigetragen haben. Augenblicklich sei allerdings wieder Arbeitsgelegenheit vorhanden, und eine außerordentlich günstige Konjunktur stehe zum nächsten Herbst in Aussicht. Redner beleuchtete sodann den bisherigen Verlauf der Holzarbeiterbewegung, an der auch die Drechsler theilweise theilhaftig sind. Leider werde die Resolution, die in der letzten Versammlung angenommen wurde und die Drechsler, die in Tischlerwerkstätten

beschäftigt sind, verpflichtet, sich mit den Tischlern solidarisch zu erklären, event. ebenfalls Forderungen zu stellen, nicht genügend beachtet. Redner giebt eine Reihe von Werkstätten in der Luxusmöbel und Galanteriewaaren-Branche bekannt, (im ganzen sind es bisher 19) in denen 263 Drechsler ihre ausgeheilten Forderungen bewilligt erhalten haben. Die hierauf folgende Diskussion war eine äußerst reger. Von mehreren Rednern wurden die Zustände in den Werkstätten von E. Bab, Gutschinerstr. 75, und H. Kose, Mantuffelstr. 57, einer gründlichen Kritik unterzogen. Bei E. Bab streiken vier Drechsler. Bei H. Kose, wo auch die Drechsler 9stündige Arbeitszeit und 10 pSt. Lohn-erhöhung forderten, sind neun Drechsler und drei Tischler in den Ausstand getreten und nur zwei Tischler haben sich noch nicht gemüßigt gefühlt, die Arbeit ebenfalls niederzulegen. Von einem Vertreter der Bauindustrie wurde vorgeschlagen, schon früher als im Herbst in eine Bewegung einzutreten, da der milden Witterung wegen schon jetzt die Konjunktur als günstig bezeichnet werden kann. Schneider hält es für falsch, daß die Drechsler gefordert vorgehen. Doch beleuchtete ebenfalls die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, die im Gewerbe vorhanden sind. Löhne von 12—14 M. bei langer Arbeitszeit seien keine Seltenheit. Redner weist auf die großen Erfolge, die der Holzarbeiter-Verband bereits erzielt hat, hin und appelliert an die Anwesenden, dem Streikfonds Mittel zuzuführen und der Organisation beizutreten. Nachdem auch noch andere Redner auf die Vortheile der Organisation hingewiesen und zur intensiven Agitation aufgefordert hatten, wurde folgende Resolution angenommen:

„In anbetracht der vorgerückten Saison erklären die Versammelten vorläufig von einer allgemeinen Lohnbewegung Abstand zu nehmen, verpflichten sich aber, dafür Sorge zu tragen, daß die Mittelbezüge der Kollegen zum deutschen Holzarbeiter-Verband zunimmt, um bei einer voraussichtlich im Herbst günstigen Wirtschaftskonjunktur in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten.“

Die in voriger Versammlung angenommene Resolution wird durch diese nicht berührt und bleibt weiter bestehen.

Die öffentliche Versammlung der Berliner Bauarbeiter, welche am Sonntag, den 23. Februar, in Scheffer's Salon abgehalten wurde, nahm im ersten Punkt der Tagesordnung zunächst den Bericht des Delegirten der Berliner Gewerkschaftskommission entgegen. Eine Resolution, welche sich mit der Thätigkeit des Delegirten völlig einverstanden erklärt und die Verpflichtung ausdrückt, von nun an auch in materieller Beziehung besser für die Aufgaben der Gewerkschaftskommission wirken zu wollen, gelangt einstimmig zur Annahme. Ausgewählt werden in die Kommission die Kollegen Heilmann als Delegirter und Heilmann als Stellvertreter. Der 2. Punkt Bericht über die Thätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer wird in anbetracht der Wichtigkeit des 3. Punktes: „Wie können wir eine Ausbesserung der Löhne erzielen?“ bis zu der nächsten öffentlichen Versammlung vertagt. Als erster Redner nimmt der Kollege Gutsch das Wort. Er führt den zahlreich anwesenden Kollegen die Lage der Bauarbeiter vor und betont, daß allein ihr Arbeitsverhältnis als Hilfsarbeiter sei schon bedrückend, außer den physischen Kraftanstrengungen, die zur Ausübung ihres Berufes erforderlich sind. Die weihen häufig körperlich kräftig gebauten Stein- und Mörtelträger gingen in einigen Jahren durch das gebräuchliche Akkordsystem zu Grunde, welches den einzelnen veranlasse, mit äußerster Anspannung aller Kräfte zu schaffen. Die schwächeren Arbeiter müßten dann zu dem sog. „Glockengläute“, den 2 Eimern greifen und könnten dann allerdings im Lohn Wasser tragen. Der Lohn betrage durchschnittlich 27—30 Pf. die Stunde. Auch die Akkordarbeiter verdienen häufig nicht mehr als 2,35—2,50 M. pro Tag. Der Höchstverdienst betrage 35 Pf. die Stunde. Da die Mehrzahl der Bauarbeiter noch nicht organisiert sind, so seien sie auch bei allen Streiks der Bauhandwerker stets schlecht abgeduldet. Das Märchen von den Champagner trinkenden Bauarbeitern sei der reine Hohn auf die tatsächlichen Verhältnisse. Er beantragt die Wahl einer Lohnkommission von 5 Mitgliedern. In der folgenden Debatte erkennen alle Diskussionsredner die Nothwendigkeit der Organisation an und wird von Wernau, Marasch, Krüger und Leveder vor allem verlangt, die schwachen Organisationsstreitigkeiten endlich zu beendigen. Zum Schluß werden Schröder, Krüger, Göbel, Marasch und Leveder in die Lohnkommission gewählt. Diese Kommission hat die Aufgabe, der nächsten öffentlichen Versammlung bestimmte Vorschläge zu machen, welche Forderungen die Bauarbeiter den Meistern im Frühjahr stellen werden und auf welche Weise am besten ein Fonds zu einem etwaigen Streik zu beschaffen ist.

Die Stellmacher hatten am Sonntag Vormittag eine Versammlung einberufen, die von ca. 600 Personen besucht war. Die Tagesordnung lautete entsprechend dem Zweck der Versammlung: „Wie stellen sich die Stellmacher Berlins zu einer künftigen Lohnbewegung?“ darüber Genosse Jahn ein einleitendes Referat hielt und in seinem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie den Arbeitsnachweis eingehend behandelte. Nachdem Schmidt als Delegirter der Gewerkschaftskommission Bericht über seine Thätigkeit erstattet, entspann sich eine sehr ausgedehnte Diskussion, wobei zunächst die Möglichkeit einer binnen kurzem eintretenden Lohnbewegung dahin beantwortet wurde, daß man in erster Linie die verschiedenen aufrütteln und in die Organisation hinein ziehen soll; ferner empfehle es sich, erst Fühlung zu suchen mit allen großen und kleinen Werkstätten, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse genauer kennen zu lernen, ob es möglich sein werde, mit der Forderung einer 9stündigen Arbeitszeit auszutreten, da man mit dieser Forderung die Berliner Gewerkschaften hinter sich habe. Man möge aber nicht übereilt handeln, da der Streik im Jahre 1898 noch in frischer Erinnerung sei. Die Versammlung selbst als die größte aller bisher stattgefundenen Stellmacher-Versammlungen berechtigt zu guten Hoffnungen, aber bei einem etwaigen Streik, meinte Brüß, wolle man etwas mehr erreichen, als man vereinzelt hat. Dering in der Ansicht, daß man dabei nicht allzuviel Zeit zu verlieren habe und nicht erst noch 14 Tage auf neue Beratungen warten solle, sondern mit der Gründung eines Streikfonds und der Wahl einer Lohnkommission sofort vorgehen müsse. Diese Ansicht wurde auch von der ganzen Versammlung getheilt und ein dementsprechender Antrag einstimmig angenommen. Besonders wird es sich bei der sogenannten Kastenarbeit, wobei die kraftesten und widersprechendsten Lohnsätze im Sawunge sind, um Ausbesserung der Löhne und Einführung eines einheitlichen Lohnsatzes handeln. Da bereits eine Agitationskommission besteht, wurde zur Einleitung der gesammten Lohnbewegung sowie zur Erledigung und dementsprechenden Aufstellung bestimmter Lohnsätze die Wahl einer Lohn-Kommission von neun Mitgliedern beschlossen und als Mitglieder derselben Schwarz, Träger, Bestau, Richter, Michals, Lischer, Gurtas, Petteu und Jacobi gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß in allen Werkstätten Vertrauensmänner gewählt und diese der Kommission mit geeignetem Material zur Hand gehen sollen; auch sind die Vertrauensmänner verpflichtet, die von der Versammlung beschlossenen Beiträge zum Streikfonds in Höhe von 50 Pfennigen pro Woche zu sammeln und dieselben an die Lohnkommission abzuliefern, desgleichen dauernd zum Beitritt zur Organisation aufzufordern. Ein Redner aus Rixdorf spricht den Wunsch aus, daß die Agitation auch für die Umgegend Berlins lebhaft entfaltet werde. Michals macht darauf aufmerksam, daß alle Stellmacher Berlins nur den Arbeitsnachweis der Organisation derselben, Wasserstr. 9 benutzen sollen, da am Schluß der Versammlung die Organisirten sich zuerst eingestellt werden.

Die Zinkgießer und Stürzer nahmen in ihrer Versammlung am 11. Februar den Bericht des Kassiers entgegen. Danach betragen die Einnahmen im letzten Quartal 62,40 M. und die

Ausgaben 24,95 M.; mit einem vorhandenen Bestand verfügt der Verein über ein Kasernenvermögen von 899,55 M. Der Vergütungsfonds erreicht die Summe von 124,60 M. Hierauf bewilligte die Versammlung den Konfektionsarbeitern 50 M. Sodann wurde bekannt gegeben, daß der Maskenball am 7. März in Cohn's Festsälen stattfindet.

Ueber den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit sprach am 14. Februar Genosse Litfin vor einer gutbesuchten Versammlung der Mechaniker. In der Diskussion, an der sich verschiedene Redner theilnahmen, beklagte man allgemein die Ineffektivität der Berufsgeoffenen. Der Tarif von 1890 stehe durch die Schloßmüchigkeit der Arbeiter nur noch auf dem Papier. Man beauftragte deshalb den Vertrauensmann, in kürzester Zeit eine Versammlung einzuberufen, in der über die Frage zu verhandeln ist, ob die Mechaniker gewillt sind, in eine Bewegung für bessere Lohnbedingungen einzutreten. Weiter gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Die Versammlung beschließt, in allen Werkstätten nach Möglichkeit die Ueberstundenarbeit zu beseitigen und die Forderungen von 1890 aufrecht zu erhalten. Die Kollegen verpflichten sich, Mann für Mann dem Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter beizutreten.“ Als Forderung wurde ein Minimallohn von 24 M. festgesetzt. Hierauf gab der Vertrauensmann den Bericht über die Thätigkeit im letzten Jahre. Danach haben 5 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Zwei Ausstände seien zu Ungunsten der Arbeiter aus. Tagungen konnte konstatirt werden, daß die Sammlungen zum öffentlichen Fonds erfreulicherweise gestiegen sind. Als Vertrauensmann wurde Georg Schwarz, Charlottenburg, Garde du Corps-Straße 4 wohnend, gewählt. Als dessen Stellvertreter Mechaniker Schröder.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter (Zentrale II) hatten am 18. Februar eine Mitgliederversammlung einberufen. Nach einem recht beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Wille wurde auf Antrag aus der Mitte der Versammlung das Mitglied Rodde ausgeschlossen. Einem hilfsbedürftigen Mitgliede gewährte die Versammlung eine Unterstützung von 20 M. Die nächste Sitzung findet am 17. März statt.

Die Agitationskommission für den Austritt aus der Kirche hielt am 20. Februar eine sehr gut besuchte Volksversammlung bei Zubei, Lindenstr. 106, ab, wozu wie bisher die Geistlichen der umliegenden Kirchen und Synagogen eingeladen waren. Nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Kleeß-Magdeburg erhielt in der darauf folgenden Diskussion als Gegner Herr Hofprediger Schöler, der mit noch anderen Geistlichen inszwischen erschienen war, das Wort. Es entwickelte sich nun eine sehr interessante Debatte, in der die Anschauung des Herrn Schöler von den Abgeordneten Zubei und Kleeß sowie vom Genossen Hoffmann widerlegt wurde.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Brix und Umgegend hielt am 17. Februar eine Mitgliederversammlung ab, in der eine Reihe interner Vereinsangelegenheiten verhandelt wurden. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf die Wahlen zum Gemeinderath hin und forderte zu thätiger Theilnahme auf.

Charlottenburg. Eine von der Lohnkommission der Maler Berlins und der Vororte einberufene öffentliche Maler- und Anstreicher-Versammlung tagte hier am 18. d. M. im Lokal „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstraße 39. Böbling, Mitglied der Lohnkommission gab den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit der Lohnkommission der Berliner Malerinnung. Die derselbe ausführende, haben sich die Vertreter der Berliner Malerinnung gegen den Hauptpunkt der gestellten Forderungen — einen Minimal-Stundenlohn von 58 Pf. — ablehnend verhalten. Dem gegenüber sei nun die Gehilfenkommission, um einen Streik zu vermeiden, abereingekommen, den Stundenlohn auf 50 Pf. zu setzen. Dies war den Herren von der Innung noch zu viel, denn sie wollten nur 47 1/2 Pf. Stundenlohn zahlen, aber nur für die Malergehilfen, die Anstreicher seien hiervon ausgeschlossen. Der Redner wies nun nach, daß ein Unterschied zwischen gelehrten Malergehilfen und Anstreichern unter den heutigen Verhältnissen im Malergewerbe nicht mehr besteht und meint, daß die Anstreicher von den Forderungen nicht ausgeschlossen werden können. Des weiteren kritisierte Redner das Antwortschreiben des Obermeisters der Charlottenburger Malerinnung, Herrn A. Duwe, wegen seines ironischen, böhmischen Inhalts in scharfer Weise und empfahl zum Schluß folgende Resolution: „Die Versammlung erklärt sich nach Anhören des Berichts der Lohnkommission mit dem Verhalten derselben gegenüber der Meisterkommission einverstanden und betrachtet die Antwort des Herrn Obermeisters Duwe als einen Hohn auf die bescheidenen Forderungen der Maler und Anstreicher. Die Anwesenden erklären den Minimal-Stundenlohn von 50 Pf. unter allen Umständen hochhalten zu wollen und denselben mit allen zu Gebote stehenden geistlichen Mitteln zur Durchföhrung zu bringen. Ferner beschließen die Anwesenden den Beitrag zum Streikfonds vorläufig auf 25 Pfennig pro Woche zu belassen und die unversehrten Kollegen, soweit sie nicht durch Verhältnisse an Charlottenburg, Berlin und Umgegend gebunden sind, aufzufordern, schon vor dem Ausbruch des Streiks den Umkreis zu verlassen. Des weiteren verpflichten sich die Anwesenden, die der Organisation noch nicht angehören, denselben beizutreten.“

In der Diskussion nahm das Wort der Delegirte der Charlottenburger Malerinnung Herr Arnold der erklärte, daß der Obermeister Duwe nicht im Auftrage der Innung des Antwortschreiben an die Gehilfen-Lohnkommission gesandt habe, sondern aus eigener Initiative gehandelt habe. Herr Arnold verwies entschieden die in dem betreffenden Schreiben enthaltenen schäblichen Ausdrücke und erklärte ferner, daß sich die Charlottenburger Innung mit dem Verbalten der Berliner Innung in bezug auf den Lohnpunkt solidarisch erklärt. Im Verlauf der weiteren anmüthigen Debatte tadelten Böcker, Flemming und Rajort das hohle Verhalten der Charlottenburger Maler gegenüber der Lohnbewegung und der Organisation und ersuchten die Anwesenden angedehnt dessen, daß der Streik von Seiten der Unternehmer aufgedrungen wird, mehr als bisher für die Bewegung einzutreten. Luchmann rief, nicht weiter mit der Innung zu verhandeln, da dieselbe nicht das Gros der hier ansässigen Meister umschmeichelt, sondern sämtliche Unternehmer zu einer Versammlung einzuladen. Nachdem noch ein Redner dafür eintrat, von der Lohnbewegung in diesem Frühjahr wegen des lauen Verhaltens der Kollegen Abstand zu nehmen, gelangte die erwähnte Resolution gegen 3 Stimmen zur Annahme.

Vermischtes.

Ein „peinliches Vorkommniß“ ereignete sich in Raumburg in der letzten Sitzung der Stadtverordneten. Bei ihrem Beginn erklärte, wie die „Dalesche Ztg.“ berichtet, der Stadtverordnete Rechtsanwalt Dagemann, daß sich ein Mitglied eingefunden habe, gegen welches die Klage wegen Urkundenfälschung bezw. Meineid schwebt; nach § 7 der Städte-Ordnung sei dies nicht zulässig. Unter unheimlicher Stille erhob sich der Generalagent B., bedauerte, leider in solcher unglücklichen Lage sich zu befinden und mußte infolge dessen den Sitzungssaal verlassen.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen ist der königliche Forstmeister Heldrich in Precht bei Nürnberg in das Nürnberger Untersuchungsgefängniß eingeliefert worden. Die Opfer seiner sinnlichen Lust sind zwanzig bis dreißig unerwachsene schuldliche Kinder, jedoch zum größeren Theile Mädchen, welche er durch kleine Geschenke wie Bonbons, Kuchen, Ost etc. an sich lockte.

Genossinnen und Genossen!

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Martens,
Friedrichstraße 236:

Volkversammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Die moderne Prostitution und die bürgerliche Frauenrechtleri.“ Referent: Frau Clara Felkin aus Stuttgart.
2. Diskussion.

Un zahlreichem Besuch bittet

Die Einberuferin: Frau Louschner.

Die Führerinnen der Frauenrechtlerinnen sind brieflich eingeladen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Morgen, Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr,
bei Cohn, Beuthstr. 20:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Wir erjuchen nochmals die Kollegen derjenigen Werkstellen, welche bisher über ihre Werkstatt an unser Bureau noch nicht berichtet haben, dies unverzüglich zu thun.

Wir müssen die Gewissheit haben, daß in sämtlichen Werkstellen Berlins unsere Forderungen durchgeführt sind.

Auch diejenigen Werkstellen, welche unserer Bewegung bisher ferngeblieben haben, ersuchen wir in ihrem eigenen Interesse, sich auf unserem Bureau, Sebastiaustr. 30, zu melden.

Unter den von uns in der Sonntagsnummer gemeldeten Werkstellen, welche keine Forderungen gestellt haben, befinden sich irrthümlicherweise folgende Werkstellen, welche bereits im Laufe voriger Woche ihre Forderungen gestellt und bewilligt bekommen haben. Diese Werkstellen sind:
Arnold, Neue Hochstr. 18. Hirschmüller u. Großkopf, Schönleinstr. 5. Seibel, Wienerstr. 57a. Wieland, Friedenstr. 47. Böler u. Probst, Reichenbergerstr. 142. Günther, Mantuffelstr. 56. Krause, Mariannenstraße.

Folgende Werkstellen haben bis gestern, den 24. Februar, nachmittags 5 Uhr, nicht bewilligt:

Kastennöbel und Büffets: Hagenow, Staligerstr. 134-135. Winkler, Königsbergerstr. 9. Fändrich, Schönhauser Allee 145. Oranel, Admiralstr. 22. Schubert, Kantianen Allee 10. Ahl, Schützenstr. 68. Bausch, Palliadenstr. 101. Ediger, Friedrichsberg, Nimmelsburgerstr. 70. Degen, Subenerstr. 10. Grams, Kolonialstr. 5. Dreuse, Anklamerstr. 23. Rutschmar, Straßburgerstr. 7. Meier, Friedrichsberg, Jungstr. 48. Görs, Wildenowstr. 4. Müller, Friedenstraße 55. Geisler, Lotzringstr. 39. Frische, Dranienstr. 36. Bent, Fruchtstraße 31. Hartum, Brunnenstr. 79. Walter, Hübnersdorferstr. 7. Kraß II, Nippinerstraße 56. Pory, Thaeßstraße 41. Neumann, Schönhauser Allee 129. Jariab, Höchststr. 14. Krug u. Co., Brunnenstr. 94. Büchmann, Kleine Andreasstr. 16. Kinow, Wollnerstr. 27a.

Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: Genuig, Weinstr. 10. Fajntow, Wasserhorststr. 9.

Küchennöbel: Reck, Landwehrstr. 5-6. Krant, Kolonialstr. 93. Sigmund: Brandt, Reichenbergerstr. 30. Franz, Forsterstr. 7. Schmidt, Reichenbergerstr. 64. Peipe, Fruchtstr. 54.

Schreibische, Tische und Nähtische: Fuchs, Grüner Weg 83. N. Schulz, Krausstr. 39. Gimde, Mantuffelstr. 71. P. Völkel, Königsbergerstr. 30. Böhm, Weberstr. 52. Schulz, Fruchtstr. 59. Trombler, Hübnersdorferstr. 7.

Spiegelrahmen: Dautschat, Mariannenstr. 6.

Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Schuster, Stralauerstr. 42. Krüger, Fischerbrücke 11. Reutel, Stralauerstr. 35. Wühlbauer, Andreasstr. 3.

Bauarbeit: Bert, Ryfelstr. 2. Rißmann, Reichenbergerstr. 50. Reckmann, Sebastianstr. 36. Stibig u. Köppchen, Turmstr. 70. Meier, Lichtenbergerstr. 17. Peregell, Wilhelmshofenerstr. 28. Wagenknecht, Nimmelsburg. Aabe, Uferomstr. 31. Soran, Hochstr. 41.

Goldbleiben: Methlow u. Co., Köpnickstr. 109. Eticken, Waldemarstr. 14. Telegraphen: Bieger, Wilowstr. 57. Helmig, Bergstr. 37.

Uhrengehäuse: Pölzner, Wilowstr. 47.

Jalousien: Steen u. Schulze, Steinmehlstr. 25.

Nähmaschinen: Lufat u. Weigelberg, Savoystr. 46. Grifler u. Hoffmann, Staligerstr. 134.

Achtung! Bäcker. Achtung!

Heute Dienstag, den 25. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in Koller's Festsälen, Roppenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Der Maximal-Arbeitstag und die Jünung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Bedel.
2. Diskussion.
3. Berichterstattung des Delegierten der Gewerkschaftskommission und Neuwahl.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

Die Vertrauensleute: Höpfer, Scholz.

Achtung! Steindrucker. Achtung!

Donnerstag, den 27. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c (Englischer Garten):

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Zustände in den Steindruckereien Berlins und wie können dieselben verbessert werden? Referent: Kollege Friedensalt.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

NB. Die Kollegen der Firma Friedberg u. Silberstein, sowie der Firma Briester u. Eyd sind hierzu besonders eingeladen.

Zu dieser Branchenversammlung ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher in der Wäsche- und Kravatten-Branche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im Schützenhaus, Finienstraße Nr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Reichstags-Abgeordneten Molkenbuhr über: Die Zustände in der Wäsche- und Kravatten-Branche vor dem deutschen Reichstage.
2. Diskussion.
3. Bericht der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben.
4. Verschiedenes.

Erscheinen aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wäsche- und Kravattenbranche ist notwendig.
Der Einberufer.

Achtung! Zimmerer! Achtung!

Heute, Dienstag, den 25. Februar, abends präz. 8 Uhr

in Cohn's Festsälen, Beuthstraße 20/22 (sämtliche Säle):

Öffentl. Versammlung

der Zimmerer Berlins u. der Vororte.

Tages-Ordnung:

1. Der gegenwärtige Stand unseres Streiks.
2. Beschlußfassung über die ferner zu unternehmenden Schritte.
3. Verschiedenes.

Die Lokalkommission der Berliner Zimmerleute.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tabakarbeiter.

Berlin I.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 25. Februar er., in Wille's Restaurant, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Vortrag über die Rechte u. Pflichten der Kassemitglieder.
3. Verschiedenes.

189/8 Die örtliche Verwaltung.

Reichelt'sche punktirte Zinschneide-Tabelle f. Damen.

D. R. G. M. No. 45 655.

Mittels der Tabelle kann Jeder, auch solche, die das Zuschneiden nicht erlernen haben, innerhalb 10 Minuten jede Größe einer Taille oder eines Mantels gut sitzend selbst zuschneiden.

Preis pr. Stück 7,50 M. mit Gebrauchsanweisung geg. baar oder Nachnahme. — Nur zu haben bei F. Siegerist, Berlin, Lindenstr. 89, General-Vertreter. Damen u. Herren als Provisionsreisende gesucht.

Möbel-Ausverkauf

Des Möbelspeichers Rosenthalerstr. 11. Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verlaufe ich mein Warenlager zu noch nie dagewesenen Preisen vollständig aus. Aus Umzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke zu billigen und billigt einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unmaßliche Anpreisungen täuschen, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebietenen Möbeln und anerkannt billigen Preisen. Zweck Einlauf von 2 großen Möbelkammern zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch großes Lager gebrauchter und verließen gewellener Möbel zu wahren Spottpreisen. Kleiderständer in Holz, Kuchenschrank in Holz, Kleiderständer in Holz, Kommode in Holz, Sopha in Holz, Bettstelle mit Bezugsmatratze u. Kissen in Holz, Spiegel, Stühle, 2. Handbaumtrümmel mit Tafel u. Tischgarnitur in Holz, neue, hochfeine Tischgarnitur in Holz, hochfeine Kuchenschrank- und Waschkabine-Möbel (postbillig). Auch gebe ich Einrichtungen auf Bestellung. Beweise, welche Ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein höchst angenehmes Preis. Kein Abzahlungsgeschäft. Eigene Tapeten- u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel können sofort auf meinen Lagerständern 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Täglich, (auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr): 44229

Verkauf von gefoxtem Rind- u. Schweinefleisch

à 30-40 Pf. pr. Pfd.,

Ia. Berliner Bratenjmalz

à 45 Pf. pr. Pf.

und besten Speisetalg

à 35 Pf. per Pfd.

Verwaltung der Kochanstalt

Städt. Schlachthof.

Möbel-Kaufgelegenheit

Passendste Gelegenheit für Frankente. In meinem größten Möbelspeicher, Neue König-Strasse 59, I, sollen ca. 300 Wohnungs-Einrichtungen, verließen gewellene und neue Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Spezialabteilung gestellter, Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 12 Stk., Kommoden 6 Stk., Küchenschrank 12 Stk., Stühle 2 Stk. Neue Kuchenschrank- und Waschkabine-Möbel 20 Stk., Waschkabine-Möbel 20 Stk., Bettstellen mit Matratzen 18 Stk., Sopha 18 Stk., Kleiderständer 18 Stk., Trümmel in Holz, 6 Stk., Spindelbühnen, Herren-Schreibische, Damen-Schreibische, Schreibetische 30 Stk., Tischgarnituren 6 Stk., Wandelapparat 3 Stk., Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 3 Stk. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern u. werden durch eigene Gespanne transportiert.

Sophastoffe

in Kise, Damask, Cräpe, Phantastie, Gobelin und Plüsch (postbillig)!

Proben franko!

in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Klempner Berlins!

Große öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr,
in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Bekanntgabe und Beschlußfassung über den von den Werkstatt-Vertrauensmännern ausgearbeiteten neuen Lohnarif. 2. Diskussion.
Der Vertrauensmann.

Achtung! Feilenhauer u. Berufsgenossen! Achtung!

Mittwoch, den 26. Februar 1896, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung.

bei Scheps, Gerichtsstraße Nr. 12 (Hochplatz).

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsniederlegung in den Feilen-Fabriken von Mägdesrau, Gerichtsstr. 83 und Pantow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Der Beinertrag ist für die streikenden Konfektions-Arbeiterinnen und -Arbeiter bestimmt.

Dienstag, den 25. Februar, in Koller's großem Saal, Roppenstr. 20:

Konzert.

Mitwirkende: Orchester, 34 Mann stark, Dirigent: Herr G. Grass. Ges. Marie Gerdes: Klavier. Herr Joseph Wast, Opernsänger. Kap. Herr Richard Dehmel: Deklamation. Männerquartett: 8 Mitglieder des Gesangvereins „Freisch voran“. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ende gegen 12 Uhr.

Billets sind in allen mit Plakaten belegten Lokalen und Geschäften zu haben, außerdem auch am Abend der Veranstaltung an der Kasse. Zu recht zahlreichem Besuch ladet im Interesse der Sache ein
W. Eisner.

Achtung! Ruder-Verein „Vorwärts“.

Allen Mitgliedern und Freunden zur Nachricht, daß die ordentl. Sitzung Donnerstag, den 27. Februar ausfällt, dagegen Mittwoch, den 26. Februar im Luisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37, ein Vortrag über:

Photographie durch X-Strahlen mit Experimenten

stattfindet, zu dem Freunde und Genossen freundlichst eingeladen sind. Billets sind bei sämtl. Mitgliedern, sowie bei Arndt, Zigarren-Handlg., Sdt Alexandrinen- u. Kommandantenstraße, bei Baumgart, Eisenbahnstr. 37, im Restaurant Mäffelchen, Kommandantenstr. 29 und im Luisenstädtischen Konzerthaus zu haben.

Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein.
Anfang 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfehlte zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge

aus Satin, Kammgarn, Diagonal, Tuchstoffen, ein- und zweireihig von M. 12-35

Jaquet-Anzüge in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2-reihig " 16-24

Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal, Kammgarn, Satin u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2-reihig " 20-35

Jaquet-Anzüge in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung " 22-36

Kost-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz. Kammgarn u. Satin-Stoffen, moderner Façons " 25-38

Kost-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt-Façons " 30-42

Gehrock-Anzüge von feinen Satin, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2-reihig " 30-45

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots aus Satin, Diagonal, Kammgarn, in allen erdenklichen Farben, (auch Sacco-Paletots vorrätlich) " 15-35

Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot " 5-10

Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mr. wollenen Pelorine " 27 an.

Knabenpaletots, Knabenanzüge Heidsamer Façons in großer Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot, Velour u. dauerhaftem Zwirn-Stoffen, 1- und 2-reihig von M. 6 an

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Künstl. Zähne 3 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr

B. Günzel, Lothringersstraße 52.

Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Bassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Hüften-Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisvorw.)